

Aus Politik und Zeitgeschichte

14–15/2008 · 31. März 2008

1968

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Editorial

„1968“ erregt auch nach 40 Jahren die Gemüter. Letztendlich geht es um die Deutungshoheit über die Protestbewegung. Dieser Meinungskampf wird nicht mit dem Florett, sondern dem Säbel ausgefochten. In Wirklichkeit handelt es sich bereits um Nachhutgefechte: Längst haben linke Protagonisten von einst eingestanden, dass es infolge von „68“ auch Verirrungen wie den RAF-Terror gegeben hat, aber dies sei kein Indiz für ein generelles Scheitern der Bewegung. In neokonservativen Kreisen gilt es indes als chic, die 68er-Bewegung für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen. Einer weiteren Delegitimierung der „68er“ scheint offenbar die These zu dienen, welche die „68er“ in eine Beziehung zur „33er-Generation“ setzt, die für die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts verantwortlich ist.

Der katholische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning hat 1976 in der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ geschrieben: „Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx.“ Könnte heute nicht mit einer gewissen Berechtigung behauptet werden, dass wir auf den Schultern von „68“ stehen? Trifft dies nicht selbst für diejenigen zu, die sich nicht mit den linksutopistischen Werten identifiziert haben?

„1968“ steht für einen gesellschaftlichen Aufbruch, der befreiend wirkte und zur Demokratisierung aller Lebensbereiche führte. Im sowjetischen Machtbereich läutete der „emanzipatorische Aufbruch“ dessen Ende ein, wie die blutige Niederschlagung des „Prager Frühlings“ gezeigt hat, das Ende aller Illusionen über die Reformierbarkeit des Sowjetsystems. Ho-Chi-Minh-Transparente auf dem Kurfürstendamm mussten für viele in der DDR befremdlich wirken. Ob die „68er“ der Gnade bedürfen, wie „Der Spiegel“ seine Story betitelte, darf bezweifelt werden.

Ludwig Watzal

Oskar Negt

Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig

Essay

Wo ist der Anfang zu machen, wenn man sich ernsthaft darauf einlassen wollte, in der mittlerweile verwilderten Landschaft „Achtundsechzig“, die mit jedem mediengesteuerten Rückerinnerungsdatum zusätzlich verdreht, perspektivisch verzerrt und retuschiert wird, einige Linien zu ziehen, die den Proportionen der damaligen Ideen und den heutigen Bewegungsabläufen zugleich gerecht werden? Ein Bild, das allen gefallen wird, kann es nicht geben. Jedes Urteil über diese Zeit wird anfechtbar sein; auch das meine. Aufrichtigkeit ist der einzige jedem zumutbare Leitfaden für eine Auseinandersetzung, die mit der Erinnerung dieser Zeit kritisch umgeht.

Oskar Negt
Geb. 1934; Professor emeritus der Sozialwissenschaften an der Universität Hannover.
Podbielskistr. 31, 30163 Hannover.

Jubiläen sind günstige Einstiegsmöglichkeiten zur öffentlichen Thematisierung von Fragestellungen, die weder zu umgehen noch mit allgemeiner Zustimmung zu beantworten sind. Dieses neue Jubiläum – vierzig Jahre Umgang mit Ereignissen, die nach jedem Jahrzehnt immer wieder in Erinnerung gerufen wurden, obwohl ihr Einfluss auf unsere Gesellschaft deutlich spürbar, aber kaum exakt zu bestimmen ist – hat einen ganz anderen Charakter als die Jubiläumsjahre, die wir gerade hinter uns haben: Kant, Einstein, Mozart, Adorno und viele der anderen. Plötzlich entsteht eine Atmosphäre, als hätten wir es mit der Aufarbeitung einer in ihren Zielen legitimen, in der Realität jedoch missglückten, ja abgebrochenen Revolution zu tun. Die Schuldzuschreibungen nehmen in der Tat Dimensionen an, dass ein Mensch, der vielleicht im Jahr 2068 Schriftdokumente aus diesen vierzig Jahren in die Hand bekommt, sich überwältigt zeigen müsste, um welche tiefgreifende Umbruchszeit es sich bei dem Symboldatum Achtundsechzig handeln muss.

Unsere Gesellschaft ist eine andere geworden. Sozialpsychologisch könnte man, nimmt man die Hass- und Verachtungsreaktionen, durchaus von einer kollektiven Paranoia sprechen, von einem Verfolgungswahn, der im Allgemeinen mit einer aggressiven Ausgrenzung alles fremdartig Erscheinenden beantwortet wird, in dem jedoch viel unbewältigt Eigenes enthalten ist. Deshalb eignet sich Achtundsechzig vorzüglich für die Bestätigung von Vorurteilen, für die Entlastung von eigenen Problemen, deren Arsenal die Öffentlichkeit seit vierzig Jahren angesammelt und von Zeit zu Zeit publik gemacht hat.

Wollte man jedoch die gegenwärtige Wirrnis in den Schuldzuschreibungen etwas aufhellen, indem man Linien zeichnet, dann käme man sofort in Verlegenheit. Beklagt wird an der antiautoritären Protestbewegung, die eine hochgradig politische war, dass sie alles zerstört habe, was die damalige Sicherheit der Werthaltungen und des Denkens garantierte: Disziplin, Autorität, das für Erziehung notwendige Machtgefälle zwischen Erwachsenen und den Kindern oder Jugendlichen wurden eingerissen. Die Achtundsechziger hätten Disziplin als wesentliches Erziehungsmittel infrage gestellt, indem sie die Erhebung der Demokratisierung leichtfertig zum Prinzip für alle Gesellschaftsbereiche forderten. Aber auch das genaue Gegenteil wird den Achtundsechzigern vorgeworfen: Tendenzen des Totalitären, der Verachtung verständigungsorientierter Kommunikation; auch der von Jürgen Habermas formulierte und später zurückgenommene Vorwurf des „Linksfaschismus“ kommt in verschiedenen Ausprägungen wieder zum Vorschein.

Als aktuelles Dokument jener Richtung, die Autoritätszerfall und Entwertung urbürgerlicher Tugenden wie Disziplin und Gehorsam Achtundsechzig zuschreibt, mag das Buch „Lob der Disziplin“ des ehemaligen Leiters des Elite-Internats Schloss Salem, Bernhard Bueb, gelten. Nicht die Qualität des Buches selbst erfordert Aufmerksamkeit,

es ist inzwischen einer vernichtenden wissenschaftlichen Kritik unterzogen worden.[1] Vielmehr ist es die schier unglaubliche Rezeption; innerhalb eines Jahres sind 14 Auflagen erschienen, mit hunderttausenden von Exemplaren, so als wäre hier eine ganz neue Idee von Erziehung im Schwange, etwa dem vergleichbar, was Anfang der 1970er Jahre Alexander Neill mit Summerhill vorgeschlagen hatte. In aller Unschuld und ohne Umschweife hält Bueb fest: „Einer auf Autorität beruhenden Pädagogik der frühen Nachkriegszeit folgte nach 1968 die Neigung, Erziehung bis in den letzten Winkel der Kinderzimmer zu demokratisieren."[2] Disziplinierung und, bei Regelbruch, empfindliche Strafen werden hier zum Kern pädagogischer Arbeit. Das passt gut ins Bild der Verschärfung des Jugendstrafrechts und zur Forderung mancher Politiker, auch die Zwölfjährigen mit Strafexpeditionen zu überziehen. Die Rechnung der Wahlstrategen, mit diesem Vorurteil auf Stimmenfang zu gehen, ist glücklicherweise nicht ganz aufgegangen.

Nachdem Eva Herman selbst die Zerstörung der bürgerlichen Familie den Achtundsechzigern anhängen wollte und nicht für diesen Unsinn kritisiert wurde, sondern deshalb, weil sie das mit einem Lob für die Nazi-Familienpolitik und mit dem Autobahnbau verknüpfte, hat sich der Kampf auf dem Schlachtfeld Achtundsechzig deutlich verschärft. Mit wachsender Dreistigkeit und im einvernehmlichen Interesse gegenwärtiger Ordnungspolitiker begeben sich auch Historiker an die Front.

Wird im Zusammenhang von Erziehung gleichsam der anarchistisch angehauchte Gedanke der Demokratisierung, also eine Form der Libertinage, zum Ursprung gegenwärtigen Werteverfalls dingfest gemacht, so werden auf der anderen Seite jetzt Herkunftsmilieus aus dem „Dritten Reich" bemüht, der autoritäre, ja totalitäre Zug im Denken und Handeln der Achtundsechziger. Für einen Historiker, dem manches Preisgeld zugeflossen ist, weil man ihn für solide hielt, ist es schon ein bemerkenswertes Selbstverständnis seiner professionellen Kompetenz, wenn er in voller Breite Zitatmontagen nebeneinander reiht (zumal aus Sekundärquellen), um die geistige Herkunft der Achtundsechziger aus dem „Dritten Reich" zu begründen. Jeder Historiker, der etwas auf sich hält, wird mit Analogien äußerst vorsichtig umgehen. So nicht Götz Aly in einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 30. Januar 2008 mit der abenteuerlichen, aber den gegenwärtigen Ordnungsdenkern und Strafrechtspolitikern gut ins Konzept passenden Überschrift: „Die Väter der 68er", darunter kleingedruckt „Vor 75 Jahren kam Hitlers Generationsprojekt an die Macht: die 33er". Die Assoziationen sind kaum verhüllt, freilich kann man sich über die Dürftigkeit dieser Zitatforschung nur wundern. Aber es scheint offenbar gerade den Konvertiten ein Bedürfnis zu sein, in zunehmendem Alter doch noch Anschluss an die geordneten Mehrheiten zu finden.

Ich will diese Auseinandersetzung hier jedoch nicht weiterführen; in meiner Untersuchung habe ich differenziert Stellung bezogen.[3] So viel ist doch festzuhalten: Ich werde den Verdacht nicht los, dass es bei diesen Kritikern, von denen ich jetzt nur zwei exemplarisch genannt habe, um Aufklärung über das, was die so genannten Achtundsechziger bewirkt haben, was sie wollten, diskutierten, was sie provokativ in die Öffentlichkeit brachten, überhaupt nicht geht. Deshalb ist das Aufklärungspathos nicht auf den Zusammenhang dieser Zeitverhältnisse, den Zustand der Gesellschaft, die internationalen Aspekte, den Generationskonflikt gerichtet, sondern Achtundsechzig wird als eine Art Folie, als Projektionsfläche benutzt, auf die jeder im politischen Raum abladen kann, was seine enttäuschten Hoffnungen und seine ungelösten Lebensprobleme ausmacht. Das passt gut in eine konservative Ordnungspolitik, die zurzeit einen hohen Legitimationsbedarf hat. Wer Ordnung will, muss vorher Chaosängste schüren.

Aber auch das ist nicht hinreichend, um die ungeheure Attraktivität dieses Jubiläumsjahrs zu erklären. Es gibt umfangreiche Ausstellun-

[1] Ich verweise in diesem Zusammenhang auf zwei Schriften kompetenter Erziehungswissenschaftler und Pädagogen. Micha Brumlik (Hrsg.), Vom Missbrauch der Disziplin. Antworten der Wissenschaft auf Bernhard Bueb, Weinheim–Basel 2007[4]; ders., Aberglaube Disziplin. Antworten der Pädagogik auf das ‚Lob der Disziplin', Heidelberg 2007.

[2] Bernhard Bueb, Lob der Disziplin. Eine Streitschrift, Berlin 2007, S. 80.

[3] Vgl. Oskar Negt, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Moral, Göttingen 2008.

gen zu Achtundsechzig; Akademien machen Veranstaltungen, in Rom findet ein richtiges Festival statt, nur wenige Verlage verzichten darauf, Bücher, Bildbände zu diesem Jahrestag herauszubringen. Achtundsechzig sitzt wie ein Pfahl im Fleische dieser nach neuer Übersichtlichkeit und verlässlicher Ordnung verstärkt Ausschau haltenden Gesellschaft. Irgend etwas wird nach wie vor als Provokation empfunden, als Herausforderung an die etablierten Mächte, die spüren, dass in dieser Bewegung auch ein Wahrheitsgehalt, etwas Plausibles und Richtiges enthalten ist. Ernst Bloch würde von dem Unabgegoltenen sprechen, dem utopischen Überhang, der durch bloße Tatsachenhinweise nicht außer Kraft gesetzt ist. Gäbe es dieses Überschüssige nicht, den realistischen Tagtraum einer besseren Gesellschaft, aber auch eines guten Lebens in einem gerechten Gemeinwesen, dann wäre diese Bewegung längst der Vergessenheit anheim gefallen. Weil zentrale Probleme unserer Gesellschaft zu Bereichen einer unterschlagenen Wirklichkeit gehören, Krise der Arbeitsgesellschaft, Misere des Bildungssystems, die Polarisierung von Arm und Reich usw., eignet sich Achtundsechzig vorzüglich als Ersatzdebatte, die mit Symbolen des Werteverfalls und der Erziehungsdefizite jongliert.

So ist es an dieser Stelle sinnvoll, sich noch einmal einige bestimmende Aspekte dieser Bewegung zu vergegenwärtigen. Sie bezeichnen nicht primär ein Generationenproblem (das vielleicht auch), vielmehr geht es um ein demokratisches Gemeinwesen, das Basisdemokratie zum Wesensgehalt hat. Das Jahr Achtundsechzig öffnet die Geschichte für Augenblicke; es ist ein in jeder Hinsicht politisch anstößiges Jahr, das Anfänge und Hoffnungen setzte. Aber auch die Niederlagen und die enttäuschten Erwartungen gehen in jenes kollektive Gedächtnis ein, das, je entfernter die Originalereignisse liegen, desto straffer im Sinne der gegenwärtigen Realitätsanpassung zurechtgestutzt wird. So ist die Frage legitim: Was bleibt? Was soll gemacht werden, und was ist unter allen Umständen zu vermeiden? Welche Anstöße dieses anstößigen Jahres wirken weiter, welche Ideen und Ansätze sind unausgetragen, unabgegolten? Die Friedensbewegung der 1980er Jahre, Anti-Atombewegung, Ökologiebewegung und vieles andere mehr – die meisten dieser breitenwirksamen Initiativen von unten sind angestoßen von Achtundsechzigern und deren mutiger Rebellion. Wir sind Lernende, und nur in einem Prozess kollektiven Lernens, also der mühevollen Annäherung werden uns Ereignisse der Vergangenheit wieder lebendig und gewinnen ihren Gebrauchswertcharakter zurück.

Es handelt sich ja keineswegs, was häufig vergessen wird, um eine lediglich aus der deutschen Geschichte erklärbare und ausschließlich in ihr gewachsene Bewegung. Alle Faschismusanalogien sind Produkt eines borniert deutschen Blicks. In Paris sammeln sich im Mai 1968 eine Millionen Arbeiter, Studenten, Lehrer, Ingenieure, Menschen praktisch aus allen Schichten der Gesellschaft, die gegen das etablierte System aufstehen und die Veränderung der Gesellschaft fordern; das de Gaulle'sche Präsidialsystem ist dem Absturz nahe.

In der Tschechoslowakei entwickelt sich, wie wir heute nachträglich feststellen können, unter Dubček eine der letzten möglichen, aber bereits überfälligen Reformen des Sozialismus, die sich aus der uralten Kraft sozialistischer Utopien nährt, um durch einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", friedlich und waffenlos, die nachstalinistischen Bürokratien zum Abtreten zu veranlassen – die letzte dieser Möglichkeiten wird von manchen Linksintellektuellen in der Gorbatschow'schen Öffnungsstrategie gesehen.

Über zwanzig Jahre hat es gedauert, bis der verachtete und geprügelte Alexander Dubček als Parlamentspräsident Recht behalten durfte – aber jetzt war es kein Sozialismus mehr, den er repräsentierte. Der Vietnamkrieg treibt dem Höhepunkt entgegen. Die Tet-Offensive leitet das allmähliche Scheitern der amerikanischen Interventionspolitik ein. Antikriegskampagnen und Bürgerrechtsbewegungen der Vereinigten Staaten verschmelzen mit dieser Rebellion von Studenten und Jugendlichen, die in Berkeley ihren Ausgang nimmt. Aber es ist auch das Jahr furchtbarer individueller Tragödien: Martin Luther King wird hinterrücks erschossen, Robert Kennedy, der Hoffnungskandidat eines Neuaufbruchs, getötet. Ich erinnere daran, um auf den engen Horizont mancher Kritiker zu verweisen, die, in Verbindung mit den Konvertiten, Achtundsechzig zum Schauplatz pubertärer Rangeleien entpolitisieren.

Achtundsechzig ist weder schwärende Wunde noch ein revolutionärer Umbruch wie die Französische Revolution von 1789. Es ist ein beziehungsreicher, die Offenheit eines Prozesses gewinnender Anfang. Bei allen Irrtümern im Denken und Irrwegen im Handeln, die sich konkret benennen lassen, müssen zwei Handlungsfelder hervorgehoben werden, in denen mit Ernst und Ausdauer über Veränderungen nachgedacht und sinnvolle praktische Experimente gemacht wurden. Das wird den heutigen Ordnungspolitikern aller politischen Schattierungen nicht gefallen, denn darüber sprechen sie nur in einem ironisch-abwertenden Ton: Ich meine das Gebiet der Erziehung und Bildung, wie vor allem aber die entschiedene Neubewertung von Teilhabe und Demokratie. Beides sind wesentlich politische Probleme.

Gewiss, die Frage: Was bleibt? ist schwer zu beantworten; Argumente für eine positive Antwort gibt es aber durchaus. Nie zuvor in der deutschen Bildungsgeschichte waren Reflexionen auf die Bedürfnisse des Kindes und des Jugendlichen so ins Zentrum des schulischen Geschehens gerückt wie in der Kinderladenbewegung oder in der Alternativschulbewegung Anfang der 1970er Jahre. Lernprojekte über Lernprojekte wurden entwickelt, stets standen das Kind oder der Jugendliche im Zentrum von Überlegungen, wie Neugiermotive des Lernens befestigt werden und emotionale und soziale Reifung stattfinden könnten. Ein Grundprinzip, das übrigens in den großen Bildungsratsgutachten der sozialliberalen Reform vorgedacht ist, bestimmt die pädagogische Arbeit dieser Zeit: Nie darf der Leistungsbegriff auf bloße kognitive Operationen reduziert werden. Vielmehr gibt es drei gleichgeordnete, wenn auch in den Zeitmaßen sehr differenzierte Leistungsbegriffe; die emotionale, soziale und die kognitive Leistung. Wo diese Leistungsarten auseinander gebrochen werden, gibt es Störungen in den individuellen Lernprozessen und im Verhalten der Jugendlichen und der Kinder.

Es ist schon bemerkenswert, im Sinne des pädagogischen Erbes der Achtundsechziger, dass der Begriff der Selbstregulierung, zentral für die antiautoritären Bildungsideen, in den PISA-Studien mit positiver Bewertung auftaucht; dass der Erwerb kognitiver Kompetenzen von der emotionalen Entwicklung der Selbstwertgefühle und der sozialen Kompetenz abhängt, ist eine durchgängige Botschaft dieser internationalen Vergleichsstudien. Umso erstaunlicher ist die deutsche Lesart der PISA-Studien, die bloß kognitiven Lernprozesse zu verstärken. Das mag damit zu tun haben, dass die Abwehr der pädagogischen Phantasie der Achtundsechziger so zum kompakten Vorurteil geronnen ist, dass vom Phantasierohstoff, den Träumen und Bedürfnissen der Kinder, nur noch Irritationen im Lehrangebot ausgehen.

Der reaktionären Wende in den Erziehungs- und Bildungsfragen, die ohnmächtige Reaktionen auf die wirkliche Misere des ganzen Bildungssystems, der Schulen, der Kindergärten, der Universitäten signalisiert, entspricht die zunehmende Tendenz des Abbaus von Mitbestimmungsrechten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das war ja ein Grundzug der Achtundsechziger, Mitbestimmungsrechte über den Wissenschaftsprozess, über Lehre und Erziehung zu sichern; zum ersten Mal hat es in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eine diskutierende Öffentlichkeit in den Universitäten und Schulen gegeben, in der die Mitbestimmungsforderungen eine ganz neue Dimension angenommen haben, nämlich ihre Erweiterung auf Demokratie als Lebensform.

Mitbestimmung wird nicht mehr ausschließlich verstanden als symbolisches Mitspracherecht, sondern mit demokratischer Selbstbestimmung verknüpft. Da tauchen dann auch Rätegedanken auf, die syndikalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung, des Anarchismus werden neu diskutiert, Bücher und Broschüren des im Nachkriegsdeutschland abgerissenen Traditionsfadens der Arbeiterbewegung gelesen und diskutiert. Es ist das Verdienst der Bewegung von Achtundsechzig, die Wundmale einer parlamentarischen Demokratie öffentlich erkennbar gemacht zu haben. Und zwei Elemente gehören zu dieser Art Basis-Demokratisierung: zum einen ist es die Politisierung der Interessen und Bedürfnisse der Menschen, so dass sie in einer kritischen Öffentlichkeit in den Prozess politischer Urteilsbildung einbezogen sind. Zum anderen betrifft die Demokratisierung der Gesellschaft, wenn man von Basisdemokratie spricht, die Bereiche konkreten Lebens, in den die Menschen ihre alltäglichen Erfahrungen machen: in den Betrieben, Büros, Schulen und Universitäten.

Es war eine gewiss utopische, aber die Realitäten immer wieder herausfordernde Idee, dass es eine demokratische Gesellschaft ohne Demokraten nicht geben kann. Wenn die Menschen in ihren Alltagsangelegenheiten keine Mitbestimmungsrechte und Kontrollmöglichkeiten haben, dann werden die besten demokratischen Institutionen ausgehöhlt, dann werden sie langfristig auch in den politischen Bereichen nur Objekte von manipulierenden Eliten sein. Die zunehmende Wahlmüdigkeit ist ein bedrohliches Symptom jeder repräsentativen Demokratie.

Aber die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, die praktische Erziehung zur Selbständigkeit und zu kritischer Urteilsfähigkeit ist nicht eine Forderung, die von außen an die hoch industrialisierten Gesellschaften herangetragen wird; sie entspricht der industriellen Entwicklung in ihren differenzierten und komplexen Strukturen selbst. Mit wachsender Vernetzung und Globalisierung der Wirtschaft nimmt der Aktionsspielraum von relativ autonomen Einheiten zu, in denen sich neuartige Kooperationsverhältnisse entwickeln. Befehlsverhältnisse werden selbst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten unproduktiv; wie nie zuvor ist die Ausbildung von politischer und soziologischer Phantasie notwendig.

In diesem Sinne ist Mitbestimmung, wie sie Achtundsechzig gefordert wurde, ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Selbstbestimmung und der konkreten Verwirklichung von Teilhaberechten, die sich auf den Alltagszusammenhang der Menschen beziehen. Wenn ich dieses demokratische Element des antiautoritären Protestes hier in den Vordergrund rücke, dann darf jedoch nicht übersehen werden, dass in den Zerfallsprozessen der Achtundsechzigerbewegung sehr schnell auch ganz andere Tendenzen sichtbar wurden. Manche gingen, mit proletenhaftem Habitus in die Betriebe, um das Proletariat für den Klassenkampf wachzurütteln. Die meisten taten das in gutem Glauben, mussten aber sehr schnell erkennen, dass selbst die spontan aufbrechenden wilden Streiks das eher reformistische Bewusstsein, wie es von diesen Studenten beklagt wurde, nicht aufzubrechen vermochten; sie scheiterten. Andere wiederum sahen in Deutschland ein Land des „offenen Faschismus“ und griffen zur Waffe, um auf diese Weise das Volk aufzurütteln. Auch diese Form des Terrors, mit Wiederbelebung von Kommandostrukturen in den eigenen Reihen, hinterließ ein verödetes Feld sinnloser Opfer und beförderte Tendenzen, die den Sicherheitsstaat erweiterten, aber die Autonomiespielräume der Menschen weiter verengten.

Wenn man also Achtundsechzig mit der politischen Substanz der Basisdemokratie so eng verknüpft, wie ich das tue, darf man das Unterscheidungsvermögen nicht verlieren. Dieses anstößige, symbolträchtige Jahr ist offensichtlich nach wie vor für viele, die ein gespaltenes Bewusstsein im Blick auf Demokratie haben, ein fortwirkendes großes Ärgernis. Und die substanzielle Leitidee, die dieses Ärgernis auslöst, ist das umfassende Mitbestimmungsmodell der Demokratie. So hatte es ja Willy Brandt verstehen wollen, als er die Parole formulierte: Mehr Demokratie wagen.

Immanuel Kant spricht davon, dass Autonomie, Selbstdenken und Selbstbestimmung, Selbstgesetzgebung Grundlagen der menschlichen Würde sind. Wo Menschen zu bloßen Mitteln für Zwecke anderer werden, da verlieren sie ihr eigentliches Unterscheidungsmerkmal von allen anderen Lebewesen dieser Welt. Demokratie und Würde in diesem umfassenden Sinne sind daher untrennbar und Grundlage eines friedensfähigen und nach Gerechtigkeitsprinzipien eingerichteten Gemeinwesens. So steht es auch im Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Nun haftet der Demokratie als einer gesellschaftlichen Gesamtverfassung ein Makel an; sie funktioniert nicht aus sich heraus, auch nicht, wenn man über die besten Institutionen und rechtlichen Regelungen verfügt. Das Schicksal einer demokratischen Gesellschaftsordnung, die mit Leben erfüllt ist, hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird und der politische Faden zum Wohlergehen des Ganzen nicht reißt.

Und vor allem eines war im öffentlichen Diskussionszusammenhang der Achtundsechziger, in dem sich viele Problemstellungen um das Verhältnis von Politik, Moral und Macht gruppierten, Debattenthema: *Demo-*

kratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – nicht ein für allemal, so als könnte man sich einen gesicherten Regelbestand anlegen, der fürs ganze Leben ausreicht, sondern stets aufs Neue, in tagtäglicher Anstrengung und bis ins hohe Alter hinein. Und solch ein Lernprozess ist ohne praktische Übung in solidarischer und kooperativer Mitbestimmung nicht möglich. Nimmt man also das höchst strapazierte Wort vom *lebenbegleitenden Lernen* in den Mund, dann ist zunächst Nachdenken darüber erforderlich, worin diese Dimension politischen Lernens besteht, bevor man sich den marktbezogenen individuellen Qualifikationsanforderungen zuwendet.

Dass man fortwährend lernen müsse, ist freilich ein uralter Topos, der seit Entstehen der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik mit der sie begleitenden Klage über die Enttraditionalisierung des Lernens auf engste verknüpft ist. Schon Goethes „Wahlverwandtschaften" legen Zeugnis ab für dieses Erschrecken über die Notwendigkeit fortwährenden Lernens und die geringe Verlässlichkeit von Traditionsbeständen: „Es ist schlimm genug", rief Eduard (dieser reiche Baron im besten Mannesalter, wie Goethe ihn kennzeichnet), „dass man jetzt nichts mehr für sein ganzes Leben lernen kann. Unsere Vorfahren hielten sich an den Unterricht, den sie in ihrer Jugend empfangen; wir aber müssen jetzt alle fünf Jahre umlernen, wenn wir nicht ganz aus der Mode kommen wollen."

Demokratie macht Lernen in noch kleineren Zeitabschnitten notwendig; ohne Mitbestimmung in allen Lebensbereichen, die wichtige Angelegenheiten der Menschen regulieren, ist demokratisches Lernen nicht möglich. Achtundsechzig ist wahrlich ein anstößiges Jahr – insbesondere für eine Gesellschaft, die wieder dabei ist, auf Prämien für Tugenden des leistungsbewussten Mitläufers zu setzen.

Hubert Kleinert

Mythos 1968

Wer sich mit 1968 befassen will, steht zunächst vor einem Problem: Was soll darunter eigentlich verstanden werden? Ist damit jene wachsende linkspolitische Protestbewegung an den Hochschulen gemeint, die zuerst in West-Berlin von sich reden machte, mit den ersten spektakulären Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg 1966 die Öffentlichkeit der damaligen „Frontstadt" erregte und sich nach der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 auf fast alle bundesdeutschen Hochschulen ausdehnte? Die nach dem Attentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968 eskalierte, auf andere Ausbildungseinrichtungen ausstrahlte, zu einer Welle von Institutsbesetzungen führte, dann in eine Krise geriet und schließlich in die Gründung verschiedener linksradikaler Kleinparteien und Politsekten mündete und mit der RAF auch einen terroristischen Seitenstrang hervorbrachte?

Hubert Kleinert
Prof. Dr., geb. 1954; lehrt Politikwissenschaft, Verfassungsrecht und Soziologie an der Verwaltungshochschule des Landes Hessen in Wiesbaden.
Kleinko@freenet.de

Oder gilt 1968 als Synonym für eine viel umfassendere internationale Jugendrevolte, die einen kulturellen Bruch mit der Erwachsenenwelt anzeigte, zwar zeitweise linkspolitische und systemkritische Untertöne besaß, aber vor allem in der Veränderung von Lebensformen und Sexualmoral, Erziehungsstilen, Werthaltungen und kulturellen Ausdrucksformen ihren wesentlichen Gehalt besaß? Oder ist 1968 einfach nur eine vage Chiffre für den unruhigen Geist der späten 1960er Jahre?

Auf diese Frage gibt es keine eindeutige Antwort. Zwar haben soziale Bewegungen oft kulturrevolutionäre Seiten, doch lässt sich Woodstock kaum bloß als kulturelle Ausdrucksform einer linkspolitisch-systemkritischen Bewegung fassen. Und im Blick auf die Wirkungen von 1968 lässt sich eher kulturge-

Aus Platzgründen musste auf Anmerkungen verzichtet werden.

schichtlich als politisch von einschneidenden Veränderungen sprechen. Freilich waren die politischen Untertöne auch nicht bloß Beiwerk in einem neuartigen Generationskonflikt zwischen einer vom „oberflächlichen" Materialismus der Wohlstandswunderzeit geprägten und vom Makel der Vergangenheit gezeichneten Generation der Älteren und den Jungen, die sich als Träger neuer, „post-industrieller Werte" in einer Gesellschaft des Überflusses vom Lebensstil dieser Gesellschaft abzugrenzen suchten und nach eigenen kulturellen Ausdrucksformen Ausschau hielten.

1968 ist eben beides: Chiffre für eine Protestbewegung, die mit einem Linksruck in der Welt des Geistes verbunden ist, die Legitimationsgrundlagen vieler Institutionen des öffentlichen Lebens herausfordert, verschiedenste sich als revolutionär verstehende Gruppen hervorbringt und auch die Großparteien (vor allem die SPD) beeinflusst, aber auch Synonym für eine internationale Jugendkultur, deren Anfänge sich schon vor den politischen Protestwellen zeigten, die sich in wachsender Opposition zur etablierten Welt formierte, mit ihren kulturellen Ausdrucksformen einen viel größeren Adressatenkreis erreichte und zeitweise in Berührung kam mit dem im engeren Sinne politischen Protest.

Woodstock war nicht einfach nur ein Pop-Konzert, und viele Rockmusiker der späten Sechziger sahen sich selbst als Bestandteil einer Kultur mit rebellischen Obertönen. Mick Jaggers Selbstbescheidung in „Street Fighting Man" („Well then what can a poor boy do / Except to sing for a rock 'n' roll band") kann dabei gleichgültig sein: Die Rezeptionsgeschichte des Stücks war anders.

Kulturgeschichtlich erlebten die hoch entwickelten westlichen Gesellschaften in den 1960er Jahren einen Umbruch, dessen Vorzeichen sich bis zu Elvis Presleys laszivem Hüftschwung zurückverfolgen lassen. Die kulturelle Emblematik dieses Umbruchs enthielt im Deutschland des Wohlstandswunders und mancher noch lebendigen Prägung durch Werte und Alltagskultur des NS-Regimes provokante Potentiale. Dies schuf einen Resonanzboden, auf dem linkspolitische Einstellungen, gestützt durch singuläre Protestanlässe, neue Popularitätschancen gewinnen konnten.

Eine Deutung von 1968

Ralf Dahrendorf hat einmal geschrieben, der Bewegung von 1968 seien fast so viele Ursachen zugeschrieben worden wie dem Krebs. Manchen gilt die Protestbewegung als Folge von Bildungsexpansion und beginnender Massenuniversität, andere sehen eine „demokratische Bewegung", die sich aus veränderten Rahmenbedingungen und einer besonderen Verdichtung politischer Handlungsanlässe in den 1960er Jahren ergeben habe. Wieder andere begreifen sie als Protest gegen den „rigiden Funktionalismus der protestantischen Ethik" oder die Jugend von damals als Vorboten eines neuen, post-industriellen Wertesystems, das gegen Triebverzicht und Affektkontrolle Werte der Spontaneität und der Selbstentfaltung gesetzt habe. Sozialisationstheoretische Ansätze wollen sie aus den spezifischen familiären Sozialisationsbedingungen der Nachkriegsgeneration oder als neue Form des Generationenkonflikts erklären, psychoanalytisch ist der Protest als „Aufstand einer vaterlosen Generation" beschrieben worden. Namhafte Vertreter des zeitgenössischen geistigen Lebens schließlich haben darin einen „romantizistischen Affront gegen die moderne Industriegesellschaft" gesehen, verbunden mit einer sehr deutschen Neigung, Politik als Sache des Glaubens und der „metaphysischen Militanz" aufzufassen.

Hier soll die Protestbewegung, wie sie zwischen 1967 und 1970 bestanden hat, als Verknüpfung zweier verschiedener Elemente betrachtet werden, die sich gegenseitig beeinflussten: eine mit subkulturell-bohemehaften Zügen versehene, gleichwohl eher rationalistisch geprägte politische Fundamentalopposition auf der einen und eine breitere Jugend- oder Subkultur des emotionellen Protests und der Verweigerung auf der anderen Seite. Das eigentümliche Zusammenwirken dieser beiden Seiten, in den USA noch deutlicher als in der Bundesrepublik, erklärt ihre besondere Verbreitung und gesellschaftliche Wirkung.

Eine Voraussetzung bildete die Entwicklung eines politischen Systems, das in der Wohlstandswunderzeit im Zeichen einer weitgehenden Integration alternativer politischer Konzepte stand. Dabei war mit der Bildung der Großen Koalition 1966 insoweit eine neue Situation eingetreten, als diese jetzt als Anzeichen für einen Bedeutungsverlust

und Funktionswandel des Parlaments gedeutet wurde. Bei dieser Realitätsdeutung spielte die sozialistische Studentenorganisation SDS, die in Theoriezirkeln marxistisches Denken pflegte und von den neuen politischen Protestformen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung beeinflusst wurde, eine wachsende Rolle.

Eine zweite Rahmenbedingung lieferte das geistig-kulturelle Klima der Adenauer-Ära. Geprägt war dieses nicht nur vom „kollektiven Beschweigen“ der NS-Vergangenheit, sondern auch von einem biedermeierlichen Privatismus des kleinen Glücks, der nach Kriegserfahrung, materieller und geistiger Entwurzelung der Älteren verständlich sein mochte, gleichwohl von manchen Jüngeren als „geistig eng und öde“ empfunden wurde und mit seiner Ausgrenzung von Nonkonformismus wachsende Reibungspunkte erzeugte.

Damit verbunden war die Aktualität der braunen Vergangenheit. Bis in die 1960er Jahre hatten viele Täter und Belastete des nationalsozialistischen Regimes unbehelligt ihren Platz in der Nachkriegsgesellschaft finden können. Jetzt wurde diese Vergangenheit zum Thema. Zugleich schien durch die aggressive Abwehr der neuen Jugendkultur („Negermusik“) eine Kontinuität autoritärer Mentalitätsstrukturen sichtbar zu werden. Die Rufe der Älteren nach „Zucht und Ordnung“ verbanden sich häufig mit beschönigender Vergangenheitsinterpretation, was in vielen Elternhäusern für Konfliktstoff sorgte. In einer Repräsentativbefragung aus dem Jahr 1967 gab fast die Hälfte der Befragten an, dass der Nationalsozialismus eine im Prinzip gute Idee gewesen sei.

Das zeitlich parallele Wachstum jugendbewegter Elemente der kulturellen Rebellion machte sich vor allem an Normen und Konventionen des Alltagslebens fest, drückte sich in einer neuen Musik, dem Wandel der Sexualmoral sowie radikal veränderten Vorstellungen von Mode und Haartracht aus und berührte schließlich Grundfragen von Lebenssinn und Selbstverwirklichung. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Beatmusik. Mit der Musik verband sich eine ganze Subkultur mit abweichenden Lebensstilen und Verhaltensnormen – mit Beatgruppen, Beatclubs, Solo-Tanzstilen, die expressionistische und exhibitionistische Motive betonten, und protestlerisch aufgemachten Moden wie lange Haare, bunte und äußerst legere Kleidung. Entstanden war dies alles in Liverpool. Von dort kamen die Beatles, die zu internationalen Identifikationsfiguren der Jugend wurden. Bald trat eine zweite Gruppe hinzu: die Rolling Stones. Mit der aggressiven Direktheit ihrer Musik und einer von den Älteren als „schmutzig“ empfundenen Sinnlichkeit wurden sie zu einem noch authentischeren Ausdruck des Aufbegehrens („I can’t get no Satisfaction“).

Die Vitalität der Beatmusik erzeugte eine energiegeladene, „freie“ und „ehrliche“ Grundstimmung. Die Expressivität der Darstellung durch die Gruppen begünstigte das Aufbrechen von Tabus. Und die offene Artikulation von Emotion auf der Bühne wirkte als Ausbruch aus der als „unecht“ gefühlten Welt des bürgerlichen Verhaltenshabitus. Im Kern aber stand die Erotik. Diese „expressiv-erosbestimmte Gegenwelt der Beatkultur“ vertrug sich schwer mit den Vorstellungen bürgerlicher Wohlanständigkeit jener Zeit, in der Gründerfleiß und Aufbauwille zwei Jahrzehnte lang prägend gewesen waren.

Vor diesem Hintergrund gewann die Verdichtung von Anlässen zu politischer Mobilisierung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erst ihre außergewöhnliche Bedeutung. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Vietnam-Konflikt. Eine Generation von Studenten, für die Amerika ursprünglich Avantgarde demokratischer Fortschrittlichkeit gewesen war, entdeckte, dass in Vietnam eine Militärdiktatur verteidigt wurde und bei der Kriegsführung offenbar jedes Mittel recht war. Dies provozierte bald auch die Frage, ob nicht auch anderes verlogen sei, was im Namen von Freiheit und Demokratie verteidigt wurde.

Gegenüber dieser Erschütterung des Amerikabildes sind andere Themen wie die Notstandsgesetze eher von sekundärer Bedeutung gewesen. Das gilt letztlich auch für die hochschulinternen Protestanlässe. Zwar spielten die politischen Studentenorganisationen in der Debatte um Bildungs- und Hochschulreformen früh eine aktive Rolle, doch haben alle Deutungen, die in der Bewegung der 1960er Jahre eine Art Interessenbewegung für Belange der Studierenden sehen wollten, nicht überzeugen können.

Die äußeren Bedingungen und Protestanlässe trafen auf eine Generation, deren Demokratiebewusstein weit über dem gesellschaftlichen Durchschnitt lag. Sie war „tolerant, hoch informiert und hatte eine hohe Partizipationsneigung“. In ihrer familiären Sozialisation hatte ein autoritärer Erziehungsstil mit emotionalen Defiziten und einem ideellen Vakuum korrespondiert. Die von ihrer Jugend im Nationalsozialismus geprägten Ge- und Verbotssysteme von Vätern, deren emotionale Defizite zu offensichtlich waren, als dass ihre Werte und Normen einfach akzeptiert werden konnten, deren Strenge aber leicht Versagensängste und Schuldgefühle auslösten, provozierten Ausbruchsversuche und offene Auflehnung. Hinzutrat die Überreaktion der Gesellschaft, wobei die Vorgänge am 2. Juni 1967 sowie der Mordanschlag auf Rudi Dutschke Ostern 1968 eine zentrale Rolle gespielt haben. Diese Überreaktion hat jene Gemeinschaftserlebnisse oft erst ermöglicht, die dann einen Prozess kumulativer Radikalisierung in Gang setzten.

Hinter dieser Härte lugten freilich Angst und Unsicherheit hervor. Die Protestierenden spürten rasch, wie schwer sich die herausgeforderten Autoritäten mit souveräner Begründung ihrer Legitimation taten. Das eröffnete ihnen provokative Chancen, die zur Mobilisierung beitrugen, freilich auch zu einer Selbstüberschätzung, die mitunter Züge von Größenwahn annahm. In dieser Gemengelage ließ sich die emotionale Verweigerungspose der Hippies ebenso leicht mit Elementen der Kapitalismuskritik einer neuen Linken aufladen, wie der politische Protest mit kulturrevolutionären Zügen versetzt war. Dabei hat die Jugendkultur ihrerseits eine Radikalisierung durchgemacht. Sichtbarster Ausdruck war das Woodstock-Festival im September 1969, an dem ein Großteil der Rockstars jener Zeit beteiligt war und das 400 000 Menschen zusammenführte, die sich im emotionalen Dissens zur etablierten Welt ebenso einig waren wie darin, mit der eigenen Subkultur ein besseres Lebensmodell zu verkörpern. So lieferte die Jugendkultur der Protestbewegung eine „Rekrutierungsbasis“, konnten sich die politischen Aktivisten von einer Welle jugendlicher Auflehnung getragen fühlen.

Politisch sichtbarste Konsequenz der APO war die Formierung einer in verschiedene linksradikale Kleinparteien zersplitterten Neuen Linken. Zwar verstanden sich alle als „revolutionäre Kraft“, die für den Kampf um die „Überwindung des Kapitalismus“ das Bündnis mit den „arbeitenden Massen“ suchten, doch untereinander waren sie sich spinnefeind. In den verschiedenen maoistischen Gruppen orientierte man sich an der Kommunistischen Partei Chinas mit ihrer Gegnerschaft zum „modernen Revisionismus“ in der Sowjetunion. Ständiger Begleiter wurde bald die Suche nach „Abweichlern“ und „Klassenverrätern“.

Dabei entstanden vier Gruppierungen von zeitweise überregionaler Bedeutung: Die KPD, die KPD/ML, der KB sowie der KBW. Die KPD hatte ihre Hochburg in West-Berlin. Der KB war vor allem in Norddeutschland präsent, und der KBW war in Heidelberg besonders stark. Erstaunlich viele aus dem späteren Führungspersonal der Grünen haben in dieser Szene frühe politische Erfahrungen gesammelt. Die westdeutschen Arbeitermassen freilich hatten damit wenig im Sinn. Die KPD existierte bis 1979, der KBW gab einige Jahre später auf. Der KB betrieb schließlich eine „entristische Strategie“ des Beitritts zu den Grünen.

Nachdem schon die illegalen Kader der KPD den Kontakt mit der APO gesucht hatten, kam es zur Annäherung „traditionalistischer“ Teile des SDS an den „offiziellen“ Parteikommunismus, der sich ab 1968 in der DKP formierte. Daraus entstand der „Marxistische Studentenbund Spartakus“. Mit seinem eher gemäßigten politischen Auftreten kam er zu einigen hochschulpolitischen Erfolgen und war 1974 mit 5 000 Mitgliedern der größte Studentenverband der Bundesrepublik. Erst mit dem Aufstieg der linksalternativen Spontis ging sein Einfluss zurück.

Aus dem Zerfallsprozess der APO entstanden auch diverse trotzkistische, rätekommunistische und anarchistisch-spontaneistische Gruppen. Von einer gewissen Bedeutung war der „Revolutionäre Kampf“ (RK), der sich im Frankfurter Raum bildete, auf betrieblicher

Ebene den Kampf um eine „Arbeiterautonomie“ führen wollte und sich vom Leninismus der K-Gruppen abgrenzte. Aus dem RK sind eine ganze Reihe prominenter Personen des öffentlichen Lebens hervorgegangen, so die Grünen-Politiker Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit oder der Kabarettist Matthias Beltz.

Die anarchistischen Unterströmungen der Protestbewegung gingen entweder in der zu Beginn der 1970er Jahre wachsenden Underground-Subkultur auf, bildeten das Rekrutierungsfeld für die militanten Desperados der RAF und des „2. Juni“ oder wurden zur Keimzelle der ab 1975 breiter werdenden Sponti-Szene. Auch die RAF und der „2. Juni“ sind aus der APO hervorgegangen. Wenngleich ihre Aktionen nicht als bloße Verlängerung von Weltbildern der APO gesehen werden können, sind geistige Verwandtschaften nicht zu übersehen, die von der RAF hypostasiert wurden. Das gilt für die romantisierende Identifikation mit der Guerillabewegung in der Dritten Welt, aber auch für den moralischen Rigorismus, der jetzt zum menschenfeindlichen Aktionismus wurde.

Längerfristig folgenreich sind all diese Organisierungsversuche nur insofern geworden, als sich viele aus der „Neuen Linken“ ab 1977 in den Gründungsprozess der Grünen und Alternativen Listen einmischten. Gewiss sind die Grünen auch ein Ergebnis der Umweltdiskussion der 1970er Jahre; der gesellschaftskritische Geist von 1968 aber hat für ihren Entstehungsprozess eine zentrale Rolle gespielt: durch Kristallisationskerne linksoppositioneller Aktivisten, die sich nach dem Scheitern linksradikaler Parteiaufbaugruppen aussichtsreicheren politischen Unternehmungen verschrieben, aber auch durch die Impulse, die von 1968 für die Entstehung einer wachsenden Zahl kritischer Bürgerinitiativen ausgingen.

Während der Versuch einer Wiederbelebung der Klassenkämpfe der Weimarer Republik auf der Bühne von Universitätshörsälen eine kurzlebige Veranstaltung mit operettenhaften Zügen blieb, hat die Politisierung dieser Zeit die SPD nachhaltig verändert. Zunächst eher indirekt: Die gesellschaftliche Grundstimmung begünstigte reformorientierte Kräfte, auch wenn sich ein nachhaltiger Einfluss der APO auf den Machtwechsel 1969 nicht nachweisen lässt. Hernach aber ließ der massenhafte Zulauf junger Leute den Mitgliederbestand der SPD von 650 000 bis auf eine Million im Jahr 1975 anwachsen. Zahlreiche Parteigliederungen wurden reaktiviert, es entwickelte sich eine lebhafte Diskussions- und Streitkultur, die von einer Renaissance systemkritischen und marxistischen Denkens begleitet war. Vielerorts kam es zu Richtungskämpfen und Generationskonflikten. Oft war die gewerkschaftsnahe Traditionsmitgliedschaft dem Ansturm der theoretisierenden Jungen nicht gewachsen. Eine besondere Rolle spielten dabei die Jungsozialisten.

Mit dem Umschlagen der gesellschaftlichen Grundstimmung im Zuge von Ölkrise und beginnenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen war das freilich schon wieder vorbei. Sichtbares Ende dieser Zeit wurde der Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt. Das Vordringen der jungen Linksakademiker hat dazu beigetragen, dass die SPD in jenen Jahren ihren Charakter als Arbeitnehmerpartei folgenreich verändert hat. Vermutlich aber hat der Strukturwandel der Gesellschaft mit der Abnahme klassischer Arbeitnehmermilieus dabei eine größere Rolle gespielt.

Auch die FDP ist von den Anstößen der Protestbewegung berührt worden. Das musste schon deshalb so sein, weil die FDP damals die parlamentarische Opposition stellte und selbst einen Wandlungsprozess durchmachte, der in die sozialliberale Koalition führte. Zu den Protagonisten dieses Wandels gehörten die Jungdemokraten. Manche wollten jetzt aus der FDP-Jugend einen sozialistischen Kampfverband machen, was zu Spannungen mit der Mutterpartei führte. Noch radikaler gerierte sich der Liberale Hochschulverband. Diese Impulse haben die sozialliberale Entwicklung der FDP begünstigt. Doch längerfristig blieben die Einflüsse der APO auf die Entwicklung der Partei bescheiden.

Eher wenig berührt wurden CDU und CSU. Zwar verlangte jetzt auch die Junge Union nach Reformen. Doch blieb das Verhältnis zur APO überwiegend von Abwehr bestimmt. Am Ende hat die Union von der Protestbewegung vor allem insofern profitiert, als sie ihre Gegner mobilisierte. Das geistige Klima der frühen 1970er Jahre brachte eine gesellschaftliche Polarisierung hervor, in der die CDU von einem bürgerli-

chen Honoratiorenclub zu einem mitgliederstarken Kampfverband gegen den „linken Zeitgeist“ wurde.

Kurt Sontheimer hat 1976 festgestellt, dass die Protestbewegung keine wesentlichen Veränderungen der Grundstrukturen der Gesellschaft erreicht, wohl aber zu einem einschneidenden Wandel der Auffassungen über diese Gesellschaft beigetragen habe. Tatsächlich waren die Hochschulen den Einflüssen eines systemkritischen, z. T. neomarxistischen Denkens ausgesetzt. Dabei wurde das Vordringen dieses „kritischen“ Wissenschaftsverständnisses erleichtert durch den quantitativen Ausbau der Hochschulen. An vielen politologischen und soziologischen Instituten traten Marx-Lektüre, Politische Ökonomie, Geschichte der Arbeiterbewegung und Systemtheorie an die Stelle von Regierungslehre, empirischer Soziologie und Parlamentarismusforschung. An den historischen Instituten gerieten die Vertreter einer narrativ orientierten Geschichtswissenschaft in die Defensive, in der Germanistik erlangte eine „materialistische Literaturwissenschaft“ Bedeutung. Soziolinguisten erforschten den „Klassencharakter der Hochsprache“. In der Ausbildung von Pädagogen und Sozialarbeitern ging es um eine „emanzipatorische Erziehung“.

Während sich Deutungen von der Gesellschaft der Bundesrepublik als einer „Klassengesellschaft“ verbreiteten, wurde die im Systemvergleich vor der Revolte dominierende Totalitarismustheorie nun antikommunistischer Ideologielastigkeit verdächtigt. Dazu trat ein geschichtswissenschaftlicher Revisionismus, der den Kalten Krieg zu einer Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen Hegemonialmacht USA als treibender Kraft der Spaltung der Welt und einem eher defensiven sozialistischen Lager unter Führung der Sowjetunion umdeutete. Aus dieser Sicht wurde die Nachkriegsdemokratie eine „verhinderte Neuordnung“, das Wirtschaftswunder eine „Rekonstruktionsperiode“, und die ganze Staatsgründung stand im Zeichen einer „Restauration des Kapitalismus“. Der Faschismus galt als besonders brutale Form „bürgerlicher Herrschaft“, was eine abstruse Relativierung der Differenzen zwischen Faschismus und Liberalismus begünstigte.

Sicher haben diese „Paradigmenwechsel“ einseitige Blickwinkel auf die westliche Welt und Formen geistiger Verödung hervorgebracht. Doch hat sich diese Entwicklung nicht flächendeckend vollzogen, und ihr Höhepunkt war Mitte der 1970er Jahre wieder vorbei. Deshalb können sie kaum als Hauptgrund für den später vielbeklagten Zustand der deutschen Universitäten herangezogen werden. Allerdings waren Marx-Exegese und Fundamentalkritik „bürgerlicher Wissenschaft“ begleitet von einem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Geisteswissenschaften.

Einige der nach 1968 wirkungsmächtigen Deutungsmuster haben auch die folgenden Paradigmenwechsel überdauert. So galt in der Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre die USA als eigentliche Gefahr für den Weltfrieden. Die östliche Seite wurde meist milder beurteilt. Zugleich wurde ein Geschichtsbild hegemonial, dem Auschwitz als Fluchtpunkt deutscher Geschichte galt. Weil Hitler der Architekt der deutschen Spaltung gewesen sei, konnte man das Thema Deutschland vernachlässigen. Dass aus dieser Sicht allein die Bürger der DDR die Zeche zu zahlen hatten, wurde dabei übersehen. Das hat am Ende zu den mentalen Problemen beigetragen, die der jüngere Teil der westdeutschen Gesellschaft mit der deutschen Einheit hatte. Das Geschichtsbild disponierte mit seiner Relativierung des Systemkonflikts zwischen liberaler Demokratie und Kommunismus zu einer Verniedlichung der sozialistischen Systeme wie zur vorschnellen Verabschiedung von der deutschen Einheit, die weder als realistisch noch überhaupt wünschbar galt.

In den Sog der Bewegung gerieten auch die Schulen. Die Gelegenheit für Reformen schien günstig, die als Beitrag zur „Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse“ gedeutet wurden. So stellten die Hessischen Rahmenrichtlinien 1971 „Emanzipation“ und die „Befähigung der Schüler zur Analyse gesellschaftlicher Unterdrückungs- und Abhängigkeitsverhältnisse“ ins Zentrum allen pädagogischen Bemühens. Dies mündete in eine erbitterte kulturpolitische Auseinandersetzung. Weil mit dem Reformeifer tatsächlich eine gewisse Entwertung des Leistungsgedankens und der klassischen Bildung verbunden war, traf die Kritik einen realen Kern. Doch angesichts der Gegenkräfte und der vielen seither eingetretenen Veränderungen ist es mindestens eine gewaltige Übertreibung, wenn als Ursache für alle möglichen Mängel

des Bildungswesens von heute der Emanzipationsgeist von damals herangezogen wird.

Weil die APO von einem besonderen subjektiven „Verwirklichungs- und Selbstverwirklichungsimpuls“ bestimmt war, bei dem „Partizipation“ eine zentrale Rolle spielte, lässt sich die seit Ende der 1960er Jahre wachsende Zahl außerparlamentarischer Bürgerinitiativen als Fortsetzung gesellschaftskritischer Impulse auf mikropolitischer Ebene beschreiben. Das politisierte Klima dieser Jahre, die von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung übernommenen Aktionsformen, die subjektive Partizipationsdimension – das schuf Bedingungen für den Aufschwung einer neuen Form des nicht-institutionalisierten politischen Engagements, das sich in Bürgerinitiativen niederschlug.

Die Soziologie hat nachgewiesen, dass sich für die jüngere Generation von damals von einem „Wertewandel“ sprechen lässt. Doch ist die Protestbewegung aus dem Blickwinkel des Wertewandels eher Objekt als Subjekt. Sie hat vielen erlaubt, Wünsche auszuleben, die ansonsten vielleicht verdrängt worden wären. Aber es ist weder ihr Verdienst noch ihre Schuld, dass sie in die relativ gesicherten materiellen Verhältnisse hineinwachsen konnte, die ihre Eltern lange entbehren mussten. Dass dabei die Gräben zwischen den Generationen so tief wurden, lässt sich aus den unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen von Kriegs- und Nachkriegsgeneration erklären. Hinzu trat der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft: Das hohe materielle Niveau ließ die Bedeutung der Kulturindustrie wachsen. So schwand die prägende Kraft von Triebverzicht und Enthaltsamkeit. Freilich hat der Wertewandel nicht jene bestandsgefährdende Kulturkrise der westlichen Welt ausgelöst, die Daniel Bell in den 1970er Jahren angenommen hat.

Auch eine Vielzahl von Veränderungen der Lebensformen und des alltäglichen Sozialverkehrs führen auf die 1960er Jahre zurück. Das gilt für die veränderten Einstellungen zu Ehe und Familie, für vorehelichen Sex und serielle Monogamie, für das Vordringen der Frauen in der Gesellschaft und eine allgemeine Pluralisierung von Lebensstilen. Tief sitzende kulturelle Einstellungsmuster vom engen Zusammenhang zwischen Sexualität, Ehe und Fortpflanzung haben sich innerhalb weniger Jahre nachhaltig verändert. Sexuelle Libertinage bei verminderter Wertschätzung von Ehe und Familie – dabei ist die Protestbewegung Vorreiter gewesen. Zwar hat sie bald die Anzeichen der „systemkonformen Vermarktung der Sexualität“ durch eine wachsende Sex-Industrie kritisiert. Doch die demonstrative Promiskuität und die vielfältigen Diskussionen um sexuelle „Unterdrückung“ und „Befreiung“ haben nicht nur ihren Beitrag zur Liberalisierung der Sexualmoral geleistet, sondern auch das soziale Rekrutierungsfeld der APO ausgeweitet. Heute wird man die Errungenschaften dieser Libertinage eher zwiespältig betrachten müssen. Was zunächst Befreiung war von der Last eines bedrängenden Normensystems und neue Möglichkeiten von Freiheit und Selbstverwirklichung schuf, ist auch Trendsetter einer allgemeinen Sexualisierung des Alltagslebens geworden.

Mit 1968 verbindet sich auch der Protest gegen alle möglichen äußeren Attribute von Wohlanständigkeit und „guter Kinderstube“, die von den jungen Leuten als Fassade für die repressive Moral eines biedermeierlichen Kleinbürgertums mit brauner Vergangenheit gedeutet wurden. Der Rigidität des Einklagens von „ehrlichen“ und „offenen“ Formen des Sozialverkehrs entsprach die Denunziation des bürgerlichen Verhaltenshabitus als doppelbödig und verlogen. Entsprechend wurde (fast) alles abgelehnt, was dort zum guten Ton gehörte: gepflegtes Äußeres ebenso wie konventionelle Höflichkeitsformeln. Auch hier hat die Protestbewegung Spuren hinterlassen, wie der Siegeszug des „Du“ und die Lockerung der Regeln für Bekleidung und äußeren Habitus besonders deutlich zeigen. Auch die heutige Form- und Zwanglosigkeit aber hat ambivalente Konsequenzen. Das Verrücken von Tabuschranken, der Verlust an Diskretion und Schamgefühl sind Kehrseiten eines weniger von Regeln und Konventionen bestimmten Sozialverkehrs, in dem Tugenden wie Höflichkeit, Ehrlichkeit, Respekt und Verlässlichkeit an Bedeutung verloren haben.

Fraglos hat die Protestbewegung das Bewusstsein von der kulturfördernden Kraft von Institutionen geschwächt. Doch gerade weil die befreiende Formlosigkeit von 1968 in ihrer Radikalität so leicht als Umkehrung der elterlichen Grundwerte von Gehorsam und Disziplin erkennbar ist, wird man die hernach

prägende Kraft eines permissiven Zeitgeistes nicht einfach als Folgewirkung dieser Jahre beschreiben können. Eher haben Kulturkritik und Antikapitalismus mitgeholfen, den Weg zu öffnen für eine vom modernen Kapitalismus geforderte neue soziale Mobilität und Flexibilität.

Was bleibt?

Der Protest von 1968 zeigte sich zuerst in den sprachlos-emotionalen Formen einer neuen Jugendkultur. Bald aber fand er einen politischen Ausdruck. Besonders der Vietnamkrieg und die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit lieferten der Abspaltung eines wachsenden Teils der jungen Generation von der Mehrheitsgesellschaft politische Interpretationsmuster. So entstand, aufgeladen durch innere Verweigerungsmotive einer durch emotionale Schwächen und Glaubwürdigkeitsmängel ihrer Eltern beladenen jungen Generation, eine Form des Ausbruchs, die sich bis zur Selbstsuggestion, Teil einer weltrevolutionären Bewegung zu sein, radikalisierte.

Der von den Zeitgenossen empfundene „wilde Zauber" jener Jahre zeigt, wie sehr die Revolte in Kategorien eines neuartigen und singulären Generationenkonflikts gedeutet werden muss. Das Ausmaß der Selbstüberschätzung wie die bald ins Possenhafte abgleitende „revolutionäre Selbststilisierung" lässt freilich auch auf das Fehlen einer inneren Stärke der Protestierenden schließen, die realistische Selbstdeutungen verhinderte. So kann man in der Bewegung von damals auch einen auf der Bühne der Gesellschaft ausgetragenen Kampf ums eigene Ich sehen. Dabei sind in der kumulativen Radikalisierung des Protests auch Seelenverwandtschaften zwischen den Protagonisten des Protests und der attackierten Vätergeneration deutlich geworden. Daraus freilich auf eine Kontinuität der „Dreiunddreißiger und Achtundsechziger" zu schließen, wird der schillernden Vielfalt von 1968 schon deshalb nicht gerecht, weil Obsessionen, Pathologien und der hochgestochene Elitarismus selbsternannter Avantgardisten noch keine Schlussfolgerungen zulassen für die Protestbewegung als Ganzer. Hinzu kommt ihr ganz eigenes Changieren zwischen Realität und Fiktion, das es erschwert, alle wirren Reden und Pamphlete von damals zum revolutionären Nennwert zu nehmen.

Politisch ist von den systemkritischen Impulsen nicht viel geblieben. Bürgerinitiativen sind heute Ergänzung des repräsentativen Systems, die Grünen haben sich von ihren bewegten Ursprüngen gelöst. Und der Glaube, die Welt ließe sich nach Maßgabe großer theoretischer Modelle revolutionär aus den Angeln heben, wirkt heute Lichtjahre entfernt. Geblieben sind die Fundamentalliberalisierung des Alltagslebens und eine Verschiebung von hegemonialen Deutungsmustern von Geschichte und Gesellschaft. Das gilt vor allem für die Interpretation deutscher Geschichte und den kritischen Blick auf Amerika.

Die Permissivität der heutigen Gesellschaft würde keiner jungen Generation auch nur annähernd die Provokationsräume liefern, wie sie die 68er hatten. Zu dieser Liberalisierung hat die Protestbewegung beigetragen, freilich auf widerspruchsvolle Weise. Sie selber war überwiegend gar nicht liberal – oft nicht mal tolerant. Sie hat Räume geöffnet und Anstöße geliefert, aber auch Erfolge erzielt, die sie gar nicht haben wollte. Wenn es ein „Programm von 1968" gegeben hätte, hätte dies nur scheitern können. Sicher darf man Geschichte nicht einfach vom Ergebnis her betrachten. Aber die Selbstsuggestion der Protestierenden von der revolutionären Situation war absurd und der Kostümierungsversuch der antiautoritären Revoluzzer als selbsternannte Arbeiterführer kurios.

So bleibt in der Erinnerung vor allem das befreiende Erlebnis eines jugendlichen Aufbruchs aus allen möglichen Zwängen einer mit rigiden Ge- und Verboten behafteten Existenz – eine Befreiung, die für viele lebensgeschichtlich prägend war. Deshalb ist der kulturelle Umbruch jener Jahre der tiefste, den die Gesellschaften des Westens seit 1945 erlebt haben. Dagegen ist die „Generation Golf" ein aufgeblasenes Kunstprodukt. Freilich hat die Rebellion gegen Tradition und bürgerliche Pflichtethik ungewollt auch den Boden bereitet für die inzwischen ausgreifende Kraft einer entgrenzten Ökonomie, der weder durch die Kraft sicherer kultureller Sinnbestände noch durch politische Macht Grenzen gesetzt werden. Hier liegt die eigenartigste Paradoxie von 1968.

Wulf Schönbohm

Die 68er: politische Verirrungen und gesellschaftliche Veränderungen

Vor kurzem hielt ich als Zeitzeuge einen Vortrag über die 68er vor dem Abiturjahrgang eines Gymnasiums. Die Schüler und Schülerinnen wirkten mäßig interessiert. Für sie war es ein sehr weit zurückliegendes, schwer verständliches Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik, für mich auch nach vierzig Jahren noch immer eine äußerst lebendige und aufregende Zeit. Der politische Kampf gegen den SDS in Berlin einerseits, das Engagement für Reformen an der Hochschule und in der Gesellschaft gegen das verknöcherte Establishment andererseits, dieser Zweifrontenkampf war aufreibend. Im Sommersemester 1964 hatte ich nach drei Jahren Dienst als Zeitsoldat mein Studium am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität begonnen. Dort war die Zahl der Studenten, die sich durch eine Ummeldung nach Berlin als „Drückeberger“ dem Wehrdienst entzogen hatten, besonders hoch. Im OSI wurden meine wenigen Freunde vom Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und ich als „Faschisten“ beschimpft, in der CDU dagegen galten wir als linke Revoluzzer.

Wulf Schönbohm
Dr. phil., geb. 1941; Publizist.
dr.schoenbohm@t-online.de

Bewusst zitierte ich vor den Abiturienten aus den damaligen Schriften der SDS-Theoretiker Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, aber schnell bestätigte sich meine Vermutung, dass meine Zuhörer sie nicht verstanden und sich langweilten. Kein Wunder, denn auch damals haben die meisten Studenten sie weder gelesen noch verstanden. Diese komplizierten neomarxistischen Analysen waren nur etwas für Eingeweihte; verstanden haben dagegen viele Studenten den Sinn der SDS-Aktionen gegen den autoritären Uni-Rektor, gegen die Notstandsgesetze, den Springer-Konzern und gegen den Vietnamkrieg. Unterstützung fand der SDS als der politische Kern der APO für seine geschickt ausgewählten Aktionen gegen bestimmte Missstände, aber nicht für sein eigentliches Ziel, die Abschaffung des bestehenden Ordnungssystems in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Gegensatz zum SDS war die Außerparlamentarische Opposition (APO) eine thematisch und politisch breit gefächerte Protestbewegung, die weit über den SDS und die Universität hinausreichte und eine liberalere, tolerantere, weniger autoritäre Gesellschaft anstrebte, ohne gleich, wie der SDS, die Systemfrage zu stellen. Es gab damals in der jungen Generation ein tief sitzendes Unbehagen über die Muffigkeit, die Autoritätsgläubigkeit, die spießige Kleinkariertheit und geistige Enge ihrer Familien und ihres Lebensumfeldes. Diesen latent vorhandenen Protest artikulierte und mobilisierte der SDS. Dies führte zu zahlreichen Protestaktionen gegen die etablierten Autoritäten auch in der Provinz.

Der „Mief“ der 1960er Jahre

Ich gab den Schülern folgendes Beispiel: 1965 wohnte ich in Tempelhof, meine Freundin und jetzige Frau dagegen in Dahlem. Wenn ich meine Freundin besuchte, klopfte spätestens um 22 Uhr ihre Wirtin an die Tür und rief: „Herr Schönbohm!“ Das bedeutete, ich musste baldmöglichst das Zimmer verlassen, damit sich die Wirtin, wie sie uns entschuldigend erklärt hatte, nicht wegen des Verstoßes gegen den Kuppeleiparagraphen strafbar machte. Ich musste also raus aus dem Bett in die kühle Nacht, um auf dem Motorroller zu meinem Domizil zu fahren.

Das fanden die 18-/19-Jährigen nun interessant, ja geradezu kurios. So war das eben noch vor vierzig Jahren: Kein Damen- oder Herrenbesuch nach 22 Uhr, kein Geschlechtsverkehr zwischen Unverheirateten. In Bonn hatte meine Wirtin sogar meiner Sekretärin, die mir als RCDS-Vorsitzendem ein wichtiges Telegramm überbringen wollte, am helllichten Tage den Zutritt zum Haus verweigert. Ich zog sofort wieder aus und trat gegenüber meiner neuen Wirtin gleich zu Beginn als Verheirateter auf, damit meine Freundin bei mir übernachten konnte. Eltern

ließen damals den Freund ihrer Tochter selbstverständlich nicht in ihrem Zimmer schlafen, Homosexualität war mit Strafe bedroht, Nacktheit in der Öffentlichkeit oder in den Medien galt als unschicklich, es gab sogar eine entsprechende Kampagne gegen Schmutz und Schund; über Sexualität und sexuelle Aufklärung wurde öffentlich nicht geredet.

An der Universität trug ich Jackett, und man sprach seine Studienkollegen mit „Herr Kommilitone" an. Studentische Wohngemeinschaften hatten keine Chance, einen Mietvertrag zu bekommen. Die Geburt eines unehelichen Kindes war eine Schande für die Mutter und deren Familie. Jede Abtreibung – mit Ausnahme der Schwangerschaftsunterbrechung bei medizinischer Indikation – war verboten. Eine Ehescheidung erfolgte nach dem Schuldprinzip. Die kirchliche Trauung zwischen einem Protestanten und einer Katholikin war nur möglich, wenn der Protestant sich schriftlich gegenüber der katholischen Kirche verpflichtete, dass die Kinder katholisch getauft und erzogen würden. Ehefrauen mit Kindern benötigten für ihren künftigen Arbeitgeber die Genehmigung ihres Ehemannes, wenn sie eingestellt werden wollten. Wenn ein Mann eine Verlobung, also ein Eheversprechen, aufhob, musste er seiner früheren Verlobten als Entschädigung ein „Kranzgeld" zahlen. Ich werde nicht vergessen, wie ablehnend ich auf die langen Haare der Beatles reagierte, die ich 1962 zufällig im Starclub in Hamburg gehört und gesehen hatte. Männer mit langen Haaren wie Frauen – einfach lächerlich!

Berlin verstand sich damals als Frontstadt im Kalten Krieg gegen die kommunistische Diktatur, als Symbol der Freiheit. Am 1. Mai versammelten sich in den 1960er Jahren noch über 100 000 Berliner vor der Ruine des Reichstages, um gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen Parteien ihren Freiheitswillen und ihren Antikommunismus zu bekräftigen. Die Amerikaner wurden verehrt, denn ihnen hatte die Stadt während der Blockade durch die Sowjets ihr Überleben zu verdanken. Auf die Amerikaner ließ der Berliner nichts kommen.

Kein Wunder also, dass die Berliner auf die antiamerikanischen Demonstrationen, die Stürmung des Amerika-Hauses, die Verhöhnung und Beleidigung von Staatsgästen durch, wie sie fanden, langhaarige, linksextremistische Studenten gereizt und empört reagierten. Der SDS trieb unter Dutschke die Eskalation bewusst durch gezielte Regelverletzungen voran: vom *sit-in* und *teach-in* über die Besetzung von Universitätsinstituten bis zur Gewalt gegen Sachen und zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die überforderten Beamten und Politiker, die völlig unvorbereitete, überreagierende Polizei trugen das Ihre zur Anheizung der Auseinandersetzungen bei, die mit dem Tod von Benno Ohnesorg im Juni 1967 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten.

Die Berliner Springerpresse hat mit ihrer polemischen und simplifizierenden Berichterstattung, die wahrscheinlich die damalige Mehrheitsmeinung der Berliner Bevölkerung wiedergab, sicherlich zur Verschärfung der Konfrontation beigetragen. Wer aber, wie ich, erlebt hat, mit welcher Skrupellosigkeit die SDS-Vertreter die „Charaktermasken" des Systems beleidigten und beschimpften, der wundert sich doch ein wenig über die Empfindlichkeit dieser Revolutionäre gegenüber grobschlächtiger Kritik.

Ich habe im Mai 1965 am OSI den ersten Vorlesungsstreik an der FU miterlebt, der vom SDS aus Protest gegen das Kuby-Veranstaltungsverbot des Rektors ausgerufen wurde. Durch die arrogante Selbstgewissheit der SDS-Matadore fühlte ich mich auf dieser Protestversammlung herausgefordert. Meine dort vorgetragene Kritik an dem Begriff und dem Sinn eines „Streiks" – schließlich seien Studenten keine Arbeitnehmer und ein Verzicht auf die Vorlesung schade nicht der Universität, sondern den Studenten, die dort etwas lernen wollten – wurde unter dem donnerndem Beifall der Versammelten als kleinbürgerliche Kritik eines autoritätsgläubigen Lakaien der Professoren abgetan. So begann meine Karriere als „Faschist". Arroganz, Intoleranz und aggressive Feindlichkeit gegenüber Andersdenkenden waren Wesenszüge dieser Bewegung, obwohl sie selbst doch die Intoleranz und Repression des „Systems" kritisierte. Im weiteren Verlauf dieser innerstudentischen Auseinandersetzungen zwischen linken und alternativen 68ern gewann ich den Eindruck, dass die immer schärferen Abwehrreaktionen auf unsere kritischen Einwände darauf zurückzuführen waren, dass

die Linke den Verweis auf die Realitäten, auf Vernunft und Augenmaß deshalb so hasste, weil er ihre utopische und rücksichtslose Radikalität offen legte.

Aus meiner keineswegs vollständigen Auflistung von Merkmalen der deutschen Gesellschaft in den 1960er Jahren wird deutlich, wie radikal sich die deutsche Gesellschaft inzwischen geändert hat. Nach 1968 wurden Autoritäten und Regeln infrage gestellt, die NS-Vergangenheit nicht mehr tabuisiert, Sex offener diskutiert und praktiziert, denn schließlich gab es Oswalt Kolle und die Pille. Die Emanzipation der Frau wurde zu einem beherrschenden Thema. Unter dem Einfluss paralleler Veränderungen in den USA und in Großbritannien revolutionierten Rock 'n' Roll und Pop die Musik, lange Männerhaare wurden ebenso Mode wie Miniröcke und Schlabberlook, Drogenkonsum entwickelte sich zu einem Dauerproblem. Eine radikale Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems wurde nur in Deutschland durch den SDS angestrebt. Da war nichts von Flower Power zu spüren, aber viel von utopischer Heilsgewissheit und ernsthafter Arbeit für die Revolution.

Von seinen eigentlichen systemüberwindenden politischen Zielen hat der SDS kein einziges durchgesetzt. Im Nachhinein kann man den SDS – zugespitzt formuliert – als „nützlichen Idioten" des Systems bezeichnen, denn er hat es nicht, wie angestrebt, beseitigt, sondern gefestigt und wetterfest gemacht. Von einer politischen Neugründung der Bundesrepublik Deutschland durch den SDS oder die APO kann also keine Rede sein, wohl aber von einer Veränderung der Gesellschaft.

Die gescheiterte Revolution

Meine Generation hat den Aufstieg unseres zerstörten Landes am eigenen Leibe erlebt. Unsere Eltern haben das Land in kurzer Zeit wieder aufgebaut, die Wirtschaft flott gemacht, die Demokratie zum Laufen gebracht. Arbeit, zunehmender Wohlstand und soziale Sicherheit waren in den 1960er Jahren für beinahe jeden in erstaunlichem Umfang garantiert. Die Bundesrepublik Deutschland war in das westliche Staatensystem politisch und wirtschaftlich integriert. Die europäische Einigung machte sichtliche Fortschritte. Jeder in meiner Generation wird sich auf seine Weise daran erinnern, wie es in seiner Familie aufwärts ging, das erste Auto angeschafft, der erste Urlaub in Italien möglich wurde – und wie es praktisch unmöglich war, mit dem Vater zum Beispiel in Ruhe über den Nationalsozialismus zu sprechen, wobei wir es den Vätern auch schwer gemacht haben, weil wir als besserwisserische Ankläger aufgetreten sind.

Am Ende der 1960er Jahre herrschte in meiner Generation das weit verbreitete Gefühl vor, die materielle Not sei beseitigt und es gehe jetzt darum, sich den immateriellen Defiziten einer erstarrten Gesellschaft jenseits von Wohlstand, Ordnung und Tradition zuzuwenden. Mitbestimmung in den Unternehmen, Familienpolitik, Reform des Bildungssystems, des Sexualstrafrechts und des Eherechts, die Liberalisierung des Rechtsstaates, Entspannungs- und neue Ostpolitik – diese Reformthemen kamen in den 1970er Jahren auf die Tagesordnung der Politik.

Die politischen Ziele des SDS basierten auf einer neomarxistischen Analyse des spätkapitalistischen Systems, das sie auf Grund seiner Irrationalität und Inhumanität in der Krise sahen. Durch Manipulation, Repression und Konsumterror würden die Massen unmündig gehalten und seien daher für eine sozialistische Umgestaltung des Systems nicht ansprechbar. Nur die Intellektuellen, zu denen sich natürlich auch die Studenten zählten, seien in der Lage, die Manipulation zu durchschauen, die Massen aufzuklären und gegen das System zu mobilisieren. Durch die Provokation der Reaktionäre, durch die illegale und im Notfall auch gewaltsame Durchbrechung der ehernen Spielregeln des Systems, müsse in harten Auseinandersetzungen dessen repressiver Gewaltcharakter offen gelegt und das richtige Bewusstsein für den notwendigen Kampf geschaffen werden. Die Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt und deren endgültiger Sieg werde die sozialistische Revolution in die Metropolen der Industrieländer tragen.

Parlament, Regierung und Parteien seien nur noch die Fassade zur Verschleierung der Realität des autoritären, präfaschistischen Staates, der im Auftrag des Großkapitals die Massen manipuliere und den Klassenkampf unmöglich mache. Die Klassenjustiz sei das

wichtigste Instrument des Großkapitals, um die einzig wahre Opposition, nämlich die demokratisch-sozialistischen Kräfte, zu unterdrücken.

Dieser Totalverriss des Systems durch den SDS, diese unversöhnliche, prinzipielle Ablehnung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung Deutschlands, ja des gesamten Westens, demonstriert seine realitätsblinde, fanatische Ideologie, mit der kein Kompromiss möglich war, die durch keine Reform zufrieden gestellt werden konnte. Gesellschaftlicher Pluralismus, die Garantie der Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaat, parlamentarisch-repräsentative Demokratie, Gewaltenteilung und Soziale Marktwirtschaft, die ich als Politologe am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität als große politische Errungenschaften verinnerlicht hatte, wurden von den SDS-Utopisten verachtet und als zu beseitigende Hürden auf dem Weg zur wahrhaft humanen, sozialistischen Gesellschaft bekämpft. Die anti-demokratische Zielsetzung des SDS war von Beginn an offensichtlich, aber kaum jemand hat damals die schon früh vorgetragenen Warnungen ernst genommen. Auch die Medien nicht, denn sie gaben größtenteils das revolutionäre Pathos, die pauschalen Verurteilungen und spektakulären Aktionen unkritisch wieder, denn das waren außergewöhnliche Ereignisse und fernsehgerechte Bilder. Die wenigen Studenten, die die systemüberwindenden Ziele dieses Rebellionsversuches bekämpften und auf deren Folgen hinwiesen, wurden von den Medien souverän ignoriert.

Für die hohe Aufmerksamkeit und das Ansehen von APO und SDS war nach meiner Einschätzung Rudi Dutschke besonders wichtig. Obwohl er im SDS nie ein wichtiges Amt innehatte, wurde er ab 1966 zunehmend zur zentralen Figur der studentischen Rebellion, denn er war die treibende Kraft für alle zu der Zeit in Berlin stattfindenden Demonstrationen, Aktionen und Kongresse gegen die Notstandsgesetze, gegen den Schah-Besuch und den Vietnamkrieg. Dutschke vertrat die Überzeugung, dass durch gezielte, durchaus illegale Provokationen des Establishments und dessen Reaktionen darauf der unterdrückerische Charakter des Systems verdeutlicht werde, was zu einer Bewusstseinsänderung der Massen führe und dann ihre Mobilisierung ermögliche.

Wenn Dutschke sprach, wurde es immer still im Auditorium, und jeder seiner Diskussionsbeiträge dauerte mindestens eine halbe Stunde. Er wirkte wie ein leidenschaftlicher Prediger, ein von seinen revolutionären Ideen besessener Sendbote aus einer anderen Welt. Ich habe ihn häufiger erlebt und auf dem Podium mit ihm gestritten. Ich gestehe offen, dass er der einzige mir sympathische Linke war. Er machte den Eindruck eines ehrlichen Idealisten, der an der Welt litt und der glaubte, sie mit seinem Konzept retten zu können, ja zu müssen. Sein Charisma, seine Leidenschaft und bezwingende Rhetorik faszinierten die Studenten, auch wenn sie seine häufig sehr verschlungenen theoretischen Ausführungen nicht vollständig verstanden. Er war ein freundlicher, bescheidener, glaubwürdig wirkender junger Mann. In mancher Hinsicht war er auf rührende Art altmodisch oder gar kleinbürgerlich: Er trug keine langen Haare und Parka, dafür aber eine Baskenmütze und hatte immer seine Aktentasche mit Büchern dabei. Er war ein disziplinierter Arbeiter an und mit Texten. In der Zeit freier Liebe heiratete er und bekam einen Sohn, den er nicht in die sozialistische Kinderkrippe gab, sondern zusammen mit seiner Frau aufzog.

Ich weiß, dass ihm von einigen meiner früheren RCDS-Kollegen vorgeworfen wird, er habe die Gewalt befürwortet. Habermas hat ihm als Reaktion auf seine voluntaristischen Thesen auf dem Kongress in Hannover 1967 „linken Faschismus“ unterstellt. In jedem Fall hat er in seinen theoretischen Schriften die gezielte, illegale Provokation und Eskalation befürwortet und diese auch praktiziert. Damit hat er die Verletzung von Menschen einkalkuliert. Von ihm stammt auch das erste Stadtguerilla-Konzept. Trotzdem war er nie an einer gezielten Gewaltaktion beteiligt. Dutschke hielt den Tyrannenmord und die gewaltsamen revolutionären Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt für legitim, verurteilte aber eindeutig die Morde der späteren RAF als individuellen Terror. Als Horst Mahler ihn später in London besuchte, um ihn für den bewaffneten Kampf zu gewinnen, lehnte er ab. Illegale Regelverletzungen und Gewalt gegen Sachen erschienen ihm notwendig, aber Gewalt gegen Menschen verurteilte er als Pazifist und Sozialist als inhuman. Einen persönlichen, von ihm ausgeführten Gewaltakt gegen eine Person konnte ich mir, trotz seiner ambivalenten

Haltung zur Gewalt in seinen theoretischen Schriften, bei ihm nicht vorstellen, auch wenn sich die Trennung von Gewalt gegen Sachen und Personen sehr bald als völlig unrealistisch erwies. Rudi Dutschke ist am 11. April 1968 in Berlin von einem verwirrten Attentäter niedergeschossen und schwer verletzt worden. Davon hat er sich nie wieder richtig erholt.

Schon 1969 zerfiel ohnehin der ideologische Kern der APO in zahlreiche kommunistische, maoistische und trotzkistische Kleingruppen, der SDS löste sich 1970 selbst auf, die APO war am Ende, der RAF-Terror begann. Es gibt zahllose Artikel, Pamphlete und Bücher aus der SDS- und APO-Szene, die die zwangsläufigen Defizite des spätkapitalistischen Systems in allen Details beschreiben und über den richtigen Weg und die richtige Methode zur Beseitigung des verhassten Systems streiten. Dagegen gibt es praktisch keine Veröffentlichung, die die nahe liegende Frage beantwortet, wodurch denn das bestehende, nicht reformfähige System ersetzt werden sollte. Klar ist nur, dass Dutschke das kommunistische Herrschaftsmodell nach dem Vorbild der Sowjetunion als undemokratisch ablehnte.

Wenn man versucht, die Bruchstücke eines sozialistischen, humanen und freiheitlichen Modells als Alternative zum bestehenden zusammenzufassen, ergibt sich folgendes Bild: Gemeineigentum und demokratische Planwirtschaft, überschaubare und direktdemokratisch bestimmte Kommunen und Räte sind die entscheidenden Strukturelemente einer neuen Gesellschaft, in der die Ausbeutung und Vereinsamung des Menschen, die Trennung von Produktionsstätte und Lebensmilieu aufgehoben sind und die Herrschaft von Menschen über Menschen auf ein Mindestmaß reduziert ist. Dieser Traum von einer utopischen Gesellschaft war sehr schnell, nämlich schon nach gut drei Jahren, ausgeträumt. Trotz zahlloser Demonstrationen, einiger harter Straßenschlachten mit der Polizei und hoher Medienresonanz: All die bekämpften Prinzipien, Strukturen und Institutionen der Demokratie, des Rechtsstaates und der Wirtschaft gelten und existieren noch. Sie sind nicht untergegangen, sondern haben sich durch Reformen verbessert, sie wurden liberaler und weniger autoritär.

Durch die ernüchternde Erfahrung, dass in Deutschland keine revolutionäre Situation bestand und keine Revolution möglich war, begann zu Beginn der 1970er Jahre der Zerfall des SDS in die verschiedenen sektiererischen Splittergruppen, die sich untereinander spinnefeind waren und bis aufs Messer bekämpften. Die Entstehung der terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) aus Teilen der studentischen Protestbewegung ist ohne diese nicht denkbar. Deshalb hat diese ziel- und sinnlose Mordorganisation, die den Rechtsstaat auf eine harte Probe stellte, auch noch so lange und so häufig Unterstützung durch frühere APO-Anhänger erfahren, die sich zur Solidarität verpflichtet fühlten, auch wenn sie die RAF ablehnten.

Die Entstehung zahlreicher Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen zu ganz verschiedenen Einzelthemen sind auch eine Folge der Öffnung und Politisierung der Gesellschaft nach 1968, in der die Bürger sich mitverantwortlich fühlen für deren Entwicklung. Sie entdeckten eigene Ziele und Projekte und versuchten, sie häufig im Gegensatz zu den Planungen staatlicher und kommunaler Behörden durchzusetzen. Dies betraf insbesondere das neue Thema Umweltschutz, welches dann von der neu gegründeten Partei „Die Grünen“ aufgegriffen und zu einem politischen Gesamtkonzept kondensiert wurde.

Die Grünen beschlossen auf ihrem Gründungsparteitag, dass ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei ihre tragenden politischen Prinzipien seien. Diese Partei wurde politisch wesentlich durch die APO beeinflusst, weshalb sich auch viele ihrer früheren Aktivisten und die ehemaligen Mitglieder der radikal-sozialisischen Splittergruppen der Nach-APO-Zeit dort wiederfanden. Das Prinzip „ökologisch“ war neu und wurde bald das politische Markenzeichen der Grünen, „sozial“ war dagegen eine politische Pflichtübung und entwickelte bei ihnen keine besondere Wirksamkeit. Das Prinzip „basisdemokratisch“ wurde direkt von der APO übernommen, die immer eine räte-, also direktdemokratische Willensbildung befürwortet hatte. Die Gewaltfreiheit – eigentlich für jede Partei eine nicht erwähnungsbedürftige programmatische Selbstverständlichkeit –

wurde jedoch in bewusster Abgrenzung zu APO, SDS und RAF hervorgehoben. Auch die vom SDS erfolgreich angewandte Organisation von themenzentrierten, sprachlich zugespitzten politischen Kampagnen übernahm die grüne Partei; zum Beispiel bei Themen wie Volkszählung, Atomenergie, Atommüllentsorgung, NATO-Doppelbeschluss. Die anti-amerikanische Grundeinstellung der APO sowie die pazifistische der Friedensbewegung übernahm sie ebenfalls.

Für die APO waren die imperialistischen USA das Feindbild Nummer 1, die revolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt dagegen ihr großes Vorbild. Che Guevara, Ho Chi Minh, Castro und Mao galten bei ihnen als Freiheitskämpfer, die sie bei Demonstrationen beinahe wie Heiligenfiguren vor sich her trugen, denn diese Helden kämpften, wie sie, gegen den Imperialismus und für die sozialistische Freiheit. Die „antiautoritäre Bewegung", die alle offiziellen Repräsentanten und Autoritäten im Westen verabscheute, hatte ihre eigenen Autoritäten gefunden, denen sie bedingungslos glaubte und unkritisch folgte.

Sieht man von Che Guevara ab, zeigt die Verehrung all dieser rücksichtslosen und brutalen Diktatoren, mit welch wirklichkeitsblinder Nonchalance über Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen wurde, wenn der Diktator sich antikapitalistisch, sozialistisch und antiamerikanisch gebärdete. Die Kommilitonen in den osteuropäischen, kommunistischen Staaten haben ihren SDS-Genossen damals zu Recht bittere Vorwürfe gemacht, dass sie 1968 keinen flammenden Protest organisiert haben gegen die brutale militärische Niederschlagung des Prager Versuchs, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu schaffen. Der Protest gegen den Vietnamkrieg der USA war wichtiger.

Ein politisch wichtiges Ziel war für SDS und APO die radikale Umgestaltung des Bildungssystems. Eine neue Gesellschaft könne langfristig nur aufgebaut werden mit neuen, sich ihrer selbst bewussten Menschen, die sich der umfassenden Manipulation und Repression durch das System entzögen. Deshalb sei eine antiautoritäre, repressionsfreie Erziehung in Kindergarten, Schule, Familie und Hochschule so wichtig. Durch den Leistungsterror werde an den Schulen und Hochschulen der angepasste, autoritätsgläubige Fachidiot herangezüchtet, der im Sinne des Systems widerstandslos funktioniere. Deshalb sah es der SDS als seine wichtigste Aufgabe an, innerhalb des Bildungssystems die Autorität der Lehrer und Professoren infrage zu stellen, sie lächerlich zu machen und die Leistungsanforderungen und -kontrollen abzubauen. Mit der Reduzierung der Leistungsanforderungen im Bildungssystem ist die APO sehr weit gekommen. Die Aufgeschlossenheit einiger Länderregierungen gegenüber derartigen Ideen und die Verbeamtung ehemaliger 68er als Lehrer und Hochschullehrer beförderten diesen Prozess.

Aber für beinahe noch schwerwiegender als die Senkung der Leistungsanforderungen halte ich die Folgen der antiautoritären Erziehung für die Kinder und Jugendlichen. Dieses Erziehungskonzept wurde Ende der 1960er Jahre konsequent angewandt in den neu gegründeten Berliner Kinderläden. Jede Erziehung der Kinder zu Ordnung, Gehorsam, Rücksichtnahme und Gemeinschaftsgefühl war verpönt, weil man von der Annahme ausging, dass sich Kinder selbst am besten erziehen würden und daher jede Art von Vorgabe, Zwang oder gar Strafe schädlich sei. Bekanntlich ist dieses Konzept gescheitert, und viele der Kinder, die dieser Nichterziehung unterworfen waren, gehören zu den Opfern dieser Verirrungen. Die Frage, welche Folgen der Aufstand gegen die Gesellschaft und der Rückzug in die eigene Welt der extremistischen Gruppen, des Terrorismus, der Hausbesetzer, der Autonomen, der Drogenabhängigen für die betroffenen Personen selbst gehabt hat, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Die Wirkungen der antiautoritären Erziehung auf die Kinder und Jugendlichen thematisiere ich deshalb, weil sie dazu geführt haben, dass ihnen von Seiten der verunsicherten Eltern und Lehrer gar keine oder nur noch wenige Grenzen aufgezeigt wurden. In Bezug auf Kleidung, Sex, Benehmen, Pünktlichkeit, Selbstdisziplin, Rücksichtnahme, Leistungswillen und Anerkennung von Autoritäten wurde von meiner Generation sicherlich zu viel, wurde aber von der nachfolgenden eher zu wenig verlangt.

Martin Klimke

1968 als transnationales Ereignis

Das magische Jahr „1968“ gilt gemeinhin als globales Ereignis, als „Mythos, Chiffre und Zäsur“ auch auf internationaler Ebene.[1] In zahlreichen Ländern assoziiert man heute mit den historischen Ereignissen der 1960er Jahre jugendlichen Protest, generationelle Revolte, gegenkulturelle Ausgelassenheit, sexuelle Befreiung sowie zum Teil harsche Reaktionen seitens offizieller Stellen. So erinnert sich der damalige Aktivist und heutige EU-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit: „Paris, Berlin, Frankfurt, New York, Berkeley, Rom, Prag, Rio, Mexico City, Warschau – das waren die Stätten einer Revolte, die um den gesamten Erdball ging, und Herzen und Träume einer ganzen Generation eroberte. Das Jahr 1968 war, im wahrsten Sinne des Wortes, internationalistisch.“[2]

Martin Klimke
Dr. phil., geb. 1977; Scholar am German Historical Institute, 1607 New Hampshire Av., Washington, D. C./USA.
mail@maklimke.com

Dabei variiert die kollektive Erinnerung an dieses Jahrzehnt auf nationaler Ebene erheblich. Was heute im deutschsprachigen Raum unter der Chiffre „1968“ zusammengefasst wird, vereinigt in internationaler Perspektive die unterschiedlichsten politischen und sozialen Transformationsprozesse von den 1950er bis 1970er Jahren. Denn die internen Umwälzungen erschütterten nicht nur die westliche, kapitalistische Welt, sondern auch die Warschauer-Pakt-Staaten sowie die Dritte Welt in Lateinamerika, Afrika und Asien.[3] Als Erinnerungskonstrukt wird „1968“ daher heute unter dem oftmals beschworenen „Zeitgeist“ jener Dekade als globales Ereignis zelebriert, das in der Lage gewesen sei, die ideologischen Fronten des Kalten Krieges zu transzendieren. Die Forschung hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt der Frage angenommen, wie sich die weltumspannenden Protestbewegungen dieses Jahrzehnts beschreiben und erklären lassen. „1968“ gilt entweder als „Revolution im Weltsystem“, als erste globale revolutionäre Bewegung oder als Konglomerat nationaler Bewegungen mit lokalen Spezifika, die durch gemeinsame Merkmale verbunden sind.[4] Fest steht bei all diesen Interpretationen, dass die transnationale Dimension der Rebellion der 1960er Jahre eines ihrer entscheidenden Antriebsmomente war.[5]

Historische Rahmenbedingungen

Nach Eric Hobsbawm war „1968“ bereits das erste Anzeichen dafür, dass das „goldene Zeitalter“ von anhaltendem wirtschaftlichen Boom, Modernisierung und innerer Stabilität zu seinem Ende kam.[6] Die allseits bemühte Chiffre „1968“ kann daher als ein Höhepunkt verschiedener Entwicklungen gesehen werden, die durch die sozialen und wirtschaftlichen Transformationen in der Folge des Zweiten Weltkriegs in Gang gesetzt worden waren. Diese historischen Rahmenbedin-

[1] Vgl. Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.

[2] Daniel Cohn-Bendit, Wir haben sie so geliebt, die Revolution, Frankfurt/M. 1987, S. 15.

[3] Vgl. Etienne Francois (Hrsg.), 1968: Ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997; Carole Fink u. a. (Hrsg.), 1968: A World Transformed, New York 1998; Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er-Bewegung: Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001; Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Between Marx and Coca-Cola: Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980, New York 2006; Gerd-Rainer Horn, The Spirit of ’68: Rebellion in Western Europe and North America, 1956–1976, Oxford 2007; Martin Klimke, The „Other“ Alliance: Global Protest and Student Unrest in West Germany and the U.S., 1962–1972, Princeton, N.J. (i. E.).

[4] Vgl. Immanuel Wallerstein, 1968: Revolution im Weltsystem, in: E. François, ebd., S. 19–33; Hans Günter Hockerts, ‚1968‘ als weltweite Bewegung, in: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968: 30 Jahre danach, St. Ottilien 1999, S. 13–34; Beate Fietze, ‚A spirit of unrest‘. Die Achtundsechziger-Generation als globales Schwellenphänomen, in: Rainer Rosenberg (Hrsg.), Der Geist der Unruhe: 1968 im Vergleich. Wissenschaft-Literatur-Medien, Berlin 2000, S. 2–25.

[5] Vgl. Joscha Schmierer, Der Zauber des großen Augenblicks. 1968 und der internationale Traum, in: Lothar Baier (Hrsg.), Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988, S. 107–126.

[6] Eric Hobsbawm, The Year the Prophets Failed, in: Eugene Atget/Laure Beaumont–Maillet (eds.), 1968 The Magnum Photographs: A Year in the World, Paris 1998, S. 8–10.

gungen der Revolte liegen zum einen in der Prosperität der Nachkriegszeit und der Entwicklung einer weiten sozialen Schichten zugänglichen Konsumgesellschaft in den 1950er Jahren begründet.[7] Damit einher gingen die Entdeckung und der steigende Einfluss der Jugend als ökonomische Kraft und Zielgruppe. Der Anstieg der Geburtenrate, der so genannte „baby boom" in Großbritannien und den USA, erreichte 1947 seinen Höhepunkt. Die daraus erwachsende Generation war 1960 bereits 13 Jahre alt und im Besitz einer erheblichen Kaufkraft, die bereits frühzeitig von der Mode- und Musikindustrie entdeckt wurde. Zudem mussten sich auch die Tore der Universitäten in den 1960er Jahren immer mehr Studenten öffnen, was die Hochschulen oftmals strukturell überforderte. Überfüllte Hörsäle, der Versuch der Automatisierung universitärer Abläufe, die Annäherung wissenschaftlicher Ausbildung an die Wirtschaft im Konzept einer „multiversity", wie sie z. B. der Präsident der Universität von Kalifornien forderte; all dies führte bereits am Beginn des Jahrzehnts zu einer verstärkten Debatte um Hochschulreform und studentische Mitbestimmung.[8]

Flankiert wurden diese Prozesse durch einen allgemeinen Anstieg internationaler Austauschprogramme und verstärkte kulturdiplomatische Anstrengungen beider Supermächte im Kampf um die internationale öffentliche Meinung im Kalten Krieg, oftmals mit besonderem Augenmerk auf jugendliche Zielgruppen. Die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnologie, insbesondere des Fernsehens und internationaler Satellitenkommunikation, internationalisierte diese Diskurse auch auf medialer Ebene. Der durch den Siegeszug des Fernsehens ausgelöste Strukturwandel in der öffentlichen Kommunikation und der Bedeutungsgewinn visueller Repräsentationen ist daher eine weitere, entscheidende Rahmenbedingung für die synchrone Erfahrung der globalen, oft äußerst medial wirksamen Protestinszenierungen um 1968.[9] Veränderte wirtschaftliche, demographische und technologische Rahmenbedingungen sowie eine sich internationalisierende Medienlandschaft bewirkten daher bereits Anfang des Jahrzehnts eine Verkürzung transnationaler Kommunikationswege, in deren Fahrwasser für die spätere Revolte um „1968" bedeutsame Subkulturen und Protestbewegungen entstanden.

Transnationale Protestkulturen vor „1968"

Diejenige Bewegung, die die politische Ausrichtung der Aktivisten um 1968 am entscheidendsten prägen sollte, war die sich Anfang des Jahrzehnts formierende Neue Linke. Ihre Wurzeln reichen bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre, als sie unter dem Eindruck des Ungarn-Aufstandes und der Suez-Krise von 1956 im Umfeld von E. P. Thompson, Stuart Hall und Ralph Miliband als britische New Left entstand und danach ihren Weg über den amerikanischen Soziologen C. Wright Mills und andere in die USA fand. Mills' „Letter to the New Left" (1960) und das „Port Huron Statement" (1962) des amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society) können als nationale Ausprägungen dieser bereits transnational etablierten Bewegung gelten, deren Ableger ebenso in Frankreich, Belgien und den Niederlanden agierten. Vertretern dieser Neuen Linken war nicht nur die Absage an den traditionellen Marxismus und dessen Fokus auf die Arbeiterklasse gemeinsam, sondern auch eine fundamentale Unzufriedenheit mit dem Kalten Krieg, seiner Abschreckungspolitik der potentiellen nuklearen Vernichtung und der Ideologie des Antikommunismus. Sie beklagten auch die ihrer Ansicht nach herrschende politische Apathie, den Materialismus und das kapitalistische Konkurrenzdenken in ihren jeweiligen Gesellschaften. Als Neue Linke, New Left oder Nouvelle Gauche bildeten sie ihre eigenen Gruppen innerhalb internationaler sozialistischer Organisationen wie der International

[7] Vgl. Stephan Malinowski/Alexander Sedlmaier, „1968" als Katalysator der Konsumgesellschaft: Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung, in: Geschichte und Gesellschaft, 32 (2006), S. 239–267; Detlef Siegfried, Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.

[8] Vgl. Clark Kerr, The Uses of the University, Cambridge, Mass. 1963; Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Hochschule in der Demokratie, Frankfurt/ M. 1961.

[9] Vgl. Kathrin Fahlenbrach, Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen, Wiesbaden 2002.

Union of Socialist Youth (IUSY) oder fanden sich in transnationalen, personalen Netzwerken zusammen. Nicht zuletzt Herbert Wehner selbst begründete den Bruch der SPD mit dem deutschen SDS mit einem Vorgehen gegen die Neue Linke als solche, deren Ziel er auch in anderen westeuropäischen Ländern darin sah, die Sozialdemokratie zu zerstören.[10]

Diese stark studentisch geprägte Neue Linke bewegte sich im Gefolge einer Vielzahl anderer subkultureller Strömungen der späten 1950er und frühen 1960er Jahre. Hier ist zum einen das Beat-Movement zu nennen, eine Gruppe von amerikanischen Schriftstellern, die Non-Konformismus, Spontaneität und offene Emotionen zelebrierten und deren Werke wie z. B. Allen Ginsbergs *Howl* (1956) oder Jack Kerouacs *On the Road* (1957) paradigmatisch für die jugendliche Frustration mit Konformität und Konsumgesellschaft der 1950er Jahre stehen. Auch Phänomene wie die „Halbstarken" oder die britischen „Teddy Boys" sowie Ikonen oppositioneller Jugendkultur wie James Dean oder Marlon Brando verkörperten die Sehnsucht nach individueller spiritueller Erfüllung, die auch die späten 1960er Jahre kennzeichnete.

Von ebensolcher Bedeutung für die Gegenkultur der späten 1960er Jahre war die Künstlergruppe Situationistische Internationale (SI). Gegründet 1957 in Italien unter der Ägide des Franzosen Guy Debord und dem Dänen Asger Jorn führte die Gruppe Künstler aus zehn Ländern zusammen, die maßgeblich vom Existentialismus Sartres und Camus' sowie vom Dadaismus, Surrealismus und den Lettristen beeinflusst waren. Ihr Ziel war die Etablierung einer umfassenden Kritik der modernen Gesellschaft, die über den Marxismus hinausging und alle Lebensbereiche umfassen sollte. Die Routine und rituelle Ordnung sozialer Beziehungen sollte durch die Herstellung von „Situationen" gestört werden, in denen gängige Alltagshandlungen ihrer traditionellen Bedeutung enthoben und in einen neuen Zusammenhang gestellt wurden, um neue Erfahrungshorizonte zu erschließen. Diese Umdeutung (*detournement*) ging einher mit aktionistischen Techniken für politische oder künstlerische Ziele und sollte der Erzeugung eines kritischen Bewusstseins dienen.[11] Die Provos, die Kommune I oder gegenkulturelle Idole wie Abbie Hoffmann, Jerry Rubin oder die amerikanischen Diggers fanden hier einen Großteil ihres späteren Handlungsrepertoires.

Auch die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung spielte eine entscheidende Rolle im Politisierungsprozess westlicher Aktivisten. Ob Rosa Parks, Martin Luther King Jr. oder Freedom Rides – der moralische Anspruch der Proteste und ihre Demonstrationsformen der „direkten Aktion" (z. B. sit-ins) fügten dem Bild des „freien Westens" erhebliche Risse zu. Zugleich brachten sie die Frage nach der sozialen und legalen Gleichstellung ethnischer Minderheiten in die öffentliche Diskussion, insbesondere in Ländern wie Großbritannien und Frankreich. Mit der wachsenden Anziehungskraft von Malcolm X und dem Entstehen der Black-Power-Bewegung stellten radikalere Fraktionen der Bürgerrechtsbewegung dann ab Mitte der 1960er Jahre vermehrt die Grundpfeiler des kapitalistischen Gesellschaftssystems selbst in Frage. Die damit einhergehende Militanz fand ihre Entsprechung in der verstärkten Hinwendung zu den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und den Spätfolgen europäischer Kolonialpolitik.[12]

Diese wurden bereits im Laufe der 1950er Jahre im Zuge der weltweiten Dekolonisation deutlich. Anfang des Jahrzehnts avancierten so neben Kuba auch Staaten in Afrika wie beispielsweise Algerien zum Schauplatz nationalrevolutionärer Vorgänge.[13] Doch es war der Krieg in Vietnam, der weltweit zum Paradigma für die imperialistische Unterdrückung der Dritten Welt durch den „freien Westen" wurde. Vietnam schuf eine Klammer, die die Friedensbewegungen der 1950er Jahre (SANE/CND/Kampf-dem-Atomtod)

[10] Vgl. Herbert Wehner, Das Auftreten der „Neuen Linken", in: Die Zeit vom 26. 1. 1962, S. 3.

[11] Vgl. Thomas Hecken, Gegenkultur und Avantgarde 1950–1970. Situationisten, Beatniks, 68er, Tübingen 2006.

[12] Vgl. Cynthia Young, Soul Power Culture, Radicalism, and the Making of a U.S. Third World Left, Durham 2006.

[13] Vgl. Van Gosse, Where the Boys Are: Cuba, Cold War America and the Making of a New Left, London 1993; Claus Leggewie, Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.

mit einer neuen Protestgeneration verband.[14] Mit zunehmender Eskalation des Konflikts steigerte sich ebenfalls die Identifizierung mit Antiimperialismus, Antikolonialismus und den revolutionären Befreiungsbewegungen weltweit, dessen Repräsentanten wie die Viet Cong, Che Guevara oder Mao Tse Tung sich zu populären Protestikonen entwickelten. Die verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber der Dritten Welt führte zugleich zur Herstellung eines neuen, globalen Referenzrahmens, der den Ost-West-Gegensatz zugunsten des Nord-Süd-Gefälles zwischen reich und arm verdrängte.

Transnationale Kooperation und Solidarität um „1968“

Trotz aller transnationalen Wurzeln ist das Phänomen „1968“ jedoch in seiner Dynamik und seinen verschiedenen globalen Erscheinungsformen nur vor dem Hintergrund lokaler Faktoren vollständig zu verstehen. Sei es die Bedeutung der faschistischen Vergangenheit in Italien und Deutschland, der Vietnamkrieg in den USA, der Konflikt zwischen flämischer und französischer Bevölkerung in Belgien, die so genannten „68er-Bewegungen“ wurden durch die verschiedensten Faktoren mobilisiert und verfolgten weltweit eine Fülle von Zielen, die bei weitem nicht immer deckungsgleich waren. In den osteuropäischen Staaten beispielsweise blieben die Nischen für Systemkritik verständlicherweise begrenzt, obwohl sich auch hier fundamentale Wandlungsprozesse vollzogen. Dies zeigte sich nicht nur an der Reformbewegung des Prager Frühlings, sondern auch an den Studentenunruhen in Polen im März 1968 oder an den inneren Spannungen in Jugoslawien, die sich bis weit in die 1970er Jahre zogen. Gleichermaßen schufen sich auch Jugendliche und Studenten in den Diktaturen Spaniens oder Griechenlands eigene Freiräume, um ihren Protest hörbar zu machen.[15] Entscheidend ist dabei, dass spätestens seit Mitte der 1960er Jahre eine internationale Sprache des Dissenses, die ihren Ausdruck in einem Gemisch von kulturellen und politischen Formen fand, all diese nationalen Differenzen überbrücken konnte. Auf kultureller Ebene offenbarte sich dies im weltweiten Erfolg von Künstlern wie Joan Baez, Bob Dylan, den Beatles oder Jimi Hendrix. Auch Ereignisse wie *Woodstock* oder das Musical *Hair* wurden jenseits der Blöcke des Kalten Krieges zu Symbolen musikalischer Rebellion und jugendlichen Unbehagens mit der Welt, das sich gleichzeitig in weitreichenden Lebensstilveränderungen etwa in Mode, Sprache, oder der Entstehung von Kommunen, verstärktem Drogenkonsum und der Hippie-Kultur manifestierte.[16] Eine internationale, oftmals bereits kommerzialisierte Jugendkultur erschütterte soziale Konventionen, generierte neue kulturelle Ausdrucksformen und alternative Öffentlichkeiten, und ließ dadurch den Eindruck eines fundamentalen kulturellen Wandels entstehen.

Auf der politischen Ebene waren gegenseitige Wahrnehmung und internationale Kooperation ebenso stark ausgeprägt, nicht zuletzt durch das Betreiben intellektueller Mentoren wie Herbert Marcuse.[17] Im deutschen Fall knüpfte Michael Vester, Vizepräsident des deutschen SDS, bereits während seines akademischen Austauschjahres 1961/62 in den USA nicht nur erstmals entscheidende Kontakte mit Repräsentanten des amerikanischen SDS wie Al Haber und Tom Hayden, sondern entwarf auch wichtige Passagen des Port Huron Statements. Gegenseitige Besuche und Korrespondenz sowie der Austausch von Literatur und die Übernahme von Protestformen wie die der „direkten Aktion“ in einen westdeutschen Zusammenhang waren die Folge.[18] Besonders deutlich lässt sich diese internationale Orientierung auch an der Person Rudi Dutschkes illustrieren, der bereits Mitte der 1960er Jahre ein für ihn charakteristisches Amalgam eines revolutionären Internationalismus entwickelte. Demnach war revolutionäre Politik nur noch im globa-

[14] Vgl. Benjamin Ziemann (ed.), Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA During the Cold War, Essen 2008.

[15] Vgl. Martin Klimke/Joachim Scharloth, 1968 in Europe: A History of Protest and Activism, 1956–1977, New York-London 2008.

[16] Vgl. dies., 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Stuttgart 2007.

[17] Vgl. Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie, Berlin 1967.

[18] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die transatlantische Protestkultur. Der zivile Ungehorsam als amerikanisches Exempel und als bundesdeutsche Adaption, in: Heinz Bude/Bernd Greiner (Hrsg.), Westbindungen: Amerika in der Bundesrepublik, Hamburg 1999, S. 257–284.

len Rahmen denkbar, da sowohl das Kapital als auch der Imperialismus auf internationaler Ebene operierten. Nationale Protestbewegungen seien daher gezwungen, in einer internationalen Allianz und im Zusammenwirken mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt sich dieser „gegenrevolutionären Herausforderung“ zu stellen. Diese zweite Front aus der „Europäischen Peripherie“ heraus sollte die „Propaganda der Schüsse“ in der Dritten Welt durch die „Propaganda der Aktion“ in den Metropolen ergänzen und eine Basis für die weltweite Vernetzung aller Protestbewegungen darstellen.[19] Wie Dutschke auf dem Vietnam-Kongress im Februar 1968 in West-Berlin erklärte: „Die Globalisierung der revolutionären Kräfte ist die wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode, in der wir heute leben und in der wir an der menschlichen Emanzipation arbeiten. (...) In den weltweiten Demonstrationen liegt in einem antizipatorischen Sinne so etwas wie eine *revolutionäre Globalstrategie*.“[20] Sowohl Dutschkes geplanter Umzug nach Kalifornien, um sein Studium unter Herbert Marcuse in San Diego fortzusetzen, als auch das aus dem Vietnam-Kongress erwachsene Internationale Nachrichten- und Forschungsinstitut (INFI) stehen im Kontext der Koordination und Institutionalisierung eben dieser transnationalen Gegenallianz.

Derartige Bestrebungen und Imaginationen trafen jedoch in der Realität oftmals auf erhebliche Widerstände. Bei einer von der „International Confederation for Disarmament and Peace“ (ICDP) und dem deutschen SDS organisierten Konferenz in Ljubljana im August 1968 konnten sich beispielsweise Delegierte aus Frankreich, Finnland, Spanien, Kanada, den USA, der Schweiz und der Bundesrepublik trotz intensiver Diskussionen nicht auf eine gemeinsame politische Agenda einigen. Auseinanderklaffende ideologische Perspektiven und Strategien im Hinblick auf Militanz, das Verhältnis zur Arbeiterklasse, Solidarität mit der Dritten Welt sowie unterschiedliche nationale Bedingungen machten dies schlicht unmöglich. Auch bei der „International Assembly of Revolutionary Student Movements“ an der Columbia Universität in New York im September 1968 wich der anfängliche Optimismus im Hinblick auf internationale Zusammenarbeit ebenfalls sehr schnell heftigen ideologischen Grabenkämpfen.[21] Trotz dieser Dissonanzen schufen Zusammenkünfte dieser Art in eindrucksvoller Weise einen neuen transnationalen Kommunikationsraum, in dem Vertreter nationaler Protestbewegungen wie selbstverständlich agierten und sich austauschten. Symptomatisches Beispiel dieser transnationalen Verbundenheit bei gleichzeitiger nationaler Verankerung ist eine Diskussionssendung der BBC vom 13. Juni 1968 mit dem Titel „Students in Revolt“, an der unter anderem Jan Kavan, Tariq Ali, Daniel Cohn-Bendit, Karl-Dietrich Wolff und Ekkehart Krippendorff teilnahmen. Trotz Schilderung der lokalen Ausgangsbedingungen und spezifischen Ziele ihres Protests begriffen sich alle Teilnehmer als einer weltweiten Bewegung zugehörig und stimmten am Schluss gemeinsam in ihrer jeweiligen Landessprache die „Internationale“ an.

Die zum Teil fatale Wirkmächtigkeit internationaler Verortungen und Solidaritätsdiskurse Ende der 1960er Jahre zeigt sich jedoch nicht nur in der Geschichte des Terrorismus im darauf folgenden Jahrzehnt.[22] Auch offizielle Stellen in Ost und West nahmen diese weltweiten Verknüpfungen um 1968 durchaus ernst. Bereits am Beginn des Jahrzehnts initiierte das US-Außenministerium ein umfangreiches Programm zur Gewinnung der ausländischen Jugend weltweit, welches sich ab Mitte der 1960er Jahre verstärkt den transnationalen Verflechtungen der Neuen Linken annahm. Die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich intensivierten diese Anstrengungen erheblich, waren sie doch für US-Außen-

[19] Vgl. Hans Magnus Enzensberger, Europäische Peripherie, in: Kursbuch 2, August 1965, S. 154–173.

[20] Rudi Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: SDS Westberlin/Internationales Nachrichten- und Forschungsinstitut (INFI) (Hrsg.), Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Berlin 1968, S. 107, 117.

[21] Vgl. Paulina Bren, 1968 in East and West: Visions of Political Change and Student Protest, in: Gerd-Rainer Horn/Padraic Kenney, Transnational Moments of Change: Europe 1945, 1968, 1989, Lanham, Md. 2004, S. 119–135.

[22] Vgl. Christopher Daase, Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, S. 905–929; Martin Klimke/Wilfried Mausbach, Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege: Die RAF und der Vietnamkonflikt, S. 620–643, beide in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006.

minister Dean Rusk eine „ernüchternde Lektion" darüber, wie „eine Handvoll von Universitätsstudenten in Frankreich eine Krise herbeiführen können, die potentiell sehr ernste Nebenwirkungen für unsere außenpolitischen Interessen haben kann".[23] Ein Bericht der CIA, der Präsident Lyndon B. Johnson im September 1968 im Kabinett vorgestellt wurde, brachte es noch deutlicher auf den Punkt.[24] Die transnationale Dimension von „1968" berührte also durchaus die Sphäre offizieller Politik, in der die Sorge um sich griff, die von den Protestbewegungen geäußerte Kritik könnte langfristig das geopolitische Ordnungsgefüge des Kalten Krieges gefährden und zukünftige politische Entwicklungen beeinflussen.

Schlussbemerkungen

Als Rudi Dutschke im Interview mit Günter Gaus im Dezember 1967 proklamierte, die Studentenbewegung könne „eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat", lagen die Mai-Unruhen in Frankreich, die Niederschlagung des Prager Frühlings oder das Massaker von Tlatelolco kurz vor Eröffnung der Olympischen Spielen in Mexiko noch in weiter Ferne. Doch die von Dutschke implizierte transnationale Dimension der weltweiten Protestbewegungen speiste sich bereits durch eine kollektive Protestidentität, die sowohl kulturell als auch politisch gemeinsame Referenzpunkte aufweisen konnte und durch einen globalen Mediendiskurs verstärkt wurde. Aktivisten nahmen seit Mitte der 1960er Jahre zum Teil gestaltend an ausländischen Protestereignissen teil, pflegten transnationale Kontakte und brachten ihre Erfahrungen durch Import und Rekontextualisierung neuer Protestformen, -inhalte und -taktiken in ihren nationalen Kontext ein.[25] Ermöglicht wurde dies durch eine Lingua franca des Protest, die im Zuge einer kulturellen Globalisierung (oftmals amerikanischer Provenienz) nationalen Protest in einen internationalen Deutungshorizont einbettete. Antikolonialismus und Antiimperialismus bildeten eine weitere, zentrale ideologische Komponente in dieser Konstruktion einer globalen, revolutionären Bewegung.

Die rebellierenden Gegeneliten der 1960er Jahre stellten den geopolitischen Realitäten des Kalten Krieges somit eine eigene, transnationale Schicksals- und Wertegemeinschaft gegenüber, die eine wichtige Rolle als Wegbereiter soziokultureller Veränderungen in ihren eigenen Ländern spielen sollte. Denn es waren zumeist die Jahre und Jahrzehnte nach 1968, in denen die durch die Protestbewegungen popularisierte, alltagskulturelle Liberalisierung in vielen Ländern eine breite gesellschaftliche Basis erreichte und Neudefinitionen von Öffentlichkeit, demokratischer Partizipation und individuellen Freiheitsrechten nach sich zog. Und obwohl sich unmittelbare gesellschaftliche Reaktion, Langzeitwirkung und kollektive Erinnerung geographisch teils erheblich unterscheiden, waren die Protestbewegungen um „1968" Teil einer fundamentalen Zäsur in der Geschichte des Kalten Krieges.

Auch wenn es keiner dieser Bewegungen letztlich gelang, die etablierten Ordnungen vollständig zu überwinden, trugen sie doch mit ihrem utopischen Selbstverständnis und globalem Anspruch zur Überwindung einer bipolaren Weltsicht und zu einer Verschiebung des internationalen Koordinatensystems zugunsten des transnationalen Sektors bei. Dies zeigt sich in so disparaten Phänomenen wie dem internationalen Terrorismus der 1970er Jahre oder dem dramatischen Anstieg von weltweit operierenden, humanitären Nichtregierungsorganisationen in den Jahren nach 1968. Gerade im historischen Scheitern des durch die Protestbewegungen der 1960er Jahre vorangetriebenen, transnationalen revolutionären Projekts liegt somit die ungebrochene Faszinationskraft von „1968" als grenzüberschreitendem Erinnerungsort und einem der zentralen Wendepunkte des 20. Jahrhunderts.

[23] Dean Rusk an alle diplomatischen Vertretungen, Department of State, 30. 5. 1968, S. 2, in: National Security Files, Lyndon B. Johnson Library, Austin, Texas (LBJL).

[24] Vgl. Central Intelligence Agency, „Restless Youth," September 1968, Conclusions, S. 1 f., in: National Security Files, LBJL.

[25] Vgl. Martin Klimke, Black Panther, die RAF und die Rolle der Black Panther-Solidaritätskomitees, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, S. 562–582.

Sabine Kebir

Revolutionäre Subjekte bei Frantz Fanon

Frantz Fanons Buch „Die Verdammten dieser Erde"[1] beeinflusste verschiedene Vorstellungen der 68er-Bewegung vom ‚revolutionären Subjekt'. Der 1925 auf Martinique geborene Autor hatte auf neuartige Weise – nämlich soziologisch und psychologisch – ein kollektives ‚revolutionäres Subjekt' beschrieben: die antikolonialen Befreiungsbewegungen, die in den 1950er und 1960er Jahren wesentliche welthistorische Veränderungen bewirkten. Fanon war schon tot, als sein ‚Gewaltkonzept' auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den westlichen Ländern übertragen wurde.

Sabine Kebir
Dr. phil. habil., geb. 1949; Privatdozentin an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M.; freie Publizistin, Wicelstraße 30, 10551 Berlin.
S.kebir@web.de
www.Sabine-Kebir.de

Er hatte die Dekolonisation als „Zusammentreffen zweier von Geburt an antagonistischer Kräfte" geschildert. Sie sei daher „immer ein Phänomen der Gewalt. Wo man auch hinsieht: persönliche Begegnungen, Neubenennungen von Sportclubs, Zusammensetzung der Cocktail-Parties, der Polizei, der Aufsichtsräte staatlicher oder privater Banken – die Dekolonisation ersetzt ganz einfach eine bestimmte ‚Art' von Menschen. Ohne Übergang findet ein totaler und vollständiger Austausch statt." Ziel sind vollkommen neue Institutionen: „. . .das Auftauchen einer neuen Nation, die Errichtung eines neuen Staates, seine diplomatischen Beziehungen, seine politische und wirtschaftliche Orientierung".[2]

Im ersten Kapitel „Von der Gewalt" analysiert Fanon die verschiedenen Gewaltarten, die zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten eine Rolle spielten. Es geht nicht nur um die Bedrohung physischer Körper, sondern auch um strukturelle Gewalt: alle Formen von Rechtlosigkeit, die eine systematische Benachteiligung in Bezug auf Ernährung, Wohnung, Gesundheit, Ausbildung und politische Teilhabe nach sich ziehen. Fanon behauptet, dass die physische Gewalt, welche die Kolonisierten zum Einsatz bringen, eine historisch notwendige Gegengewalt darstellt. Sie richtet sich gegen physische und strukturelle Gewalt, welche die Kolonialmacht permanent gegen die Kolonisierten einsetzt.

Demokratisch konnte sich dieser institutionelle Wandel und der Austausch der politischen Klasse nicht vollziehen, weil das Hauptkennzeichen des Kolonialismus gerade darin bestand, die Kolonisierten gar nicht oder nicht gleichberechtigt in die demokratischen Systeme der so genannten Mutterländer einzubeziehen. Wichtig ist festzuhalten, dass Fanon seine Theorien nicht in Bezug auf seine Heimat, die französische Antilleninsel Martinique, entwickelte, sondern auf Algerien, der bürgerrechtlich erheblich stärker benachteiligten Kolonie in Nordafrika. Die Bürgerrechte der schwarzen Antillianer waren schon 1794 durch den Haitianischen Sklavenaufstand erkämpft worden. Ihre kolonialistische Benachteiligung drückte sich nur als subtiler Druck der Großgrundbesitzer aus, der verhinderte, dass die schwarzen Kleinpächter bis ins 20. Jahrhundert hinein keine eigenen politischen Interessenvertreter wählten. Fanon, der im Zweiten Weltkrieg bei den Streitkräften des freien Frankreich unter General Charles de Gaulle kämpfte, erkannte erst in den Soldatenlagern, dass schwerer Rassismus auch in Frankreich noch existierte und in der Armee sogar institutionell verankert war.

Nachdem er in Lyon Psychiatrie studiert hatte, wurde Fanon 1953 Direktor einer großen Nervenklinik in Blida bei Algier. Als 1954 der Unabhängigkeitskrieg ausbrach, musste er die psychischen Schädigungen von Folteropfern und auch von einigen Folterern behandeln. So erkannte er schnell die Unhaltbarkeit der kolonialen Situation. Mit einem Teil seines Ärzteteams trat er in Kontakt mit dem Maquis.[3] Es kam zu Verhaftungen, einer seiner Doktoranden starb unter der Folter. Begleitet von einigen Kollegen verließ er 1955 seinen

[1] Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1966 (Französisch 1961).
[2] Ebd., S. 27.
[3] Zeitgenössischer Ausdruck für Guerilla.

Posten und ging nach Tunis, dem Sitz der algerischen Exilregierung. Dort baute er psychiatrische Strukturen für traumatisierte Flüchtlinge auf, arbeitete aber auch für die Presse der Exilregierung und fungierte als ihr Sprecher und Diplomat in schwarzafrikanischen Ländern. Zwei 1959 von französischen Geheimdiensten in Marokko und Rom organisierten Attentaten entging er knapp.[4] An Leukämie erkrankt, diktierte er 1960 seiner französischen Frau Josie den Text von „Die Verdammten dieser Erde". Fanon starb 1961 in einem Krankenhaus in Maryland/USA.[5]

Das Werk stellt nicht nur ein Manifest des algerischen Unabhängigkeitskampfes dar, sondern vor allem sein psychologisch-soziologisches Resumée. Obwohl auch viele Muslime am Krieg gegen den Faschismus teilgenommen hatten, mündete eine Demonstration für die versprochene Legalisierung der nationalistischen Parteien am 8. Mai 1945 in ein Polizeimassaker, in dessen Folge innerhalb einer Woche 40 000 Algerier umkamen. Die politischen Parteien blieben verboten. Eingeführt wurde nur ein Zweikammerwahlrecht, das die Muslime weiterhin stark benachteiligte. Zugang zur Schule und damit zur Verwaltung und den qualifizierten Berufen blieb den großen Mehrheiten bis zur Unabhängigkeit verwehrt.[6] Diese Situation führte dazu, dass die Revolution schließlich „alle Mittel, die Gewalt natürlich eingeschlossen, in die Waagschale" warf.[7]

Die physische Gewalt, die die Kolonisierten zur Anwendung brachten, definierte Fanon als reaktive Gewalt, als Antwort auf eine vorher gegen sie ausgeübte, teils strukturelle, zum großen Teil aber auch direkte Gewalt. Die koloniale Welt sei eine zweigeteilte, in der es „Eingeborenenstädte und Europäerstädte" gäbe, „Schulen für Eingeborene und Schulen für Europäer. (. . .) Die Trennungslinie, die Grenze wird durch Kasernen und Polizeiposten markiert. Der rechtmäßige und institutionelle Gesprächspartner des Kolonisierten, der Wortführer des Kolonialherrn und des Unterdrückungsregimes ist der Gendarm oder der Soldat." Es existiert keine demokratische Kultur, in die der Kolonisierte einbezogen ist, der „Kontakt" zu ihm wird mit „Gewehrkolbenschlägen und Napalmbomben" hergestellt. Der Kolonialismus in Algerien benutzt eine „Sprache der reinen Gewalt". Er „erleichtert nicht die Unterdrückung und verschleiert nicht die Herrschaft. Er stellt sie zur Schau, er manifestiert sie mit dem guten Gewissen der Ordnungskräfte." Diese vielschichtige koloniale Gewalt ist es, die „die Gewalt in die Häuser und in die Gehirne der Kolonisierten" trägt.[8]

Der Algerier weiß, dass er nicht das wilde Tier ist, auf den ihn Haltung und Diskurs des Kolonialismus reduziert. „Und genau zu derselben Zeit, da er seine Menschlichkeit entdeckt, beginnt er seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen." Neben dem Soziologen kommt der Psychiater Fanon zum Zuge, der auch die psychosomatische Ebene beschreibt, auf der die Gewaltbereitschaft des Kolonisierten entsteht: Der koloniale Landraub zerstört den sozialen Raum. Das löste in den kolonisierten Individuen ein andauerndes Gefühl von Scham aus. Wenn von den höheren Werten der europäischen Kultur gesprochen wird, erfasst sie „eine Art Anspannung, ein Starrkrampf der Muskeln". Es kann geschehen, „dass der Kolonisierte, wenn er eine Rede über die westliche Kultur hört, seine Machete zieht (. . .). Die Gewalt, mit der sich die Überlegenheit der weißen Werte behauptet hat (. . .) führt durch eine legitime Umkehr der Dinge dazu, dass der Kolonisierte grinst, wenn man diese Werte vor ihm heraufbeschwört."[9] In dieser Situation „wirkt die Gewalt entgiftend. Sie befreit den Kolonisierten von seinem Minderwertigkeitskomplex, von seinen kontemplativen und verzweifelten Haltungen."[10]

Weil der „Eingeborene" nicht Herr seines Raums und seiner Bewegungen ist, sondern dort zu sein hat, wo ihn der Kolonialherr haben will, „sind seine Träume Muskelträume, Aktionsträume, aggressive Träume.

[4] Vgl. Alice Cherki, Frantz Fanon. Ein Portrait, Hamburg 2001, S. 185.
[5] Vgl. David Macay, Frantz Fanon. A Biography, New York 2001.
[6] Im Zweikammerwahlrecht wog eine europäische Stimme soviel wie acht muslimische. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in jede Schulklasse zehn Prozent Muslime aufgenommen. Der Proporz zwischen europäischer und muslimischer Bevölkerung war aber genau umgekehrt.
[7] F. Fanon (Anm. 1), S. 28.
[8] Ebd., S. 29.
[9] Ebd., S. 33 f.
[10] Ebd., S. 72.

Ich träumte, dass ich springe, dass ich schwimme, dass ich renne, dass ich klettere. Ich träume, dass ich vor Lachen berste, dass ich den Fluß überspringe, dass ich von Autorudeln verfolgt werde, die mich niemals einholen. Während der Kolonisation hört der Kolonisierte nicht auf, sich zwischen neun Uhr abends und sechs Uhr früh zu befreien." Aber diese „in seinen Muskeln sitzende Aggressivität wird der Kolonisierte zunächst gegen seinesgleichen richten".[11] Die immer wieder erwähnte „Muskelspannung des Kolonisierten" löse sich „periodisch in blutigen Explosionen" wie Stammesfehden oder Schlägereien zwischen Einzelnen.[12] Das „affektive Vermögen" des Kolonisierten konzentriert sich „auf der Oberfläche der Haut; sie ist empfindlich wie eine offene Wunde gegen ätzende Stoffe. Und die psychische Disposition schrumpft ein, verkrampft und entlädt sich in muskulären Reaktionen, die manchen Wissenschaftler auf die Idee gebracht haben, der Kolonisierte sei ein Hysteriker. Sein Affekt, der sich gleichsam in einem Zustand dauernder Erektion befindet und zugleich von einem inneren Zensor am Ausbruch gehindert wird, reagiert sich in motorischen Entladungen ab und findet in der Krise eine erotische Befriedigung."

In dieser Inkubationszeit nehmen Okkultismus und Magie zu. Es kann zu ekstatischen Tänzen kommen, die an Besessenheit grenzen. „Der Kolonisierte entspannt sich in diesen Muskelorgien, die seine schärfste Aggressivität und seine unmittelbarste Gewalttätigkeit kanalisieren, verwandeln und ableiten. Im Kreis des Tanzes ist alles erlaubt. Er beschützt und ermächtigt. Zu festgesetzten Stunden, an festgesetzten Daten finden sich Männer und Frauen an einem gegebenen Ort zusammen und werfen sich unter dem strengen Auge des Stammes in eine scheinbar ungeordnete, in Wirklichkeit aber streng geregelte Pantomime, wo sich auf vielfache Weise – Neigungen des Kopfes, Krümmen der Wirbelsäule, Zurückwerfen des ganzen Körpers – handgreiflich die grandiose Anstrengung eines Kollektivs äußert, sich durch Exorzismen zu befreien und auszudrücken. (...) Alles ist erlaubt, denn man versammelt sich nur, um die angestaute Libido, die verhinderte Aggressivität vulkanisch ausbrechen zu lassen. Symbolische Tötungen, bildliche Ritte, vielfältige eingebildete Morde, all das muß herauskommen. Die bösen Säfte ergießen sich, donnernd wie Lavamassen."[13]

Wie sich das Wirken der „bösen Säfte" schließlich anarchisch in Richtung der Kolonialmacht bewegt, zeigt Fanon durch erschreckende Gewaltberichte im Anhang des Buchs: „Zwei algerische Jungen von 13 und 14 Jahren ermorden ihren europäischen Spielkameraden", ohne mit ihm Streit gehabt zu haben. Als einzige Begründung geben sie an, dass auch die Franzosen Algerier ohne Begründung töten würden. Eigentlich hätten sie vorgehabt, im Maquis zu kämpfen. Da sie dafür aber noch zu klein seien, hätten sie sich zur Tötung des Spielkameraden entschlossen. „Aber warum gerade ihn?" – „Weil er mit uns spielte. Ein anderer wäre nicht mit uns dort 'raufgegangen."[14]

Da es keine legalen Möglichkeiten gibt, die Ungerechtigkeit des Systems zu beseitigen, dauert es lange, bis sich – notgedrungen im Untergrund – eine organisatorische Kraft formiert, die diese anarchischen Energien in politische Bahnen lenkt. Die Masse der Kolonisierten – analphabetische Bauern – misstrauen den wenigen Intellektuellen und den Gewerkschaften, die nur wenige einheimische Arbeiter repräsentieren. Sie misstrauen sogar den verbotenen nationalistischen Parteien, die ihnen auch als Agenten des Kolonialherren vorkommen. Um den Kolonialismus herauszufordern, musste ganz außerhalb seines Systems eine neue Organisation wachsen: die Front de Liberation Nationale. Deren politische Anerkennung war nur erreichbar durch jahrelange Aktionen eines bewaffneten Arms, der Armée de Liberation Nationale. Diese hat keine Möglichkeit zu modernen militärischen Operationen und bedient sich hauptsächlich der Waffe des Terrors.

Fanons Buch weist Parallelen zu den Algerien-Passagen von Jean-Paul Sartres „Kritik der dialektischen Vernunft" auf, die er begeistert rezipiert hatte. Auch Sartre sprach von einem unüberwindlichen Antagonismus in der kolonialen Situation. Man habe die Institutionen der Muslime zerstört, „ohne ihnen zu ermöglichen, sich der unseren zu ‚erfreu-

[11] Ebd., S. 40.
[12] Ebd., S. 41.
[13] Ebd., S. 44.
[14] Ebd., S. 207.

en'"[15], d. h. ohne sie zum gleichberechtigten Teil der demokratischen Gesellschaft zu machen. Durch die Enteignung des Landes zugunsten europäischer Einwanderer sei die muslimische Gesellschaft „atomisiert" und „clochardisiert", was sie zur Reservearmee billigster Arbeitskräfte mache. Im Unterschied zum ausgebeuteten Europäer empfinde der Kolonisierte diese unfreiwillige Lebensweise nicht als Entfremdung, sondern als nackten Zwang, weshalb die ständige Präsenz der Armee erforderlich sei. So ist der Kolonialismus „*in sich selbst* eine Gewalt, die sich selbst rechtfertigt, eine Gewalt, die sich als eingeführte Gewalt, Gegen-Gewalt und legitime Verteidigung ausgibt".[16] Der einzige Ausweg sei: „der totalen Negation die totale Negation entgegenzustellen, der Gewalt eine gleiche Gewalt; die Zerstreuung und Atomisierung durch eine zunächst negative Einheit negieren, deren Inhalt sich im Kampf bestimmen wird: die algerische Nation. (. . .) Die Gewalt des Aufständischen *ist* die Gewalt des Kolonialherren; es hat niemals eine andere gegeben."[17]

1957 war Sartre Zeuge der Verteidigung für den algerischen Attentäter Ben Saddok, der einen Vizepräsidenten der algerischen Kammer ermordet hatte. Er erklärte, dass es sich nicht um Terrorismus, sondern um politischen Mord handele. Morde dieser Art würden für die Zeit der Résistence als heroisch angesehen.[18] Sartre und Simone de Beauvoir nahmen an Demonstrationen und riskanten Aktionen teil, was mehrere Attentate der französischen Untergrundbewegung Organisation armée secrète (OAS) auf Sartre zur Folge hatte. Die von ihm mitherausgegebene Zeitschrift „Les temps modernes" hatte – im Gegensatz zur KPF – den Befreiungskrieg der Algerier von Anfang unterstützt und viele Sachdossiers z. B. über massenhafte Folterungen, standrechtliche Erschießungen, Frauenvergewaltigung, Zwangsumsiedlungen usw. publiziert. Die Zeitschrift engagierte sich gegen die Hinrichtung von Terroristinnen wie Djamila Bouhired und Djamila Boupacha. Auch hatte sie bereits Beiträge Fanons gebracht.[19] Sartre sah Frankreich, das sich immer tiefer in den Algerienkonflikt hineinmanövrierte, in einem Prozess der Neurotisierung und Faschisierung.[20]

Über seinen Verleger Maspero hatte Fanon Sartre gebeten, das Vorwort zu „Die Verdammten dieser Erde" zu schreiben. Beauvoir berichtete, dass sie das Buch als „extremes Manifest der Dritten Welt" angesehen hätten, „wie aus einem Guß, flammend, aber auch vielschichtig und differenzierend".[21] Als sich Sartre, Beauvoir und Fanon im Sommer 1961 in Rom trafen, befand sich der Schwerkranke in fiebriger Erregung. Der „Partisan der Gewalt" wirkte äußerst empfindsam, sobald es um konkrete Gewaltakte ging: „Seine Züge veränderten sich, wenn er über die Verstümmelungen sprach, die die Belgier den Kongolesen zufügten, die Portugiesen den Angolanern – durchstochene Lippen, durch die ein Schloß gezogen wurde, Gesichter, deren Nasen mit einem Palmmesser abgeschlagen worden waren." Er zeigte denselben Abscheu, wenn er „über die schwere ‚Gegengewalt' der Schwarzen sprach und über die Racheakte, die die algerische Revolution mit sich gebracht hatte." Auch betonte er: „Auf keinen Fall möchte ich ein Berufsrevolutionär sein."[22] Fanon hat nie Zweifel an der Priorität des Politischen vor der Gewalt gelassen.

Bei Beauvoir finden sich Hinweise, inwieweit Fanon selbst am Terror beteiligt gewesen war. Als leitender Arzt in Blida hatte er dem Maquis Medikamente geschickt und Sanitäter ausgebildet, Partisanen beherbergt und Psychotraining angeboten. Mit Einverständnis der Verantwortlichen schulte er das Konzentrationsvermögen von Kämpfern „für den Moment, in dem sie eine Bombe legen oder eine Granate zu werfen hatten". Er brachte ihnen auch bei, „welche psychologische und

[15] Jean-Paul Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, Reinbek 1980, S. 760.
[16] Ebd., S. 762.
[17] Ebd., S. 775.
[18] Vgl. Ronald Haymann, Jean-Paul Sartre: Leben und Werk, München 1988, S. 488.
[19] Es handelt sich um Vorabdrucke einiger Teile von „L'an V de la Révolution Algérienne", Paris 1959.
[20] Unter der „sengenden Sonne der Folter (. . .) gibt es kein Lachen, das nicht falsch klänge, kein Gesicht, das sich nicht schminken müßte, um die Wut oder die Angst zu kaschieren, keine Handlung, die nicht unseren Ekel oder unsere Komplizenschaft verriete. (. . .) Frankreich war einst der Name eines Landes. Passen wir auf, dass es nicht der Name einer Neurose wird." Jean-Paul Sartre, Vorwort zu F. Fanon (Anm. 1), S. 24 f.
[21] Simone de Beauvoir, La force des choses, Paris 1963, S. 620.
[22] Ebd., S. 622.

physische Haltung ihnen helfen konnte, möglichst gut die Folterungen zu überstehen". [23] In den „Verdammten dieser Erde" fehlt es jedoch nicht an Hinweisen, dass die Psyche der Unabhängigkeitskämpfer, insbesondere wenn sie terroristische Gewalt gegen Zivilisten verübten, von Zweifel, Reue und schweren Störungen befallen wurde. Auch der nachdrückliche Verweis auf die von den Gewaltexzessen gleichermaßen bei Kolonisierten und Kolonisatoren ausgelöste Psychopathologie zeigt, dass Fanon keineswegs die Gewalt als universelles Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Widersprüche ansah.

Alice Cherki, Psychiaterin und Psychotherapeutin, gehörte zu der Gruppe, die 1954 mit Fanon nach Tunis ging. In ihrer Fanon-Biographie belegt sie die differenzierende Haltung Fanons zur Gewalt. Um Gewalt zu verhindern, habe er sogar die ärztliche Schweigepflicht gebrochen. In Blida hatte ihm eine französische Patientin anvertraut, dass ihr Mann vorhatte, gewaltsame Straßenunruhen bei einem bevorstehenden Besuch des Regierungschefs Guy Mollet zu inszenieren, die der FLN in die Schuhe geschoben werden sollten. Fanon gab sein Wissen über einen Mittelsmann sowohl den staatlichen Stellen als auch dem Ehemann der Patientin preis. Die Aktion unterblieb. [24]

Um ein schnelles Ende des Konflikts herbeizuführen, war er 1956 an einer Planung beteiligt, wonach die auf einer Mole vor Algier gelegene Admiralität besetzt werden sollte, um die Europäerstadt zu bombardieren. Das sollte während einer UNO-Sitzung geschehen, um die internationale Aufmerksamkeit auf Algerien zu lenken. [25] Dieses Vorhaben war unrealisierbar, und Fanon nahm ferner nicht mehr an militärischen Planspielen teil.

Als Sprecher der Exilregierung kommentierte er die militärischen Aktionen anders als im internen Kreis. Auf die Frage von französischen Sympathisanten, weshalb durch den Terrorismus der FLN auch Zivilisten zu Schaden kämen, argumentierte er: Der Kolonialismus werde nicht nur von bestimmten Individuen repräsentiert, sondern stelle ein System dar, das ohne gewaltsame Unterdrückung bis hin zur präventiven Folter ebenfalls Unschuldiger nicht existieren könne. Als „Ausdruck eines ganzen Volkes" bezeichnete er verschleierte Algerierinnen, die unter ihren Kleidern Bomben transportierten, modern gekleideten jungen Mädchen, die in Bars und Cafés verheerende Explosionen auslösten. Im engeren Kreis – so Cherki – habe Fanon jedoch gefordert, das Vorgehen der Stadtguerilla immer wieder kritisch zu hinterfragen. [26]

Fanons Äußerungen zur Gewalt in der kolonialen Situation befindet sich auf der scheinbar paradoxen Linie, auf der Kant über das Recht auf Notwehr und Widerstand als unauflösbaren, in der Praxis aber vorkommenden Widerspruch für den Fall reflektierte, wenn eine despotisch handelnde Regierung die Souveränität des Volkes missachtet. Obwohl in solchen äußersten Fällen „Gewalt gerade auch aus Vernunftgründen nicht verboten werden" könne, erhalten Notwehr und Widerstand bei Kant einen Ort zugewiesen, „der auf keinem Koordinatensystem der Vernunft oder des Verstandes bestimmt werden kann". [27] Da es nach Kant jedoch keine Not geben kann, die Unrecht – z. B. Schaden für Unschuldige – rechtfertigt, gibt es für ihn keine positivrechtliche Fixierung solcher Gewalt. Ein solcher, als objektiver Rechtsverstoss erkennbarer Gewaltakt kann bei Kant zu subjektiver Straflosigkeit führen, „die zugleich das Verhältnis zwischen rechtlich-moralischer Schuld und der Unzulänglichkeit staatlicher Strafverfolgungsbehörden bezeichnet: 'Also ist die Tat der gewalttätigen Selbsterhaltung nicht etwa als unsträflich (inculpabile), sondern nur als unstrafbar (inpunibile) zu beurteilen.'" [28] Im Kant'schen Sinne kann über Gewalt keine normative oder generalisierende Aussage gemacht werden: „Jede Rechtfertigung einer bestimmten Gewalthandlung würde zu einer Typisierung und Standardisierung führen, die die Ausnahme-

[23] Ebd., S. 620.
[24] Vgl. Alice Cherki, Frantz Fanon. Ein Porträt, Hamburg 2001, S. 130.
[25] Vgl. ebd., S. 330.
[26] Vgl. ebd., S. 160. Zur Einbeziehung der Frauen in den Unabhängigkeitskampf vgl. Frantz Fanon, Algerien legt den Schleier ab, in: Aspekte der algerischen Revolution, Frankfurt/M. 1969.
[27] Ingeborg Maus, Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant, Frankfurt/M. 1992, S. 113.
[28] Ebd., S. 109.

entscheidung der Gewalt zur Normalität hin entgrenzte.“[29]

Hegel, der den Begriff des „Widerstandsrechts“ im Sinne der feudalen Kämpfe gegen die Französische Revolution eher kritisch nutzte, erweiterte jedoch das „Notrecht“ Kants in seiner sozialen Dimension: Da es in der Moderne nichts mehr gibt, was keinen Besitzer hat und demzufolge sich der Arme keinen verwertbaren Teil der Natur mehr zu Nutze machen kann, ergibt sich nach Hegel für die von der Teilhabe Ausgeschlossenen unter Umständen ein Notrecht. Wie Kant sieht auch er die revolutionäre Gewalt außerhalb der Rechtsnorm stehen. Lieber sähe Hegel die Teilhabe aller an den Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft über Steuern und Gesetze geregelt.[30]

Weil die Algerier von der demokratischen und sozialen Teilhabe ausgeschlossen gewesen waren, erscheint es im Sinne Kants und Hegels logisch, dass die ‚revolutionären Subjekte‘ des algerischen Unabhängigkeitskampfes nach der Gründung ihres eigenen Staates in Frankreich keine strafrechtlichen Verfolgungen zu fürchten hatten. Jedoch können die auch nach damaligen französischen Recht illegalen Folterungen von Seiten der Kolonialbehörden das Notrecht Kants und Hegels nicht in Anspruch nehmen. Deshalb wird von Zeit zu Zeit der Ruf nach ihrer strafrechtlichen Aufarbeitung laut.

Bei den Teilen der Achtundsechziger-Bewegung, die zu den Waffen griffen, verschmolzen Elemente von Fanons Analysen mit der Focus-Theorie Che Guevaras, wonach mehrere ‚Vietnams‘ auf der Welt entstehen sollten, auch in demokratischen Ländern des Westens. Es kam dabei zu einer Verallgemeinerung von Fanons Analysen, die zu einer mechanischen Übertragung seiner Äußerungen zur Gewalt auf ein enthistorisiertes ‚revolutionäres Subjekt‘ führte. Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe bezogen sich am 13. Januar 1976 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart-Stammheim in ihrer zweitägigen „Erklärung zur Sache“ dreimal auf Fanon. Dessen Behauptung, „dass man mit nur Wut, Haß, spontaner Bewegung ‘nicht in einem nationalen Krieg siegen, die furchtbare Kriegsmaschine des Feindes in die Flucht schlagen kann‘“, habe sich auch im Westen bestätigt, und zwar „in der wesentlichen Erfahrung der Studentenbewegung: dass Spontaneität, Revolte integrierbar ist, wenn sie sich nicht bewaffnet“.[31]

Fanon hatte jedoch niemals behauptet, dass Kampfformen der antikolonialen Revolution auf den Westen übertragbar seien. Dies schien aber Sartres Vorwort zu „Die Verdammten dieser Erde“ zu suggerieren. Während er es schrieb, drohten Gewalt und Gegengewalt des Algerienkrieges auf Frankreich mit voller Wucht überzuspringen. Unklar war noch, ob es der starken öffentlichen Gegenbewegung, in der Sartre selbst eine wesentliche Rolle spielte, gelingen würde, die Gefahr eines Rechtsputsches abzuwenden.

Die Enthistorisierung von Fanons und Sartres Analyse der ‚revolutionären Subjekte‘ der antikolonialen Revolution führte bei der RAF zu seiner Universalisierung. Iring Fetscher sah hierin auch das Wiederaufleben einer speziell in Deutschland aus der Romantik überkommenen Tradition des individuellen Terrors.[32]

Besser begriffen die politisch agierenden Teile der Achtundsechziger, dass die Aufgaben und Methoden ‚revolutionärer Subjekte‘ in den antikolonialen Befreiungsbewegungen einerseits und in den gesellschaftlichen Bewegungen im Westen andererseits nicht dieselbe sein durften. Als Rudi Dutschke 1966 Fanons Werk im SDS referierte, wollte er die Solidarität zwischen westlichen Metropolen und „Dritter Welt“ stärken.[33] Seine ‚revolutionäre‘ Strategie suchte einen – freilich sehr schmalen Grat – auf dem im Westen sowohl legale wie auch illegale Aktionen stattfinden sollten, aber kein Terror gegen Menschen.[34]

[29] Ebd., S. 114.
[30] Vgl. Domenico Losurdo, Hegel und die Freiheit der Moderne, Frankfurt/M. 2000, S. 119, 207–209, 398.
[31] Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, bearbeitet von Martin Hoffmann, Berlin 1997, S. 238.
[32] Vgl. Iring Fetscher, Die sechs politischen Trugschlüsse des Terrorismus, in: ders., Utopien, Illusionen, Hoffnungen, Stuttgart 1990, S. 230.
[33] Dokumentation FU, Nr. 15/73, Berlin, Freie Universität 1948–1973. Hochschule im Umbruch, Teil IV, 1964–1967, ausgewählt und dokumentiert von Siegward Lönnendonker/Tilman Fichter/Claus Rietschel, S. 71.
[34] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: ders./Jan Philipp Reemtsma, Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2003.

Gerd-Rainer Horn

Die Arbeiter und „1968“ in West- und Südeuropa

Das Jahr 1968 gehörte den Studenten. Von Belgrad bis Berkeley standen sie in den allerersten Reihen von Aktivisten, die das Jahr 1968 zum „moment of madness“ machten.[1] Demonstrationen, besetzte Gebäude, permanent tagende Vollversammlungen, fieberhaft agierende Komitees und ähnliche Ausdrucksformen studentischer Gegenmacht kennzeichneten das wankende Machtgefüge universitärer Hierarchien jener Zeit. Doch nicht nur Universitäten wurden quasi über Nacht zu Zentren politisch-sozialen Aufbegehrens. Auch die Gymnasien entwickelten sich zu Kristallisationspunkten bislang unbekannter Formen politisch-sozialer und kultureller Auseinandersetzungen. Die geringe Aufmerksamkeit, die dem nur bruchstückhaft überlieferten Schülerprotest bislang zuteil wurde, verwundert angesichts der möglichen Bedeutung des Schülerprotestes für die Nachhaltigkeit der universitären Revolte, aber auch angesichts des für die 68er-Forschung ansonsten so zentralen Stellenwerts von Protestaktionen und -formen im Bildungsbereich.

Gerd-Rainer Horn
Ph.D., geb. 1955; Senior Lecturer in Twentieth Century History, Department of History, University of Warwick, Coventry CV4 7AL, Großbritannien.
g-r.horn@warwick.ac.uk

Weitere „weiße Flecken“ der sich auf 1968 beziehenden Geschichtsschreibung ließen sich anführen. Dieser Aufsatz widmet sich einem der wichtigsten Forschungsdesiderata: die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Protestereignissen in und um 1968. Insbesondere in der bundesdeutschen Literatur wird die zeitgenössische Protestwelle kaum mit Arbeitern und den Arbeiterbewegungen in Verbindung gebracht. In Gestalt einer in das System integrierten sozialen Klasse dienen sie oftmals nur der schärferen Konturierung des vermeintlich systemsprengenden Charakters der studentischen Massenbewegungen. Selbst der dreiwöchige französische Generalstreik von Mitte Mai bis Anfang Juni 1968 vermochte wenig an dieser Sichtweise zu ändern. Denn war es nicht so, dass diese zweifelsohne bemerkenswerte soziale Bewegung erst durch die studentischen Aktionen ausgelöst und dann sehr bald durch materielle Zugeständnisse von Regierungs- wie von Unternehmerseite gestoppt werden konnte? Wurde hier nicht die einzigartige Chance einer sozialen Revolution in einem der fortgeschrittensten Länder der Welt gleichsam für ein Linsengericht verkauft? Demonstrierten Arbeiter und Arbeiterbewegungen nicht einmal mehr, dass sie ihre historische Rolle als Speerspitze des Antikapitalismus eingebüßt hatten?

Ein Überblick

Wie verhielten sich europäische Arbeiter in und um 1968?[2] Einen ersten Zugang bietet die Streikstatistik. Für das Ende der 1960er Jahre belegt sie eine überraschend gleichförmige, generelle Zunahme der Streikaktivitäten in elf westeuropäischen Ländern.[3] Zugleich wird deutlich, dass der Höhepunkt der neu erlangten Streikfreudigkeit nur in Ausnahmefällen in das Jahr 1968 fiel. Vielmehr sind es die frühen 1970er Jahre, die den Höhepunkt des proletarischen Engagements markieren. Dies unterstreicht einmal mehr den Gebrauch von „1968“ für einen mehrjährigen Zeitraum, in dem „der Geist von 1968“, also ein dezidierter Hang zur überdurchschnittlichen Protestfreudigkeit, kennzeichnend war. In der frankophonen und italienischsprachigen Literatur existieren mit „les années 68“ bzw. „il sessantotto“ allgemein

Ich danke Manfred Kubik für eine Vielzahl von sprachlichen und anderen Verbesserungsvorschlägen.

[1] Vgl. Aristide Zolberg, Moments of Madness, in: Politics and Society, 2 (Winter 1972) 2, S. 183–207.

[2] Dieser Beitrag basiert auf Studien, die ich im Rahmen von früheren Veröffentlichungen durchgeführt habe; vgl. Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hrsg.), 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen“ Mai in Europa, Hamburg 2007. Dieser Artikel konzentriert sich ausschliesslich auf Vorgänge in West- und Südeuropa, da ost- und mittelosteuropäische Gesellschaften in diesen Jahren aus naheliegenden Gründen Eigendynamiken entwickelten, die nur mittelbar mit dem „proletarischen Mai“ westlich des „Eisernen Vorhangs“ vergleichbar sind.

[3] Vgl. Donald Sassoon, One Hundred Years of Socialism, New York 1996, S. 358–361.

Tabelle 1: Streiktage zwischen 1958 und 1973 nach Ländern (in Tausend)[4]

Land	Jahre	Streiktage	Jahre	Streiktage
Belgien	1958–1969	331	1970–1973	965
Frankreich	1958–1967	2 484	1968–1973	26 000
Italien	1958–1968	10 500	1969–1973	22 550
Groß-britannien	1958–1968	3 274	1968–1973	11 190
Bundesrep. Deutsch-land	1958–1968	340	1969–1973	1 099

Um die Zahlen angemessen interpretieren zu können, muss man sich klar machen, dass die Einwohnerzahl Belgiens weit unter der der anderen vier Länder liegt. In den späten 1960er Jahren zählte man offiziell 9.6 Millionen Belgier; die Einwohnerzahl der anderen vier Länder lag damals zwischen 49.8 (Frankreich) und 64 Millionen (BRD). Die Streikstatistik Belgiens liegt also sehr viel näher an den imposanten Ergebnissen für Frankreich, Großbritannien und Italien als an der Bundesrepublik. Doch verzeichneten alle vertretenen Länder, also auch die Bundesrepublik, einen quantitativen und qualitativen Zuwachs in der zweiten Phase von „1968".

akzeptierte Begriffe, die diesen Sinn transportieren. Auch im vorliegenden Aufsatz ist mit 1968 mehr als ein bestimmtes Jahr gemeint und bezieht sich auf Ereignisse, die um dieses Jahr herum an vielen verschiedenen Orten in vielen Ländern stattgefunden haben.

Die erwähnte, mit der wachsenden Zahl von Streiks belegte Militanz europäischer Arbeiter in den frühen 1970er Jahren wird statistisch auch in anderer Weise fassbar. Stellt man die durchschnittliche Zahl von Streiktagen pro Jahr in der Dekade bis 1968 der jährlichen Durchschnittsanzahl von Streiktagen in der darauffolgenden Phase sozialer Auseinandersetzungen bis einschließlich 1973 gegenüber, zeigt sich für fünf untersuchte europäische Länder eine Verdoppelung bis Verdreifachung der durch Streiks verlorengegangenen Arbeitstage in der Post-68er-Phase betrieblicher Auseinandersetzungen. Eine Ausnahme stellt Frankreich dar, wo das Kalenderjahr 1968 bereits zur „heißen Phase" gehörte und sich die Streikintensität im Vergleich zur Vor-68er-„Vorbereitungsphase" um mehr als das Zehnfache erhöhte.

Die intensive Streiktätigkeit fand ihren Niederschlag in einer Reihe wesentlicher materieller Verbesserungen. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre profitierten die europäischen Arbeiter sowohl von einer deutlichen

[4] Pierre Dubois, New Forms of Industrial Conflict, in: Colin Crouch/Alessandro Pizzorno (eds.), The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968, Bd. 2: Comparative Analyses, London 1978, S. 2.

Tabelle 2: Reallohnentwicklung in ausgewählten westeuropäischen Ländern

Land	Jahre	Anstieg	Jahre	Anstieg
Frank-reich	1965–1967	2.9 %	1968–1969	5.4 %
Bundesrep. Deutsch-land	1966–1968	3.3 %	1969–1970	9.2 %
Italien	1966–1968	4.3 %	1969–1970	7.3 %
Großbri-tannien	1967–1969	2.4 %	1970–1971	3.9 %

Quelle: Philip Armstrong/Andrew Glyn/John Harrison, Capitalism since 1945, Oxford 1991, S. 193.

Verminderung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit[5] als auch von deutlichen Reallohnanstiegen. Die in Tabelle 2 dargestellten Untersuchungsergebnisse eines britischen Autorenteams unterstreichen eindrucksvoll den Unterschied zwischen Vor- und Hauptphase der proletarischen Auseinandersetzungen.

Die zeitlich differenzierteren Zahlen des bereits zitierten französischen Sozialwissenschaftlers Pierre Dubois weichen teils erheblich von den Daten der britischen Wirtschaftswissenschaftler ab, doch ist der Trend gleichermaßen unverkennbar. Ausnahmslos war in den frühen 1970er Jahren der durchschnittliche Reallohnanstieg höher als in der Vorphase.

Tabelle 2 und 3 offenbaren einige nationale Besonderheiten. Insbesondere die Zahlen bei Pierre Dubois deuten auf einen außergewöhnlich hohen Reallohnanstieg und auf eine intensive Streiktätigkeit in Italien hin, worauf noch näher einzugehen sein wird. Hingegen fallen die Resultate für Großbritannien in beiden Tabellen unterdurchschnittlich aus. Offenbar verstand es die britische Arbeiterschaft nicht, ihre vergleichsweise hohe Militanz und Kampffreudigkeit in konkrete Resultate umzusetzen. Nahezu das Gegenteil kann man aus den bundesdeutschen Daten herauslesen. Denn insbesondere die Daten des britischen Autorenteams deuten auf einen durchaus substantiellen Reallohnanstieg bundesdeutscher Arbeiter hin, und dies bei unterdurchschnittlicher Streikbereitschaft und geringer Militanz (vgl. auch Tabelle 1). Streikfreudigkeit und Kampfbereitschaft haben keine hinreichende Erklärungskraft.

Nord- und Südeuropa

Das bundesdeutsche Beispiel verweist auf eine inmitten Europas verlaufende Trennlinie, die den Kontinent grosso modo in diesen Jahren teilte. Nördlich einer

[5] Vgl. Pietro Basso, Modern Times, Ancient Hours: Working Lives in the Twenty-first Century, London 2003.

Tabelle 3: Reallohnanstieg in ausgewählten europäischen Ländern

Land	Jahre	Anstieg	Jahr	Anstieg	Jahre	Anstieg
Belgien	1967–1969	3.3 %	1970	7.1 %	1971–1973	8.4 %
Frankreich	1965–1966	3.2 %	1968	8.0 %	1969–1973	5.5 %
Italien	1965–1968	1.7 %	1969	7.2 %	1970–1973	12.8 %
Großbritannien	1965–1969	2.3 %	1970	6.2 %	1971–1973	4.1 %
Deutschland	1966–1968	2.8 %	1969	7.5 %	1970–1973	5.7 %

Quelle: P. Dubois (Anm. 4), S. 16.

Linie, die der Maas, dem Rhein und schließlich stromabwärts dem Adige (Etsch) entlang führte, waren soziale Konflikte traditionell proletarischer Natur eher von Seltenheitswert. Ein meist relativ hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad und oft vergleichsweise reibungslos funktionierende Kooperationsbeziehungen zwischen Vertretern von Lohnarbeit und Kapital unter Einschluss von Regierungen ermöglichten die Entschärfung und Lösung von Konflikten oft vor dem Streikausbruch und ähnlichen Kampfmaßnahmen. Die angeführten Daten zur Lohnentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zeigen stellvertretend für die „nordeuropäischen" Länder, dass die materielle Lage der Arbeiter keineswegs schlechter war als in den Ländern südlich der imaginären Scheidelinie von Maas, Rhein und Adige. Wie eingangs dargelegt, kam es auch im „Norden" Europas zu einem statistisch signifikanten Anstieg von Streiks in den 1960er, insbesondere in den frühen 1970er Jahren, doch blieben die Zahlen weit hinter denen der Länder im meist romanischsprachigen Südeuropa zurück. Die Durchsetzungskraft der Arbeiter in den nordeuropäischen Ländern lag also mindestens so hoch wie in den streikfreudigen Ländern Südeuropas. Was jedoch den Einfluss proletarischer Streikkultur auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, insbesondere auf soziale Bewegungen nichtproletarischer Provenienz (wie z. B. universitären Auseinandersetzungen) angeht, blieb dieser in Nordeuropa denkbar gering, was aufgrund der geringen Ausprägung der „proletarischen Streikkultur" nicht überraschend ist.

Ganz anders stellt sich die Situation vor allem in Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal dar. Wer den Beitrag von Arbeitern in den 1968 folgenden Jahren in Westeuropa nachspüren möchte und sein Augenmerk nicht nur auf die nördliche Hälfte des Kontinents begrenzt, wird nicht umhinkommen, die zentrale Rolle der Arbeiterschaft in den sozialen Auseinandersetzungen jener Jahre hervorzuheben. Hier, in der südlichen Hälfte Westeuropas, beflügelte der „Geist von 1968" auch und gerade die Arbeiterklasse und ließ sie zu einem deutlich einflussreicheren Faktor im Geflecht der sozialen Bewegungen werden als in den Ländern des nördlichen Europas. Gewiss – auch in Belgien, Frankreich und Italien (weniger in Spanien und in Portugal) fungierten radikale Studentenbewegungen oftmals als das Zünglein an der Waage. Doch war der Funken erst einmal auf die Arbeiterklasse übergesprungen, spielten mittelschichtorientierte universitäre Organisationen und lose Zusammenhänge nurmehr eine untergeordnete Rolle in den jeweiligen Auseinandersetzungen.

Die unterschiedlichen Auswirkungen auf das normale volkswirtschaftliche Geschehen liegen auf der Hand. Profitmaximierung, Erwerbstätigkeit und Konsumsphäre blieben weithin unberührt, selbst wenn es zu lang andauernden universitären Campusbesetzungen oder Vorlesungs- bzw. Examensboykottbewegungen kam. Studentische Vollversammlungen und Protestaktionen im Elfenbeinturm universitärer Abgeschiedenheit kamen so gesehen einem Sturm im Wasserglas gleich. Wo sich allerdings die Welle der Revolte aus dem universitären Bereich ihren Weg in die reale Welt sozialer Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital bahnte, da war der allgemeine soziale Frieden schnell dahin. Es verdient in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden, dass in der von der deutschen Sozialwissenschaft vielfach ausgeblendeten südlichen Kontinenthälfte nicht nur eine wachsende Konflikthaftigkeit sozialer Beziehungen zu verzeichnen war. Jenseits traditioneller gewerkschaftlicher Handlungsweisen bildeten sich auch neue institutionelle Formen der Auseinandersetzung heraus.

Direkte Demokratie

Sicherlich war es den besonderen politisch-kulturellen Umständen im franquistischen Spanien geschuldet, dass sich gerade dort (und zwar schon zu Beginn der 1960er Jahre) erstmals jene Elemente direkter Demokratie am Arbeitsplatz ausbildeten, die später zum charakteristischen Bild von Arbeitskämpfen in allen Ländern Südeuropas gehören sollten.

Im Rahmen einer halb spontanen Streikwelle in den industrialisierten Gebieten Spaniens im Frühjahr 1962 wurden zum ersten Mal neue Formen der Konfliktaustragung verallgemeinert, die 1962 zuerst die Produktionsverhältnisse in Asturien revolutionierten, in den folgenden Jahren die benachbarten Provinzen Nordspaniens eroberten und schließlich gegen Ende des Jahrzehnts sich auf das gesamte Land ausbreiteten.[6]

Was waren das für neue Vorgehensweisen? Im Grunde handelte es sich um Vollversammlungen, wie sie später im studentischen Milieu beliebt wurden. Ganze Betriebsbelegschaften fanden sich zu gemeinsamen Beratungen zusammen. In diesen proletarischen Vollversammlungen, oft auf dem Betriebsgelände abgehalten, konnte jede und jeder mitsprechen, um Probleme aufzudecken, Forderungen zu stellen und Ziele zu formulieren, die nicht selten mittels „aktiver Streiks“ zu erreichen versucht wurden. Ein „aktiver Streik“ bedeutete, dass eine Vielzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen die Arbeitsniederlegung begleitete. Streiks kamen so einem kollektiven Lernprozess gleich, in dem auf oft kreative Weise um Solidarität und wechselseitige Unterstützung geworben wurde. Wichtig war, dass die Teilnahme an diesen Vollversammlungen jeder und jedem freigestellt war, ob man gewerkschaftlich organisert war oder nicht, und ganz gleich, welchem der oft miteinander konkurrierenden Gewerkschaftsdachverbände man angehörte. Im Pionierland dieser neuen Herangehensweise, Spanien, trugen die neuen Strukturen, die gleichermaßen Aktions- und Organisationsformen waren, den Namen Arbeiterkommissionen, wie auch einige Jahre später im benachbarten Portugal. In Italien, in dem sich radikale Aktivisten schon früh an Spanien orientierten, nannten sich die insbesondere 1968 nahezu überall entstehenden Gruppierungen „einheitliche Basiskomitees“, in Frankreich und im wallonischen Teil Belgiens „Streikkomitees“, in Flandern „Arbeiterkomitees“.

Neue Organisationsformen wie diese trieben die Dynamik in Richtung eigenständiger proletarischer Aktionen voran und erfassten auch und gerade die in Nordeuropa oft eher zögerlich handelnden Angestellten, wie z. B. die Bankangestellten, eine im Mittelmeerraum oft besonders militante Gruppe. Eine herausragende Rolle bei der fortschreitenden Radikalisierung der Arbeiter spielte nach 1968, gestützt auf die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils, der linkskatholische Flügel der Arbeiterschaft. Ja, linkskatholische Einflüsse prägten geradezu die ihrem Höhepunkt zustrebende Neue Linke in Südeuropa. Linkskatholisch beeinflusste Gewerkschaftsverbände waren fast überall den neuen Formen sozialer Konfliktaustragung gegenüber weitaus aufgeschlossener als ihre kommunistisch geprägten Konkurrenten. Forderungen nach Arbeiterkontrolle, Arbeiterselbstverwaltung und Arbeitermacht schlechthin wurden bald zu Allgemeinplätzen proletarischer Streikkultur.

Die Welle von Betriebsbesetzungen, die ab Mitte Mai 1968 das gaullistische Frankreich erschütterte, war dabei nur ein Vorgeschmack. Im Mai und Juni kam es zu einer breiten Welle von Besetzungsaktionen, in deren Verlauf die jeweilige Managerelite ihre Machtlosigkeit erfahren musste und bisweilen wochenlang in den „goldenen Käfigen“ der Chefetagen ihrer jeweiligen Betriebe quasi inhaftiert war. Doch gab es 1968 noch keine ernsthaften Versuche, die vielerorts propagierte Arbeiterselbstverwaltung konkret umzusetzen.

Arbeiterselbstverwaltung

Dazu kam es erst im Laufe der frühen 1970er Jahre. Eine Schlüsselstellung nimmt hier die in Selbstverwaltung produzierende Uhrenfabrik LIP bei Besançon in Ostfrankreich ein. Von Mitte Juni 1973 bis Ende Januar 1974 fand dort unter dem Motto „Es ist möglich! Wir produzieren für uns selbst; wir verkaufen unsere Produkte selbst; und wir bezahlen uns selbst!“ das international am meisten Aufsehen erregende Arbeiterselbstverwaltungsexperiment statt. Und eine europaweite Welle der Solidarisierung mit den zwölfhundert Arbeitern und Angestellten machten LIP zu einem Symbol für die Hoffnung einer ganzen Generation von 68er-Aktivisten.[7]

[6] Vgl. José Antonio Biescas/Manuel Tuñon de Lara, España bajo la dictatura franquista (1931–1975), Barcelona 1980; David Ruiz (Hrsg.), Historia de Comisiones Obreras (1958–1988), Madrid 1994; Erich Rathfelder/Anna Stein/Klaus Vogel, „Alle oder keiner!“ Comisiones Obreras – neue Arbeiterbewegung in Spanien, Berlin 1976.

[7] Zu LIP vgl. unter anderem Charles Piaget, LIP, Paris 1973; Claude Neuschwander/Gaston Bordet, LIP, vingt ans après, 1973–1993, Paris 1993; Arno Münster,

Das Beispiel von LIP fand in Frankreich selber, aber auch in benachbarten Ländern ein positives Echo. In Frankreich war bald die Rede von den „Kindern von LIP“, einer Reihe gleichgerichteter Initiativen, Arbeiterselbstverwaltung aus dem Bereich der Wunschträume in die Wirklichkeit zu überführen.[8] Der unbestritten weitreichendste Ausdruck dieser Hoffnungen blieb freilich der am 25. April 1974 in Portugal ausbrechenden Nelkenrevolution vorbehalten. Im Verlauf dieser umfassenden, sich zunehmend radikalisierenden politisch-sozialen Bewegung kam es im Sommer 1975 zu verschiedenen Versuchen, in mehr als 375 Fabriken die Produktion in die eigene Hand zu nehmen und unter eigener Regie fortzuführen. Gleichzeitig unterlagen die Produktionsverhältnisse in den ländlichen Gebieten Süd- und Zentralportugals einem grundlegenden Wandel. Bisher von einer großen Anzahl landloser Landarbeiter in abhängiger und unterbezahlter Arbeit geführte Latifundien wurden enteignet und in Kollektiveigentum überführt. Fast ein Viertel des kultivierbaren Landes in Portugal wurde so Gemeineigentum der bisher in halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnissen gehaltenen Landarbeiter und ihrer Familien. Das neu gewonnene Selbstvertrauen und die im gemeinsam gestalteten Kollektivierungsprozess eingeübten Kommunikationsmuster schufen eine neue psychologische Grundlage für Widerständigkeit der durchweg subalternen Arbeiterschichten. Vollversammlungen und egalitäre Praktiken in der Betriebsführung ließen bald viele Landarbeiter bisher praktizierte Formen der Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten jedweder Art als Relikte vergangener Zeiten erscheinen.[9] Darauf wird später zurückzukommen sein.

Waren Betriebsbesetzungen und Produktionswiederaufnahme in eigener Regie auch die sicherlich medienträchtigsten und aufsehenerregendsten Aspekte proletarischer Selbstorganisation in den auf 1968 folgenden Jahren, wird man einräumen müssen, dass derartige Vorgehensweisen den jeweiligen Akteuren geradezu aufgezwungen wurden und keinesfalls als offensive Strategie der Machteroberung konzipiert worden waren. Sowohl der Arbeitskampf bei LIP als auch die Arbeiterselbstverwaltungsexperimente in der portugiesischen Industrie enstanden als Reaktion auf drohende Betriebsschließungen und resultierten aus einer Position der Schwäche. Lediglich die flächendeckenden Kollektivierungsbemühungen in der portugiesischen Landwirtschaft sind das Ergebnis eines offensiven, aus einer Position der Stärke heraus entwickelten Vorgehens.

Das Beispiel Italien

Das für die europäische Industriearbeiterschaft bemerkenswerteste Erlebnis eines individuellen und kollektiven Bewusstwerdungsprozesses fand in einem Land statt, in dem es – auf den ersten Blick paradoxerweise – weder Betriebsbesetzungen noch Versuche der Arbeiterselbstverwaltung in nennenswertem Ausmaß gab: Italien. Wo es zu Betriebsbesetzungen kam, geschah dies auch hier fast immer aus einer defensiven Haltung heraus. Zudem waren derartige Experimente nur selten von Erfolg gekrönt. In Italien, dem Kronjuwel des europäischen „proletarischen Mai“, äußerte sich der Geist von 1968 auf eine völlig andere Weise.

Wie bereits erwähnt, kam es im Laufe des Jahres 1968 zur Herausbildung von einheitlichen Basiskomitees (CUB), wie sie sich im spanischen Untergrund seit einigen Jahren herausgebildet hatten. Diese Basiskomitees mutierten im Laufe von 1969 zu einem nahezu landesweiten System von Fabrikdelegierten. Diese wurden seit 1970 von so genannten Fabrikräten abgelöst, die nominell in gewerkschaftliche Strukturen integriert waren. Doch führte diese Vereinnahmung ursprünglich außergewerkschaftlich inspirierter und tätiger Strukturen – einheitliche Basiskomitees, Fabrikdelegierte – in gewerkschaftliche Zusammenhänge – Fabrikräte – keinesfalls zu einer Moderierung der proletarischen Kampfformen. Im Gegenteil: Der Geist kämpferischer Auseinandersetzungen durchdrang bald alle

Der Kampf bei LIP: Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich, Berlin 1974.

[8] Vgl. Frank Georgi (Hrsg.), Autogestion: La dernière utopie?, Paris 2003.

[9] Die überzeugendste Studie über die portugiesische Revolution ist weiterhin Gérard Filoche, Printemps portugais, Paris 1984; vgl. auch Phil Mailer, Portugal: The Impossible Revolution?, London 1977; John Hammond, Building Popular Power: Workers' and Neighborhood Movements in the Portuguese Revolution, New York 1988; hinsichtlich der Umwälzungen in der portugiesischen Landwirtschaft vgl. Nancy Bermeo, The Revolution Within the Revolution. Workers' Control in Rural Portugal, Princeton 1986.

drei Gewerkschaftsdachverbände. Die Aktions- und Organisationsform der Fabrikräte transformierte insbesonders die bedeutsamen Metallarbeiterverbände der drei großen Konföderationen zu einer vereinten Institution, die das organisatorische Know-how und Durchhaltevermögen der traditionellen Gewerkschaften mit dem flexiblen und innovativen Anpassungsvermögen der auf direkter Demokratie basierenden Arbeiterkommissionen Spaniens verband.[10]

War das Jahr 1968 in Italien anfangs noch von studentischen Unruhen charakterisiert, so wurde im Laufe desselben Jahres der Arbeiter-Widerstand zum wichtigsten Faktor sozialer Auseinandersetzungen in Italien. Der „heiße Herbst" 1969 ließ alle anderen Triebkräfte in den Hintergrund treten. Arbeiter begannen ihre Angst gegenüber Vorarbeitern, leitenden Angestellten und anderen Repräsentanten bisheriger betrieblicher Macht zu verlieren. Eigenmächtige Reduzierungen des Fließbandtempos wurden zu beliebten Taktiken italienischer Arbeiter auch und gerade in den Hochburgen norditalienischer Massenproduktion. Ein Augenzeugenbericht in der Zeitschrift „Il Manifesto" unterstreicht diesen Prozess: „Die Fabrik funktioniert weiterhin mit der Regelmäßigkeit einer Uhr, aber das Ticken verläuft in größeren zeitlichen Abständen; die Langsamkeit des neuen Rhythmus ärgert die Bosse ungemein, die gegen die Regellosigkeit dieser Kampfmaßnahmen protestieren. Für die Arbeiter bedeutet dies natürlich die Bewusstwerdung ihrer eigenen Kraft, und sie lernen, wie man die kleinen und die großen Chefs nach dem Rhythmus dieser neuen Musik tanzen lässt."[11]

Eine radikalisierende Dynamik ergriff die Arbeiterschaft Italiens, die durch den Titel des epischen Romans von Nanni Balestrini, *Vogliamo Tutto* (Wir Wollen Alles) verdeutlicht wird, eine Erzählung, die der rapiden Bewusstwerdung eines süditalienischen Migranten in der Hochburg der italienischen Großindustrie – aber auch des Arbeiterwiderstandes – in den FIAT-Mirafiori Werken Turins auf eindrucksvolle Weise Ausdruck verleiht.[12]

Kollektive und individuelle Befreiung

Und in der Tat lag die vielleicht wichtigste Errungenschaft des proletarischen Mai genau in dieser psychologischen und sozio-psychologischen Veränderung, die einer bisher fast immer in subalternen Positionen gehaltenen Arbeiterschaft dazu verhalfen, ihre Wünsche selber zu formulieren, selbstbestimmtes Denken zu lernen und ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. In seinen Reflektionen über die Ereignisse des Mai 1968 beschreibt der linkskatholische Anthropologe Michel de Certeau den Vorgang der, wie er es nannte, „Wortergreifung" (*prise de parole*) bisher von den Schaltstellen gesellschaftlicher Macht ferngehaltenen Bevölkerungsteile: „Im Mai wurde das Wort erobert, genauso wie 1789 die Bastille erstürmt wurde."[13] „Von überall her kamen ungeahnte Schätze, entweder verhüllt oder verdrängt, bisher unausgesprochen gebliebene Erfahrungen. In dem Maße, wie selbstsichere Diskurse sich ins Nichts aufzulösen begannen und wie die herkömmlichen ‚Autoritäten' zum Schweigen verurteilt wurden, schmolzen bisher tiefgefrorene Existenzen, und die Welt erwachte in einen strahlenden und fruchtbaren Morgen."[14] Und was für studentische „Wortergreifer" der Fall gewesen war, traf umso mehr auf Arbeiter zu, die es noch viel weniger gewohnt waren, ihre eigenen Gedanken und Wünsche klar und deutlich zu formulieren. Mehrere Zitate eines süditalienischen Migranten in den FIAT-Werken Turins, Rino Brunetti, Jahre später daraufhin befragt, mögen diesen Prozess der individuellen und kollektiven Befreiung verdeutlichen:

[10] Vgl. Giuseppe Bianchi u. a. (Hrsg.), I CUB: Comitati unitari di base. Ricerca su nuove esperienze di lotta operaia: Pirelli – Borletti – Fatme, Rom 1971; die daran anschließende Arbeiterdelegiertenbewegung wird in Roberto Aglieta/Giuseppe Bianchi/Pietro Merli Brandini (Hrsg.), I delegati operai: Ricerca su nuove forme di rappresentanza operaia, Rom 1970, behandelt. Die überzeugendste Arbeit über das System der Fabrikräte ist weiterhin: Miriam Golden, Labor Divided: Austerity and Working-Class Politics in Contemporary Italy, Ithaca 1988.

[11] Zit. in: Robert Lumley, States of Emergency: Cultures of Revolt in Italy from 1968 to 1978, London 1990, S. 189.

[12] Vgl. Nanni Balestrini/Vogliamo Tutto, Romanzo, Rom 1971. Ein Jahr später erschien es bereits in deutscher Übersetzung. Wieder erschienen: Nanni Balestrini, Wir wollen alles, Hamburg 2003.

[13] Michel de Certeau, La prise de parole, Paris 1994, S. 40.

[14] Ebd., S. 41.

„Die allerersten Umzüge waren eine wahnsinnige Sache. Diese Angst, den Arbeitsplatz ohne Erlaubnis zu verlassen. Nach fünfzehn, zwanzig Jahren unter der Knute von Valletta, diesem medaillengeschmückten Boss, der uns immer terrorisiert hatte. Wir beobachteten diese zehn, fünfzehn, zwanzig Kollegen, die laut rufend den Korridor entlang liefen, und wir hatten Angst, das Fließband zu verlassen. Aber dann reihten wir uns ein. Als wir unsere Abteilung verließen, waren wir nicht mehr zwanzig sondern schon fünfzig.“[15]

„Mir ging's heiß durch den Kopf: Vielleicht ist unsere Zeit gekommen. Vielleicht können wir jetzt alles wettmachen. Vielleicht haben wir doch die richtige Entscheidung getroffen, als wir hierher in den Norden kamen. Ich schwör's: ich wollte anfangen zu sprechen, aber ich konnt's einfach nicht. Das Ganze erinnerte mich an die Feiern, die 1945 von den Partisanen nach der Befreiung eines Ortes veranstaltet wurden.“[16]

„Wir waren so, wie die in Käfigen aufgezogenen Vögel, die, wenn man sie freilässt, damit sie wegfliegen können, nicht mehr wissen, wie man fliegt. Ich war darüber zutiefst niedergeschlagen. Ich sagte mir: ‚Verdammt nochmal! Wir wissen nicht mehr, wie wir unser Gehirn gebrauchen können, da irgendetwas unser Hirn blockiert.‘ Dann, auf einmal, 1969, fing unser Gehirn wieder zu funktionieren an. Wir brachen aus dem Käfig aus, und wir fingen wieder an, fliegen zu lernen.“[17]

Wer trotz allem die 68er-Bewegung als einen rein universitären Mittelschichtenprotest anzusehen pflegt, sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Oder, wie hieß es doch so schön auf einem 68er-Graffito an der Pariser Hochschule für Musik: „Wenn der Finger auf den Mond deutet – Schaut der Idiot auf den Finger (Chinesisches Sprichwort).“[18]

[15] Marco Revelli, Lavorare in FIAT: da Valletta ad Agnelli a Romiti: operai sindacati robot, Mailand 1989, S. 49.
[16] Ebd., S. 48.
[17] Ebd., S. 50.
[18] Übernommen von Tom Nairn/Angelo Quattrocchi, Foreword, in: dies., The Beginning of the End: France, May 1968, London 1998.

Bernd Gehrke

Die 68er-Proteste in der DDR

Im Gegensatz zu der bis in die Gegenwart reichenden politischen und emotionalen Aufladung der Debatten über die 68er-Revolte in Westdeutschland beschäftigt das Jahr 1968 die gesamtdeutsche Öffentlichkeit hinsichtlich der DDR fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der repressiven Ordnungspolitik der SED-Obrigkeit: ihrer Beteiligung an der Unterdrückung der Politik des *Sozialismus mit menschlichem Antlitz* seitens der tschechoslowakischen KP sowie der breiten Demokratiebewegung in der ČSSR. Vergleicht man das Jahr 1968 in Bezug auf öffentlich gewordene innenpolitische Konflikte etwa mit dem Jahr der Biermann-Ausbürgerung 1976, dann muss 1968 tatsächlich als ein unscheinbares Jahr der DDR-Geschichte gelten.

Bernd Gehrke
Dipl. Ök., geb. 1950; Politökonom und Zeithistoriker, freier Mitarbeiter in der Projektgruppe Opposition und Repression am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.
Bernd.Gehrke@web.de

Ausgangspunkt der folgenden Skizze zur DDR-Geschichte ist die Feststellung, dass das Jahr 1968 nicht etwa wegen einer west- oder ostdeutschen Generationenbildung historische Bedeutung erlangt hat, sondern als Jahr der ersten globalen Revolte, die sich von Südostasien über Lateinamerika, Afrika, über die USA sowie West-, Süd- und Mittelosteuropa bis nach Japan erstreckte.[1] Damit ist es zwingend, dass eine Fragestellung nach vergleichbaren Entwicklungen in der DDR trotz des Fehlens einer Revolte sich nicht in der Darstellung allgemeiner Entwicklungstendenzen erschöpfen kann, sondern explizit nach der Revolte, ihrem Potenzial im Konfliktverhalten und den Gründen ihres Ausbleibens fragen muss. Insofern, als die DDR sowohl Teil des sowjetischen Imperiums wie der geteilten deutschen Gesellschaft war, ist

[1] Vgl. Gerd-Rainer Horn/Bernd Gehrke, 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai in Europa“, Hamburg 2007, S. 8–12.

sie als doppelt geprägte Gesellschaft auch in Hinsicht auf die Bedeutung des Jahres 1968 von besonderem Interesse.

Da das Jahr 1968 auch in der DDR ein Jahr zahlreicher Proteste war, und diese weit überwiegend von der Jugend getragen waren, wird diese „Protest-Jugend“ im Folgenden im Mittelpunkt stehen, allerdings die komplexe Problematik einer Generationsbildung ausgeblendet bleiben. Zudem wird sich diese Skizze auf die Proteste gegen die militärische Intervention der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der ČSSR, deren Akteure sowie jene Ereignisse konzentrieren, die das Jahr 1968 zu einem äußerlich unscheinbaren, aber dennoch zu einem Schlüsseljahr für die Konfliktgeschichte der DDR werden ließen.

Politisierung vor dem Prager Frühling

Nur wenige Ausnahmen der Proteste sind ins kollektive Gedächtnis gedrungen und wurden Jahrzehnte lang in der Erinnerungskultur aufbewahrt. Dies war nur möglich, weil die SED-Diktatur 1968 noch ein fast vollständiges Informationsmonopol besass. 1968 – das war nur sieben Jahre nach dem Mauerbau und der ihn begleitenden Unterdrückung jeden Anzeichens von Widerstand dagegen mit der gewalttätigen Abschreckungskampagne „Die Faust aufs Schandmaul!“.[2] Diese Vorgänge waren 1968 im Gedächtnis der breiten Mehrheit noch fest verankert. Allerdings war in den Jahren seither eine „unruhevolle Jugend“ (Marc-Dietrich Ohse) herangewachsen, der der Schrecken, der vielen Erwachsenen noch in den Gliedern sass, abhanden gekommen war, weil sie ihre eigenen Erfahrungen erst sammeln musste und durch die Zickzacks der SED-Jugend- und Kulturpolitik ermutigt und durch die Aufbruchsdynamik westlich wie östlich der Grenzen angesteckt worden war.

Ein deutliches Anzeichen dafür, dass auch 1968 die Unruhe unter der Jugend nicht befriedet werden konnte, war, dass sich schon seit dem Vorjahr wieder langhaarige Jugend-Cliquen in der großstädtischen Öffentlichkeit gezeigt hatten. Damit signalisierten sie das Scheitern des seit dem Herbst 1965 mit rabiaten Methoden unternommenen Versuches des Regimes, die jugendliche Beat-Kultur zu unterdrücken. Aus einer zuvor zum Teil akzeptierten jugendlichen Teilkultur war hierdurch lediglich eine bedrängte Subkultur geworden, die nun immer mehr zum Abgrenzungsmerkmal nonkonformer Jugendlicher wurde. Damit wurde deren Milieubildung außerhalb des staatlich kontrollierten sozialen Raumes geradezu befördert.[3]

Über den Kreis der die Beat-Kultur ursprünglich prägenden Cliquen der Arbeiterjugend hinaus gehörten zu den Szenen dieser jugendlichen Subkultur inzwischen auch die Nonkonformen der jungen Intelligenz, Kinder aus Parteielternhäusern wie aus christlichen.[4] Doch schlimmer noch für das Regime, nicht nur unter jungen Intellektuellen oder christlichen Studentinnen und Studenten, die die gängigen Literatur-Vorlieben der herrschaftskritischen Jugend Westdeutschlands rezipierten, sondern gerade auch innerhalb dieser jugendlichen Subkultur, mit der sich der Parteistaat im Konflikt befand, hatten sich 1966/67 oppositionelle Politisierungsprozesse gezeigt, die dem jugendkulturellen Konflikt eine neue Dimension hinzufügten und ihn verstetigten.[5] Die Adaption von Symbolen der westdeutschen außerparlamentarischen Opposition, die vom Anti-Atom-Abzeichen bis zu Symbolen des Maoismus reichte, war ein wichtiger Hinweis darauf und führte nun auch von Seiten der Jugend zu politischen Konflikten in Ausbildungsstätten und Jugendklubs. Das Symbol der von der SED gefeierten westlichen Anti-Atom-Bewegung begann in der DDR gleichsam automatisch in Richtung sowjetischer Atomwaffen zu blinken und seine Trägerinnen und Träger verbanden solche Symbolik häufig mit der Ablehnung der vormilitärischen Ausbildung oder verweigerten gänzlich den Dienst mit der Waffe, wie die zumeist christlichen Bausoldaten.[6] Deutlichster Fingerzeig für

[2] Falco Werkenthin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 47–52.

[3] Vgl. Michael Rauhut, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag, Berlin 1993, in: ders./Thomas Kochan (Hrsg), Bye Bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin 2004.

[4] Von mir wurde 40 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der DDR-Opposition aus den 1970er Jahren interviewt. Meine Aussage stützt sich auf verschiedene Interviews.

[5] Vgl. Zur Einschätzung des Bewusstseinsstandes der Berliner Bevölkerung, in: SAPMO-Barch NL 182/1033, Bestand W. Ulbricht, Bl. 3 vom 27. Januar 1967.

[6] Vgl. Interview mit Nora G. vom 27. 4. 2004.

das Ausmaß der eigenständigen Suche nach politischen Antworten jenseits der Vorgaben des Regimes in Teilen der Jugend war die Notwendigkeit für die SED, zum 1. Januar 1968 für DDR-Bürger den freien Zugang zur chinesischen Botschaft zu sperren. Trotz Polizeibewachung aller Botschaften und der Angst vor einer Registrierung beim Betreten des Botschaftsgebäudes hatte unter dem Einfluss westdeutscher Studierender seit 1966, vor allem aber im Jahre 1967 ein Besucherstrom zur Botschaft eingesetzt, der nicht nur aus Ostberlin kam. Nach den Beobachtungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) waren es vornehmlich „Beat-Anhänger", die den DDR-Besucherstrom prägten. Es gehörten auch nicht nur Oberschüler und Studierende dazu. Zumindest im Bezirk Potsdam bildeten Lehrlinge und Jungarbeiter sogar die Mehrzahl.[7] Der oppositionelle Politisierungsprozess innerhalb der jugendlichen Subkultur blieb offenbar nicht nur auf die junge Intelligenz beschränkt, wie eine provokante Losung belegt, die während der Parteiwahlen am 19. Mai 1967 von Unbekannten im Leipziger Kirow-Werk aufgehängt wurde: „Wir sind jung und lieben Mao Tse-Tung."[8]

So war es kein Wunder, dass unter Oberschülern und Studierenden, aber auch unter sich oppositionell politisierenden Lehrlingen im Frühjahr 1968 Diskussionen über die seit dem Vorjahr eskalierte Jugendrevolte im Westen stattfanden und die Revolten in Warschau, Westberlin, Paris oder in den USA aufmerksam in den Medien verfolgt wurden. Mehr und mehr rückte jedoch der Prager Frühling in den Vordergrund. Vor diesem Hintergrund kam es in Leipzig und Potsdam bereits im Frühjahr 1968 zu Protesten gegen Kirchenabrisse, die im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Stadtzentren standen. Besonders in Leipzig erreichten diese Proteste eine große Öffentlichkeit und waren zum Teil spektakulär. Mehr als 1 000 Personen waren an den Protesten beteiligt, rund 40 wurden verhaftet. Studierende spielten eine herausragende Rolle bei den Protesten.

In den 1960er Jahren wurde die ČSSR bei der Jugend und der kritischen Intelligenz außerordentlich beliebt. Die Jugend nutzte mehr und mehr die nach dem Mauerbau geschaffenen Reisemöglichkeiten „Richtung Osten" und fuhr nach Prag, Warschau oder Budapest, genoss dort die größere Liberalität in der Kultur. Für die vom Geist des *Dritten Weges* im Sinne eines demokratischen Sozialismus infizierte kritische Intelligenz wurde mehr und mehr deutlich, dass in der ČSSR die Freiheiten in Wissenschaften und Kultur und die Diskussionsmöglichkeiten für auch in der DDR anstehende Grundsatzprobleme erheblich zunahmen. So war es kein Wunder, dass die Entwicklung in der ČSSR seit der Wahl Alexander Dubceks zum Vorsitzenden der KP von Anfang an auf großes Interesse und starke Sympathien seitens der kritischen Jugend wie der Intelligenz in der DDR stieß. Namentlich bei der jungen Intelligenz waren nicht nur Wünsche nach einem Erfolg der Prager Reformpolitik, sondern auch Hoffnungen auf ähnliche Entwicklungen im eigenen Land entstanden. Die große Mehrzahl der Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft blieb aber skeptisch. Doch als der Demokratisierungsprozess in der ČSSR voranschritt, sich eine unabhängige Presse entwickelte und Wirtschaftsreformen diskutiert wurden, die zu unabhängigen Gewerkschaften und zur Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe führen sollten, um so mehr erfasste die Sympathie mit der Entwicklung in der ČSSR auch die breiten Schichten der Bevölkerung und damit der Arbeiterschaft. Doch je mehr sich im Sommer 1968 die Nachrichten über sowjetische Militärmanöver und Spekulationen über eine militärische Intervention verdichteten, um so größer wurde der Zweifel an den Realisierungschancen.

Ausmaß und Art der Proteste

Die wenigen durch Ost- wie Westmedien bekannt gewordenen Fälle eines Protestes gegen die militärische Intervention am 21. August 1968 ließen das Bild eines winzigen, nicht nennenswerten Protestes entstehen, der zudem vom Nachwuchs der Parteiintelligenz bestimmt wurde. Bekannt wurde vor allem die

[7] Vgl. MfS BV Potsdam, Abt. XX/2, Analyse zum Komplex „Springer" vom 5. 7. 1968, in: Gustav Rust, In den Fängen der Stasi. Ein Kommunist maoistischer Prägung in der „DDR". Eine Dokumentation anhand von Stasi-Akten, Berlin o. J., S. 27 f.

[8] Michael Hofmann, Die Leipziger Metallarbeiter. Etappen sozialer Erfahrungsgeschichte, in: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, hrsg. von Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke, Köln 1995, S. 172.

Verhaftung und die Verurteilung einer Gruppe um Frank und Florian Havemann. Sie hatten gegen die Unterdrückung des „roten Prags“ Flugblätter verfasst und vor allem deshalb Aufmerksamkeit hervorgerufen, weil sie Kinder hoher SED-Funktionäre, von Künstlern oder eben des bekanntesten DDR-Oppositionellen waren. Doch das Jahrzehnte lang bestehende Bild der Proteste war falsch.

Angesichts der voll mobilisierten politischen und militärischen Macht des Sowjetblockes ist es nicht verwunderlich, dass die Intervention keine Revolte hervorbrachte, sondern dass angesichts der absehbaren unmittelbar-praktischen Aussichtslosigkeit von Widerstand es überhaupt zu Protesten kam. Der Schwerpunkt der noch am 21. August 1968 beginnenden Protestwelle lag im Zeitraum unmittelbar danach. In einer Analyse nach ihrem Abflauen wurden Anfang Oktober 1968 seitens des MfS 2 129 „Protestbekundungen“ aufgeführt, 1 360 wurden zu den „wesentlichen Vorkommnissen“ gezählt. Die wichtigsten Deliktgruppen „feindlicher Handlungen“ waren das „Anschmieren“ von 1 690 „Hetzlosungen“ und die „Verbreitung selbstgefertigter Hetzschriften“ in einer Anzahl von 7 587 Stück. Zusammen mit den „bei der Festnahme sichergestellten Hetzschriften“ waren das insgesamt 10 487 Stück. Neben 294 Fällen von „anonymer Hetze“, also Telefonanrufen oder Briefen wurden aber auch 74 „organisierte Sympathiekundgebungen“ gezählt.[9]

Das Gros lag außerhalb der Betriebe. Häufig wurden sie konspirativ, sei es einzeln oder in kleinen Gruppen vorgenommen, insbesondere, wenn es sich um schriftliche Äußerungen handelte. Flugblätter, die oft in Briefkästen, aber auch in öffentliche Verkehrsmittel geworfen wurden, waren hauptsächlich eine Angelegenheit der Intelligenz. Losungen wie „Dubcek“ und „Svoboda“ oder die Fahne der ČSSR wurden auf Strassen und Wände gemalt. In den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg sind von verschiedenen Menschen und ohne Wissen von einander sogar die Nachrichtenkabel zwischen der NVA und den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräften durchgetrennt worden. Andererseits beschimpften Cliquen der Arbeiterjugend wie in Leipzig-Taucha oder Torgau vorbeifahrende sowjetische Truppen, oder auch Polizisten und Staatsbedienstete offen und provozierend.[10] Ebenso demonstrativ offen waren auch symbolische Handlungen wie das Anstecken der ČSSR-Fahne ans Revers.

Der Protest innerhalb von Betrieben war vorwiegend mit jenen betrieblichen Versammlungen verzahnt, die von Vertretern des Regimes einberufen wurden, um den Belegschaften sogenannte Zustimmungserklärungen abzupressen. Daher wurde der innerbetriebliche Protest überwiegend mündlich geäußert. So hatten sich beispielsweise 17 von 23 Kollegen der technischen Gebäudeausrüstung in Wanzleben geweigert, eine vorgelegte Zustimmungserklärung zum Einmarsch zu unterschreiben und erklärt, dass sie dies nur tun würden, wenn die Erklärung „für die ČSSR und gegen die Russen“ gerichtet wäre.[11] Ähnlich die Beispiele aus Ostberliner Betrieben, in denen auch die Verhaftung von renitenten Arbeitern als „Provokateure“ belegt ist.[12] An Waggons, die morgens aus dem Karl-Marx-Werk in Magdeburg gezogen wurden, standen „Hetzlosungen“ wie „Kommunistenschweine, Faschistenpack“, die zusätzlich mit Hakenkreuzen und SS-Runen verziert worden waren.[13] Aus dem VEB Rewatex in Ostberlin ist bisher der einzige Streikversuch überliefert. Dort hatte ein Kesselwärter noch am Abend des 21. August 1968 die Dampfzufuhr für einen Betriebsteil abgestellt und versucht, „weitere Beschäftigte des Betriebes zu einer Arbeitsniederlegung zu veranlassen“.[14]

[9] ZAIG, Hinweise für Kollegiumssitzungen – Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968; BStU, ZA, ZAIG 4725, in: Monika Tantzscher, Maßnahme „Donau« und Einsatz „Genesung.« Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Reihe B: Analysen und Berichte Nr. 1/1994, S. 36.

[10] Vgl. Dorothee Wierling, Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002, S. 310, 312.

[11] Parteiinformation der Bezirksleitung der SED Magdeburg vom 3.9.68, Auszüge aus: 13908 Parteiinf., LV DOS S-A, LPA Magdeburg, in: SklavenAufstand, Nr. 51/1998, S. 21.

[12] Vgl. Stefan Wolle, Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (1992) 36, S. 42.

[13] Parteiinformation (Anm. 11), S. 21.

[14] Einschätzung der HA IX, in: M. Tantzscher (Anm. 9), S. 123.

Der Öffentlichkeitsgrad war bei den Demonstrationsversuchen am größten. So versammelten sich am Tage nach dem Einmarsch auf dem Erfurter Angereck 150 bis 250 Jugendliche, die versuchten, mit Passanten über den Einmarsch zu diskutieren. 36 Jugendliche wurden verhaftet. In Gotha, Erfurt, Weimar, Potsdam, Berlin und anderen Städten kam es ebenfalls zu Demonstrationenversuchen. Außerhalb dieser Städte war jedoch nur gerüchteweise davon etwas bekannt. Für Ostberlin, wo ein großer Teil der Flugblätter verteilt worden war, konnte die SED zur Wirksamkeit der Proteste erfolgreich feststellen: „In keinem Fall wurde Massenwirksamkeit erreicht, da gestreute Flugblätter sofort eingesammelt und geschmierte Losungen rasch entfernt wurden.“[15] Diese Einschätzung kann für die gesamte DDR verallgemeinert werden. Die Protestaktionen erreichten keine Breitenwirkung und waren unter großem Risiko isoliert voneinander von einzelnen und kleinen Gruppen vorgenommen worden, deren Aktivität angesichts der Stärke und Mobilität des diktatorischen Überwachungsstaates zum Teil von der übrigen Bevölkerung nicht einmal bemerkt wurde.

Der politische Inhalt der Proteste

Die Breite der politischen Losungen reichte von „Russen raus“ bis zu „Solidarität mit dem roten Prag“. Die Hauptrichtungen der Forderungen fasste das MfS aus seiner gegnerischen Sicht wie folgt zusammen: „Aufwiegelung“ gegen die Intervention und Versuche zu einer Kampagne für deren Rückgängigmachung; „Propagierung und Verherrlichung der konterrevolutionären Umtriebe in der ČSSR und der sie fördernden und begünstigenden Politik rechter Kräfte in der KPC als Beispiel zu erstrebender Veränderungen in der DDR.“ „Hetze“ gegen die SED-Führung und besonders gegen Ulbricht; „Aufwiegelung“ gegen die Politik der Sowjetunion sowie Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen aus der ČSSR und der DDR. Aber auch die „Anspornung weiterer Kreise der Bevölkerung zu feindlichen Aktionen“ und die Solidarisierung „mit den konterrevolutionären Kräften in der ČSSR“ führte das MfS auf. Hervorgehoben wurde, dass neben „schlagwortartigen Feindparolen“ wie „Russen raus“ auch „in relativ breitem Umfang“ Losungen und Forderungen verbreitet waren, die „die konterrevolutionären Umtriebe als ‚Verteidigung‘ des Sozialismus dargestellt“ hätten, weshalb „die Maßnahmen der fünf verbündeten sozialistischen Staaten als gegen die Sache des Sozialismus gerichtet oder als völkerrechtswidrige Aktionen wie Okkupation, Intervention oder Aggression bezeichnet“ wurden. Hinzu kamen wiederholt „Vergleiche mit dem Vorgehen der Faschisten nach dem Münchner Diktat bzw. der amerikanischen Aggression in Vietnam“.[16]

An dem Protest waren verschiedene soziale Schichten der DDR-Gesellschaft beteiligt: Arbeiter, Angestellte und die Intelligenz, bis hinein in die Reihen der SED. Doch das Gros der Proteste ging auf die Arbeiterjugend zurück, auf Lehrlinge und Jungarbeiter, trotz der starken Sympathien der Intelligenz für den Prager Frühling. Die soziale Zusammensetzung der aufgrund von Protesten Verhafteten ist ein wichtiges Indiz und sie zeigt, dass rund drei Viertel von ihnen der Arbeiterschaft zuzurechnen sind. Bei den zwischen dem 21. August und dem 27. November 1968 eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen 506 Personen betrug der Anteil von Facharbeitern, sonstigen Arbeitern und Lehrlingen zusammen 71,7 Prozent. Innerhalb der Gruppe der Arbeiterschaft waren die Facharbeiter mit 189 Personen die größte Gruppe, gefolgt von 101 sonstigen Arbeitern und 73 Lehrlingen. 4,6 Prozent der Täter entstammten dem Kreis der Kulturschaffenden und der Intelligenz. Entscheidend für alle sozialen Gruppen war aber, dass 66 Prozent derjenigen, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, junge Leute im Alter bis zu 25 Jahren waren. Von ihnen hatten rund 20 Prozent nicht einmal das 18. Lebensjahr erreicht. Der Frauenanteil ist statistisch nicht erfasst worden, dass Frauen beteiligt waren, ist bisher nur unter den Gruppen der jungen Intelligenz belegt.

Eine genauere Analyse der Protestarten und des Protestverlaufes liefert einige wichtige Hinweise auf den politisch-kulturellen Zustand der damaligen DDR-Gesellschaft. So ist von großem Interesse, dass Flugblätter innerhalb von Betrieben bisher nirgendwo nachgewiesen wurden und selbst schriftliche Losun-

[15] Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/2, Bl. 47–49, zit. in: S. Wolle (Anm. 12), S. 43.

[16] Einschätzung der HA IX, in: M. Tantzscher (Anm. 9), S. 123 f.

gen im Betrieb eine Ausnahme blieben. Auch in solchen Betrieben kamen sie nicht vor, in denen in der Vergangenheit auf diese Weise um die Betriebsöffentlichkeit gekämpft wurde.[17] Bei einer gleichzeitig eindeutigen Ablehnung der Intervention durch die Arbeiterschaft schließt dieser Umstand nahtlos an die Tatsache an, dass bei den Protesten innerhalb wie außerhalb der Betriebe nirgendwo innerbetrieblich agierende „Personenzusammenschlüsse" bekannt wurden, die eine organisierte oppositionell-politische oder gewerkschaftliche Gruppentätigkeit von Arbeitern erkennen lassen. Es gab offensichtlich nicht nur keine organisierten Gruppen, sondern auch keine oppositionellen Organisationsmilieus[18] von Arbeitern mehr, in denen die Option verankert war, speziell an Belegschaften politische Botschaften zu adressieren und die zugleich über die politisch-kulturelle Fähigkeit zu verfügten, kurzfristig oppositionelle Flugblätter oder selbst Losungen zu verfassen. Zugleich wird sichtbar, wie sehr die Betriebe 1968 von den Arbeitern als von oben durchherrschter sozialer Raum erfahren wurden. Das wird daran deutlich, dass zu den außerhalb der Betriebe „gefassten" Tätergruppen, die wegen „mündlicher Hetze" belangt wurden, häufig auch Arbeitskollegen gehörten oder dass Arbeitskollegen gemeinsam geplante Proteste außerhalb des Betriebes durchführten.[19]

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die MfS-Einschätzung, dass in den ersten Tagen nach dem Einmarsch vorwiegend „Formen der schriftlichen Hetze" geäußert wurden. Die „mündliche Hetze" nahm erst danach wesentlich zu.[20] Das ist ein wichtiges Indiz dafür, dass die betrieblichen Proteste aus der Arbeiterschaft vor allem in dem Masse anstiegen, wie der Druck von oben zur Ableistung von Zustimmungserklärungen größer wurde. Daraus spricht ein deutlich defensives Protestverhalten zur Abwehr der Loyalitätszumutungen in den Betrieben. Die Gruppen der jungen Intelligenz hingegen, die in den ersten Tagen Flugblätter verbreitet hatten, waren entweder schon verhaftet oder hatten ihre Aktionen als sinnlos eingestellt, nachdem sich rasch abgezeichnet hatte, dass sie weitgehend wirkungslos bleiben würden.

Die kleinen Gruppen der jungen Intelligenz, die innerhalb kurzer Zeit Flugblätter verfassten, hatten keine für diesen Zweck geeigneten politischen Kontakte in Betriebe hinein. Jedenfalls sind dort keine Flugblätter von außerhalb bisher belegt. Diese Gruppen stammten häufig aus dem schon zuvor politisierten Teil der jugendlichen Subkultur, hatten zumindest Teile der oppositionellen westlinken Literatur oder die *Prager Volkszeitung*[21] gelesen oder verfolgten systematisch die verschiedenen internationalen Radiokanäle, die in deutscher Sprache sendeten bzw. politische TV-Sendungen. Auch wenn sie sich lediglich für Anfertigung und Verteilung der Flugblätter als kleine illegale Gruppe zusammenschlossen, so gaben sich einige von ihnen doch einen politischen Gruppennamen wie „Aktionskomitee der Schüler und Studenten" oder „SDS-DDR".

An Hand der Polizeiunterlagen aus Leipzig gab es noch eine dritte Gruppe von Protestakteuren: städtische Cliquen der männlichen Arbeiterjugend, die, ebenfalls in den ersten Tagen protestierten. Sie artikulierten spontan und zum Teil alkoholisiert „mündliche Hetze", indem sie Polizisten und andere Partei- und Staatsdiener offen und ohne Vorsicht beschimpften und unterschiedliche politische Losungen wie „Dubcek, Dubcek" oder auch „Russen raus" riefen.[22] Einige randalierten dabei und führten Sachbeschädigungen durch. Sie waren zumeist im Stadtteil verankert. Nach Dorothee Wierling handelte es sich bei dieser Gruppe um die in den 1960er Jahren häufig von SED, FDJ, Polizei und Stasi beklagten „Rowdys", die als Teil der parteistaatlich schwer integrierbaren jugendlichen Subkultur den Behörden immer wieder als so genannte Eckensteher oder als Beteiligte an Jugendkrawallen aufgefallen waren.[23] Interne Studien der Jugendforschung hatten freilich gezeigt, dass die typischen Anhänger der Beat-Kultur keine „Rowdys" waren.[24] Zudem befanden sich unter den in Polizeiberichten zusammengetragenen Gruppendelikten bei „mündlicher Hetze" keine derjenigen Jungarbeitergruppen, die im

[17] Vgl. Michael Hofmann, „Solidarität mit Prag". Arbeiterproteste 1968 in der DDR, in: G.-R. Horn/B. Gehrke (Anm. 1), S. 96.

[18] Vgl. Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Band 115), Göttingen 1996, S. 11–77, hier S. 15–17.

[19] Vgl. D. Wierling (Anm. 10), S. 311.

[20] Einschätzung der HA IX, in: M. Tantzscher (Anm. 9), S. 125.

[21] Diese Zeitung war eine Zeitung der deutschen Minderheit in der ČSSR, die im Ostberliner Kulturzentrum der ČSSR gekauft werden konnte. Sie publizierte wichtige Dokumente des Prager Frühlings.

[22] Vgl. Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003, S. 206–209.

[23] Vgl. D. Wierling (Anm. 10), S. 311.

[24] Vgl. M. Rauhut (Anm. 3), S. 212–216.

Zusammenhang mit Konflikten der Subkultur bekannt waren, wie die „Capitol-Meute“. Beides spricht dafür, das es sich bei diesem Personenkreis eben nur um einen Teil jener „Rowdys“ handelte, auf die sich die SED-Kampagnen bezogen.

Fasst man die drei Hauptgruppen des Protestes zusammen, so ergibt sich ein widersprüchliches Bild, bei dem sich aber die einzelnen Komponenten durchaus kompatibel auf einander beziehen lassen. Zumindest die schriftlichen Proteste von Oberschülern und Jungintellektuellen sowie die spontanen Straßenproteste von Gruppen der Arbeiterjugend waren eng mit der seinerzeit in die Subkultur verdrängten Beat-Kultur verbunden. Insofern kreuzten sich bei den Protesten zwei Entwicklungsstränge. Zum einen artikulieren die „Dubček, Dubček“-Forderungen mit ihrer unmittelbaren Stoßrichtung des demokratischen Sozialismus den seit den 1950er Jahren andauernde Konflikt um die Entstalinisierung und Demokratisierung im Ostblock. Die „Russen raus“-Rufe sind durchaus ein Teil dieses Entwicklungsstranges, der auch immer die Wendung gegen die diktatorische Besatzungs- oder Vormacht mit einschließt. Zum anderen schwingt wegen der Verankerung der Protestakteure in der Subkultur, aber auch wegen der Rezeption der herrschaftskritischen Literatur aus Westdeutschland eine neue politisch-kulturelle Dimension der Auseinandersetzung mit. Sie ist eng mit der Umwertung der in der DDR gültigen, sozialistisch drapierten preußisch-soldatischen Tugenden und der protestantischen Arbeitsethik verbunden. Nahtlos schließt sie sich an die sich gleichzeitig artikulierenden Konflikte in Westeuropa an, später wird sie sich mehr und mehr entfalten.

Bedeutung von 1968 für die DDR

Die unterschiedlichen Komponenten der Proteste waren nicht nur Facetten von längerfristigen Entwicklungsprozessen, sondern auch deren Generatoren. Die beiden wichtigsten Resultate des Jahres 1968 für die Konfliktgeschichte der DDR waren das Ende kollektiver Strategien der Interessenvertretung im Betrieb und damit der Untergang auch des letzten Rudimentes von eigenständiger Arbeiterbewegung. Parallel hierzu entstand eine – nach dem Mauerbau – neue Opposition, die aber nicht wie die Opposition in Polen an kollektive Kämpfe und damit größere Konflikte der gesellschaftlichen Mehrheiten anknüpfen konnte. In den Protesten hatten sich beide Wege gekreuzt.

Letztmalig hatten Arbeiter 1968 den Versuch unternommen, ihre Interessen im Betrieb kollektiv zu vertreten und dafür um die Betriebsöffentlichkeit zu kämpfen. Die Verhaftung von „Provokateuren“ und der massive Einsatz von Parteiagitatoren im Verbund mit den Betriebsleitungen und Sicherheitsbehörden hatte zum endgültigen, bereits mit dem Mauerbau begonnenen Rückzug aus der Betriebsöffentlichkeit geführt. Die Folge war das große Schweigen der Mehrheitsgesellschaft nach 1968. Auf dieser Voraussetzung konnte der aufgeklärte Stalinismus in der Herrschaftszeit Erich Honeckers aufbauen und das Schweigen verstetigen, in dem er einen versorgungsdiktatorischen Herrschaftskompromiss[25] durchsetzte und einen vormundschaftlichen Sozialstaat schuf, bis dieser wegen Innovations- und Produktivitätsschwäche verfiel und der Herrschaftskompromiss zerbrach.

Parallel hierzu entstanden 1967/68 neue oppositionelle Milieus, deren Kontinuität trotz mancherlei Veränderungen bis 1989 reichte. An Personen, an der Kontinuität von Diskursen oder an Orten der Vergemeinschaftung lässt sich diese Kontinuität nachzeichnen. Diese Milieus wurden zum Träger immer wieder neuer und sich verändernder politischer Aktivitäten oder Gruppenbildungen. Die neue Opposition ging aus der Vernetzung und partiellen Überlappung von Milieus der kritisch-marxistischen und christlichen Intelligenz sowie der subkulturellen Jugendbewegung hervor.

Ihre doppelte Prägung aus westlicher wie östlicher Richtung in den Jahren 1967/68 ging gleichsam in ihre kulturellen „Gene“ ein, auch wenn im Laufe von 20 Jahren sich die gesellschaftlichen Bedingungen, Diskussionen, Personen und die oppositionelle Praxis erheblich veränderten. Nach dem Ausfall der traditionellen Arbeiterschaft als oppositionelle Ressource gesellschaftlicher Konflikte, folgte nach einem Aufschwung Anfang der 1970er Jahre der Ausfall der traditionellen Intellektuellen und der Intelligenz am Ende der 1970er Jahre. Nur die Quelle der jugendlichen Aufsässigkeit und ihrer Subkulturen blieb unerschöpflich.

[25] Der Terminus „Versorgungsdiktatur“ lehnt sich an Konrad Jarauschs Begriff der „Fürsorgediktatur“ an.

APuZ

Nächste Ausgabe 16/2008 · 14. April 2008

Parlamentarismus

Karlheinz Niclauß
Kiesinger und Merkel in der Großen Koalition

Wolfgang Rudzio
Das Koalitionsmanagement der Regierung Merkel

Henrik Gast · Uwe Kranenpohl
Große Koalition – schwacher Bundestag?

Klaus Stüwe
Der Bundesrat in Zeiten Großer Koalitionen

Marcus Höreth
Das Amt des Bundespräsidenten und sein Prüfungsrecht

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)

Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung einschließlich APuZ zum Preis von Euro 19,15 halbjährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung Das **Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

1968

APuZ 14–15/2008